



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Staatsbeauftragte und die Zivilverwaltung Mühlviertel.

Eine für wenige Monate geplante Übergangslösung, die zehn Jahre Bestand hatte“

verfasst von / submitted by

Mag. Florian Preinfalk, BEd

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, >2022< / Vienna >2022<

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears
on
the student record sheet:

UA >199 511 525 02

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Lehrverbund
Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung
Unterrichtsfach Psychologie und Philosophie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller

Inhalt

1 Einleitung	2
2 Die Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel	8
3 Die Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel	30
4 Die Politische Entwicklungen in Oberösterreich zwischen August und Oktober 1945	43
5 Die Versuche zur Vereinheitlichung der Verwaltung in Oberösterreich	48
6 Die Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs unter Beibehaltung der Zivilverwaltung Mühlviertel	61
7 Die Endphase und Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel	73
8 Zusammenfassung	78
9 Quellenverzeichnis	83
11 Nachschlagewerke und Online-Ressourcen	88
12 Literaturverzeichnis	89
13 Tabellenverzeichnis	91
14 Abbildungsverzeichnis	92

1 Einleitung

Am 11. August 1955 fand im Linzer Landhaus eine feierliche Verabschiedung des Staatsbeauftragten für das Mühlviertel, Johann Blöchl, und dessen Beiräte statt.¹ Während dieses Festaktes hielt der Landeshauptmann von Oberösterreich, Heinrich Gleißner, eine Rede. In der Einleitung dieser Rede meinte Gleißner: „Am heutigen Tag ist ein kurzer Rückblick wohl am Platz, der die Schwierigkeiten des zurückgelegten Weges und die bestanden Gefahren in Erinnerung ruft. Lassen Sie mich an die Darstellungen meines Vorredners anknüpfen und noch einiges anfügen, was mir wesentlich und charakteristisch für die oft bestaunte Tatsache erscheint, daß die Einheit unseres Landes trotz westlich-östlicher Besetzung aufrechterhalten werden konnte.“² In enger Zusammenarbeit mit Gleißner war es Blöchl und den anderen Mitgliedern der Zivilverwaltung Mühlviertel gelungen, die Abtrennung des Mühlviertels vom Rest Oberösterreichs zu verhindern. Die Gefahr einer Abtrennung bestand, weil das Mühlviertel von der Sowjetunion und der südlich der Donau gelegene Teil Oberösterreichs von den Amerikanern besetzt waren.

Nach dem Sieg über Nazi-Deutschland hatten sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Frankreich, England, die USA und die Sowjetunion im Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 darauf geeinigt, Oberösterreich zwischen der Sowjetunion und den USA aufzuteilen. Das Abkommen teilte den am linken Donauufer gelegenen Teil Oberösterreichs der nordöstlichen (sowjetischen) Zone und den am rechten Donauufer gelegenen Teil der nordwestlichen (amerikanischen) Zone zu.³ Damit erhielten die Sowjetunion das Mühlviertel und die Amerikaner das Traun-, Hausruck- und Innviertel. Aufgrund des Zonenabkommens nahmen die Alliierten in Österreich eine Reihe von Truppenverschiebungen vor, weil die tatsächliche Aufteilung des Landes vom Frontverlauf bei Kriegsende herrührte und deshalb nicht mit deren Einigung über die Zoneneinteilung übereinstimmte. Aufgrund des Zonenabkommens musste die US-Army das Mühlviertel räumen, und die Sowjettruppen in den zuvor amerikanisch besetzten Teil einmarschieren. Während des Abmarsches der US-Army aus und des Einmarsches der Roten Armee in das westliche Mühlviertel, errichteten österreichische Politiker und Beamte für den Norden Oberösterreichs eine gesonderte Landesverwaltung. Den Vorsitz dieser gesonderten Landesverwaltung übte der ehemaligen Landtags- und Nationalratsabgeordnete

¹ Ein Rückblick: Zwei Besatzungszonen-doch ein Land. In: Amtsblatt für Oberösterreich Jg. 1955, Nr. 33 (19. 8. 1955) 557.

² Ein Rückblick, 557.

³ Abkommen, betreffend die Sektorengrenzen und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 (Zonenabkommen) 9. Juli 1945. Nr. 66. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Alexandar Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 291.

Johann Blöchl aus. Die Provisorische Staatsregierung Österreichs ernannte ihn zum Staatsbeauftragten für das Mühlviertel.⁴ Er sollte im Namen des Landeshauptmann und mit dessen Befugnissen so lange im Mühlviertel sein Amt ausüben, bis eine gemeinsame Verwaltung aller Landesteile Oberösterreichs wieder möglich war. Der Staatsbeauftragte für das Mühlviertel hatte das Recht, sieben Beisitzer auf Vorschlag der zugelassenen politischen Parteien, zu ernennen. Gemeinsam mit den Beisitzern und Beamten bildete der Staatsbeauftragte die Zivilverwaltung Mühlviertel.

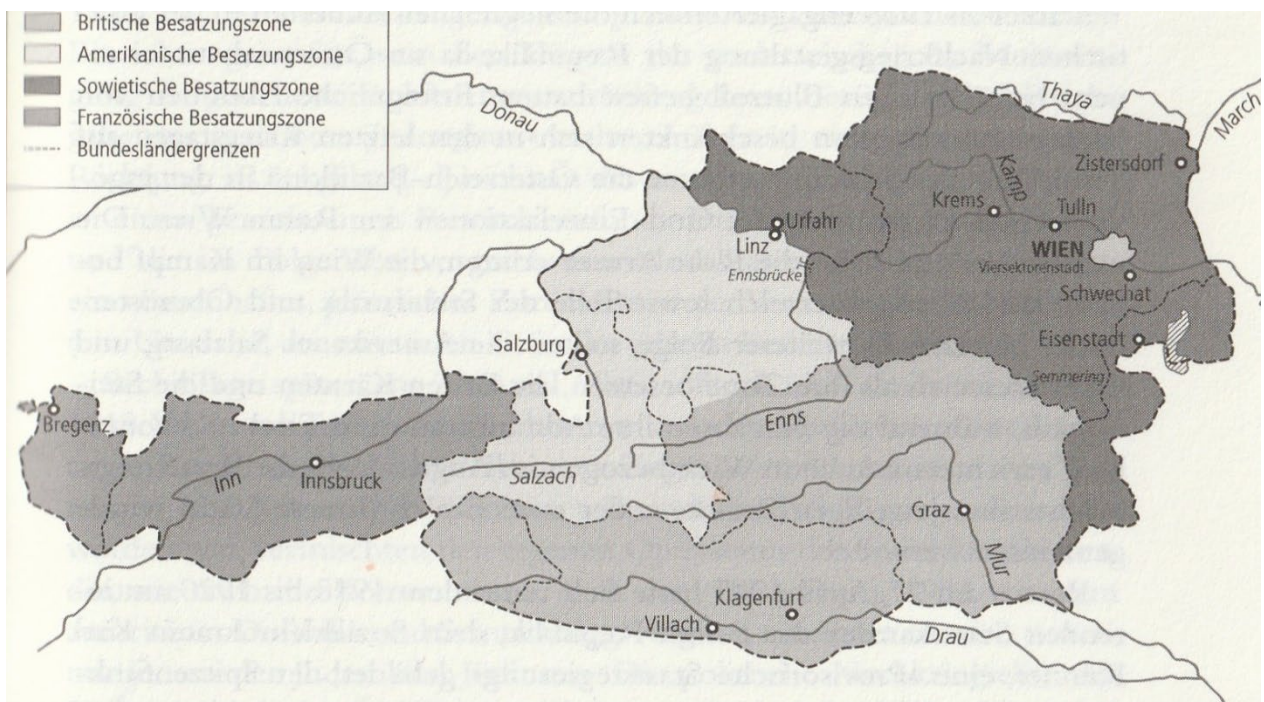


Abb. 1: Besatzungszonen der Alliierten von 1945 bis 1955⁵

Das Mühlviertel grenzt im Osten an das niederösterreichische Waldviertel, im Süden an die Donau, im Westen an die Bundesrepublik Deutschland und im Norden an die Tschechische Republik.⁶ Es ist in vier politische Bezirke aufgeteilt (Rohrbach, Urfahr-Umgebung, Freistadt und Perg), umfasst eine Fläche von 3.082 km² und hat 204.168 Einwohner (Stand 2011). Der Südrand an der Donau liegt im Durchschnitt auf ca. 500 m Seehöhe und der Nordrand an der Grenze zur Tschechischen Republik auf ca. 800 m Seehöhe. Die höchste Erhebung ist mit 1.379 m der Plöckenstein. Das Mühlviertel ist stark landwirtschaftlich geprägt und der

⁴ Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_115_0/1945_115_0.pdf> (29.06.2020).

⁵ Oliver Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945). In Thomas Winkelbauer, (Hg.), Geschichte Österreichs. (Wien 2015) 535.

⁶ Austria-Forum, Mühlviertel, online unter <<https://austria-forum.org/af/AEIOU/Mühlviertel>> (12.1.2021).

Großteil der Anbaufläche ist Bergbauerngebiet. Viele Landwirte bewirtschaften ihre Betriebe im Nebenerwerb. Es dominieren kleine und mittelgroße Handwerks- und Gewerbebetrieb. Größere Industriebetriebe befinden sich in der Regel im Bezirk Perg (z. B. Engel Maschinenbau). Der Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung pendelt in den oberösterreichischen Zentralraum (das Dreieck der Städte Linz, Enns und Steyr). Von vergleichsweise geringer wirtschaftlicher Bedeutung im Mühlviertel ist der Fremdenverkehr. Bis in die 1950er-Jahre waren die Leinenweberindustrie und der Flachsanzbau im Mühlviertel bedeutend. Für den Handel von Salz und Eisen zwischen Böhmen und dem südlichen Oberösterreich diente es jahrhundertlang als Transitland.

Erste Spuren menschlicher Besiedelung reichen im Mühlviertel in die Jungsteinzeit zurück. Während der Römerzeit gilt es als nahezu unbewohnt. Erste nennenswerte Rodungs- und Besiedelungstätigkeiten lassen sich ab der Schlacht am Lechfeld 955 nachweisen und dauerten bis ins 18. Jahrhundert.⁷ Die Besiedelung ging von der Donaubene im Süden, dem Machland aus, setzte sich an den das Mittelgebirge durchschneidenden Flusstälern fort und erreichte schließlich die waldreichen Höhenlagen des nördlichen Mühlviertels. Die Einteilung Oberösterreichs in Viertel lässt sich ab dem 15. Jahrhundert nachweisen.⁸ Oberösterreich bestand ursprünglich aus dem Hausruck- (Hausruck zwischen Donau und Traun), dem Traun- (zwischen Traun und Enns), dem Machland- (östlich des Haselgrabens) und dem Mühlviertel (westlich des Haselgrabens). Das heutige Innviertel (vom Inn bis zum Hausruck) gehörte zu Bayern. Im Zuge der Verwaltungsreformen unter Maria Theresia 1749 kam es auch im Mühlviertel zur Bildung von Kreisämtern.⁹ Das Mühlkreisamt befand sich in Rohrbach und das Machlandkreisamt in Freistadt. Die heutige Westgrenze des Mühlviertels zur Bundesrepublik Deutschland ist das Ergebnis eines Vertrages zwischen dem Hochstift Passau und dem Haus Habsburg aus dem Jahr 1765, das einen jahrhundertlangen Kleinkrieg um die Landeshoheit in dieser Region zu einem Ende brachte.¹⁰ Im Frieden von Teschen 1779, der den Bayrischen Erbfolgekrieg beendete, erhielt Österreich das Innviertel. Deshalb bestand das heutige Oberösterreich für kurze Zeit mit dem Inn-, Hausruck-, Traun-, Mühl- und Machlandviertel aus fünf Vierteln. Um diesen Zustand zu bereinigen, kam es zur Zusammenlegung des Mühlviertels mit dem Machlandviertel. Der Sitz des Mühlkreisamtes wechselte im Zuge dieser Zusammenlegung

⁷ Benno *Ulm*, Das Untere Mühlviertel bis 1500. In: Mühlviertler Heimatblätter 7/8 (1964) 123-124.

⁸ Klaus *Rumpler*, Historische Entwicklung des Mühlviertels von 1500 bis 1790. In: Helga *Litschel* (Hg.), Das Mühlviertel: Natur, Kultur, Leben. (Oberösterreichische Landesausstellung 1988, 21. Mai bis 30. Oktober 1988 im Schloß Weinberg bei Kefermarkt, Linz 1988) 291.

⁹ *Rumpler*, Historische Entwicklung, (1988) 291-292

¹⁰ *Rumpler*, Historische Entwicklung, 290-291.

von Rohrbach nach Freistadt. 1794 bis 1812 war der Sitz des Mühlkreisamtes in Urfahr, der größten Stadt des Mühlviertels, und von 1812 bis 1849 Linz.

1919 wurde Urfahr ein Teil von Linz.¹¹ Im Zuge des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns und der Ausrufung der Ersten Republik wurde aus dem Land Ob der Enns, Oberösterreich, und das nördliche Mühlviertel zur Grenzregion. Während der Ersten Republik und dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime herrschten die auch heute noch gültigen Verwaltungsgrenzen vor. Die Kampfhandlungen während der Unruhen im Februar 1934 beschränkten sich auf das Petrinum und die Eisenbahnbrücke in Urfahr. Im Gegensatz dazu starben im Zuge der Kämpfe im Rahmen des fehlgeschlagenen Putsches der Nationalsozialisten im Juli 1934 im Mühlviertel sieben Menschen.¹² Nach Deutschland geflohene Nationalsozialisten hatten vergeblich mit Waffengewalt versucht, die Grenzposten Haiging, Krieglwald und Haslach zu besetzen. Nach dem Anschluss übte August Eigruber das Amt des Landeshauptmannes aus, was ihm ermöglichte, mit Zustimmung des Reichsstatthalters Artur Seyß-Inquart, durch Verordnungen zu regieren.¹³ Mit der Errichtung der Alpen- und Donaureichsgaue am 1. Mai 1939 wurde aus Oberösterreich Oberdonau. Ab 1. April 1940 standen den Gauen ein Reichsstatthalter vor, der auch Gauleiter der NSDAP war. In Oberdonau übte dieses Amt August Eigruber aus. Während der NS-Diktatur befand sich im Mühlviertel in Mauthausen das größte Konzentrationslager auf ehemaligen österreichischen Boden. In Mauthausen und seinen 49 Nebenlagern starben 110.000 Menschen.¹⁴ Zu den Opfern des KZ Mauthausen zählen auch am 2. Februar 1945 ausgebrochene sowjetische Kriegsgefangene.¹⁵ Von den 419 „Ausbrechern“ überlebten nur Neun den Fluchtversuch. Der Rest kam durch den Einsatz des Volkssturmes, der Gendarmerie, der Feuerwehr, der HJ und des BDM ums Leben. Diese Aktion ist unter dem Namen „Mühlviertler Hasenjagd“ bekannt. Das Landwirtehepaar Maria und Johann Langthaler aus Winden bei Mauthausen versteckte zwei sowjetische Leutnants und rettete ihnen damit das Leben.

Da der Gauleiter von Oberdonau August Eigruber die Verteidigung von Oberdonau befohlen hatte, wurde das Mühlviertel noch am 30. Mai 1945 Kampfgebiet.¹⁶ Bis zum 7. Mai 1945

¹¹ Harry *Slapnicka*, Vorübergehend fast so etwas wie ein "zehntes Bundesland". Die politische Geschichte des Mühlviertels von 1918 bis heute. In: Helga *Litschel* (Hg.), Das Mühlviertel: Natur, Kultur, Leben. (Oberösterreichische Landesausstellung 1988, 21. Mai bis 30. Oktober 1988 im Schloß Weinberg bei Kefermarkt, Linz 1988) 303.

¹² *Slapnicka*, „zehntes Bundesland, 304.

¹³ Oskar *Lehner*, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (3., erg. Aufl. Linz 2002) 361-362.

¹⁴ *Slapnicka*, „zehntes Bundesland, 306.

¹⁵ Edmund *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel. Anhand der Entwicklung im politischen Bezirk Freistadt (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 7, Linz. 1989) 29-30.

¹⁶ Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel 1945 – 1955 (Zürich 1974), 30.

besetzten Einheiten der US-Army das gesamte Mühlviertel.¹⁷ Die Rote Armee konnte in die Kämpfe um das Mühlviertel nicht eingreifen, weil die Front im westlichen Niederösterreich verharnte. Erst am 10. Mai 1945 erreichten Einheiten der Roten Armee das Mühlviertel und rückten bis zur Demarkationslinie an der Bahnlinie Linz-Freistadt vor.¹⁸ Von Mai bis August 1945 war das Mühlviertel zwischen den USA und der Sowjetunion aufgeteilt. Im Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 wurde das gesamte Mühlviertel der Sowjetunion zugesprochen. Vom 1. bis 8. August 1945 zogen die Amerikaner aus dem Mühlviertel ab, und die Rote Armee marschierte ein. Wie bereits erwähnt wurde, kam es während des Wechsels der Besatzungsmacht im Norden Oberösterreichs zur Errichtung einer gesonderten Landesverwaltung für das Mühlviertel, die später den Namen Zivilverwaltung Mühlviertel erhielt.

Eine zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist, weshalb es zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel kam. In diesem Zusammenhang sind auch Fragen der Legitimation wesentlich. Neben einer gesetzlichen Legitimation werden auch Aspekte einer „praktischen Legitimation“ als relevant erachtet. Darunter wird verstanden, welche Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel zufielen und wie sie diese löste. Aus diesem Grund wird auf Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel zum Zeitpunkt ihrer Gründung eingegangen. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Tatsache, dass die österreichischen Planungen keineswegs eine zehnjährige Existenz der Zivilverwaltung Mühlviertel vorsahen. Sie war als Provisorium gedacht, mit einer Lebensdauer von nur wenigen Monaten.¹⁹ Weshalb die Zivilverwaltung Mühlviertel dennoch zehn Jahre existierte, ist eine weitere zentrale Frage dieser Arbeit. Wie bereits erwähnt, war die Zusammenarbeit zwischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner und dem Staatsbeauftragten Johann Blöchl bzw. der Zivilverwaltung Mühlviertel und der oberösterreichischen Landesregierung ein Grund, weshalb das Mühlviertel ein Teil Oberösterreichs blieb. Eine zentrale Fragestellung in diesem Zusammenhang ist, wie die Regelung dieser Zusammenarbeit aussah. An die Frage, weshalb die Zivilverwaltung Mühlviertel zehn Jahre existierte, schließt die Frage an, wie es am Ende zu ihrer Abschaffung kam.

Die Zivilverwaltung Mühlviertel gilt als eine wesentliche politische Organisation in Oberösterreich während der Besatzungszeit. In historischen Übersichtsdarstellungen zu dieser Zeit fehlt sie daher nie.²⁰ Detailliertere Publikationen über die Zivilverwaltung Mühlviertel

¹⁷ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 40-41.

¹⁸ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 45.

¹⁹ Harry Slapnicka, Oberösterreich-zweigeteiltes Land. 1945 - 1955. (Linz 1986) 71.

²⁰ Harry Slapnicka Fritz Fellner, Die Zivilverwaltung Mühlviertel. In Fritz Fellner, (Hg.), Alltag und Leben im Mühlviertel 1945-1955. (Edition Geschichte der Heimat, Grünbach 2005) 25-29; Hugo Portisch und Sepp Riff, Österreich II. Die Geschichte Österreichs vom 2. Weltkrieg bis zum Staatsvertrag. Band 2: Die Wiedergeburt unseres Staates (Wien 1985) 298-302; Gerald Hafner, Das Mühlviertel unter sowjetischer Besatzung. In: Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955.

existieren dagegen kaum.²¹ Im oberösterreichischen Landesarchiv befindet sich ein maschinschriftliches Manuskript zur Geschichte der Zivilverwaltung Mühlviertel.²² Als aufschlussreich erwiesen sich die im Schlossmuseum Freistadt befindlichen Protokolle der Sitzungen der Zivilverwaltung Mühlviertel. Neue Perspektiven auf die Phase der Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel ermöglichten die Kabinettsratsprotokolle der Provisorischen Österreichischen Staatsregierung. Einen Einblick in die Arbeitsweise der Mitglieder der Zivilverwaltung Mühlviertel geben Artikel in der von ihr herausgegebenen Mühlviertler Post. Einen persönlichen Einblick in die Arbeitsweise des Staatsbeauftragten und der Zivilverwaltung ermöglichen die Lebenserinnerungen von Johann Blöchl.²³ Einen anderen Blickwinkel auf Blöchl und die Zivilverwaltung Mühlviertel erlauben die Lebenserinnerungen des langjährigen Stellvertreters des Staatsbeauftragten Stefan Demuth.²⁴

In Kapitel zwei werden Aspekte zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel behandelt. In Kapitel drei wird auf die Tätigkeit der Zivilverwaltung Mühlviertel eingegangen. Kapitel vier behandelt die für die Zivilverwaltung relevanten politische Entwicklungen in Oberösterreich zwischen August und Oktober 1945. Kapitel fünf thematisiert die fehlgeschlagenen Versuche zur Vereinheitlichung der Verwaltung der beiden Landesteile zwischen Oktober 1945 und Februar 1946. Kapitel sechs thematisiert die Regelung der Zusammenarbeit zwischen Zivilverwaltung Mühlviertel und der oberösterreichischen Landesregierung. Kapitel sieben geht auf die Endphase und Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel ein.

Beiträge. (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 503-521; Harry *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 63-73; *Slapnicka*, „zehntes Bundesland, 307-308; Fritz *Winkler*, Kriegsende und Besatzungszeit in den Bezirken Rohrbach und Urfahr-Umgebung (Grünberg 2001) 86-87; Gabriele *Hindinger*, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahr 1945 (Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien 6, Wien 1968), 130-178.

²¹ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 74-181.

²² Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv).

²³ Johann *Blöchl*, Der Vater des Mühlviertels. Lebenserinnerungen., (3., erg. Aufl. Linz 1988) 159-226.

²⁴ Stefan *Demuth*, Lebensweg durch fünf Systeme. Erinnerungen, Erlebnisse, Erfahrungen (Linz 1987) 83-103.

2 Die Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel

Als Anlass zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel kann die Zuteilung des Mühlviertels zur sowjetischen Besatzungszone gelten. Es bestand die Notwendigkeit zur Errichtung einer Landesverwaltung für das Mühlviertel, weil nur auf diese Weise deren Unabhängigkeit von den Amerikanern glaubhaft gemacht werden konnte. Wie weit Erfahrungen der Bewohner:innen, Beamten und Politiker im sowjetisch besetzten Ostteil des Mühlviertels von Mai bis August 1945 für die Gründung dieser eigenen Landesverwaltung für das Mühlviertel einen Impuls lieferten, muss hier offenbleiben. Um aber die Relevanz dieser Erfahrungen besser verstehen zu können, wird auf die Ereignisse im Mühlviertel von Mai bis August 1945 gesondert eingegangen. In diesem Zusammenhang wird auch der Grund für die Teilung des Mühlviertels zwischen den USA und der Sowjetunion angegeben. Um wiederum die Lage im Mühlviertel von Mai bis August 1945 besser verstehen zu können, ist eine Darstellung der letzten Tage des Zweiten Weltkrieges dort notwendig.

2.1 Die Teilung des Mühlviertels und das Kriegsende

Über die Zuteilung des Mühlviertels zur sowjetischen Besatzungszone bestand bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Verhandlungen zur Einteilung der Besatzungszonen in Österreich Einigkeit. Im Rahmen der Verhandlungen innerhalb der Interalliierten Beratenden Kommission (European Advisory Commission kurz EAC) über die künftigen Besatzungszonen in Österreich hatte am 15. April 1945 der US-Botschafter John G. Winant der sowjetischen Forderung nach dem Mühlviertel zugestimmt.²⁵ Gründe für den Anspruch der Sowjets auf das Mühlviertel könnten gewesen sein, dass dadurch die österreichisch-tschechoslowakische Grenze und die Donauschifffahrt von Hainburg bis Engelhartszell unter ihre Kontrolle gelangen.²⁶ Als Vorteil sowohl für die Sowjetunion als auch für die Vereinigten Staaten kann gelten, dass mit der Demarkationslinie an der Donau eine leicht kontrollierbare Grenze entstand.²⁷

²⁵ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 36.

²⁶ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 36.

²⁷ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 52.



Abb. 2: Verschiebungen der Besetzungszonen von Mai bis August 1945.²⁸

Trotz dieser Einigung kam es von Mai bis August 1945 zur Spaltung des Mühlviertels in einen sowjetischen Ostteil und einen amerikanischen Westteil. Weshalb teilten die Amerikaner und die Sowjets das Mühlviertel untereinander auf? Hier besteht ein enger Zusammenhang mit dem Mythos der Alpenfestung. Der Oberbefehlshaber der westalliierten Streitkräfte, Dwight D. Eisenhower beabsichtigte um jeden Preis den Rückzug von Wehrmachtseinheiten in die Alpen zu verhindern, wo sie jahrelang Widerstand hätten leisten können. Daher fasste er den Beschluss, so schnell wie möglich die bayrischen und österreichischen Alpen sowie das Mühlviertel zu besetzen. Erst nach Kriegsende erwies sich die Alpenfestung als ein Produkt deutscher Propaganda von Fehlinformation des Geheimdienstes der Schweiz und des amerikanischen Armeergeheimdienstes.²⁹ Eisenhower vereinbarte mit dem Oberkommando der Roten Armee in Oberösterreich eine Demarkationslinie, die entlang der Enns ab Mauthausen entlang der Feldaist bis Pregarten und ab dann entlang der Bahnlinie nach Freistadt verlief.³⁰

Zwischen dem 30. April und dem 7. Mai 1945 kam es im Mühlviertel teilweise zu heftigen Gefechten zwischen der US-Army und den zur Verteidigung eingesetzten Kräften. Weshalb wurde das Mühlviertel so kurz vor Kriegsende noch Kampfgebiet? Hitler hatte am 30. April 1945 Selbstmord begangen, und die militärische Lage war aussichtslos. Es lag an Hitlers Nachfolger, Großadmiral Dönitz, und am Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber. Dönitz

²⁸ Fritz Winkler, Kriegsende und Besatzungszeit, 79.

²⁹ Kurt Tweraser, US-Militärregierung in Oberösterreich. Band 1 Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945 - 1950 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 14, Linz 1995) 39-40.

³⁰ Tweraser, US-Militärregierung in Oberösterreich, 62.

verweigerte die bedingungslose Kapitulation.³¹ Dönitz verweigerte angeblich die Kapitulation, um den Soldaten an der Ostfront zu ermöglichen, sich zu den Westalliierten abzusetzen, und ihnen so die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion zu ersparen. Eigruher wiederum befahl die Verteidigung seines Gaues und daher auch des Mühlviertels.³² Je nach Erfolg von Widerstandsgruppen gelang die kampflose Übergabe von Ortschaften oder auch nicht.³³ Aufgrund von Verhandlungen des Kreisleiters von Linz, Franz Danzer, mit den Amerikanern konnten sie in Linz kampflos einrücken.³⁴

Nach der Übergabe von Linz an die Amerikaner verlagerte sich die Kämpfe in die Bezirke Freistadt und Perg. Da es im Bezirk Perg immer noch Widerstand gab, ist auch das Verhalten der Amerikaner rund um die Befreiung des KZ-Mauthausens erklärbar.³⁵ Am Vormittag des 5. Mai hatten US-Truppen den Ort Mauthausen besetzt. Der Delegierte des Roten Kreuzes, Louis Haeffliger, leitete ungefähr zu Mittag zwei Panzerspähwagen der 11. US-Panzerdivision unter dem Kommando von Al Kosiek in das Lager. Die Lager SS war bereits am 3. Mai abgezogen.³⁶ Zur Bewachung des Lagers waren von der SS die Angehörigen der Wiener Feuer- schutzpolizei bestimmt worden. Die Amerikaner entwaffneten die Angehörigen der Wiener Feuerschutzpolizei und übertrugen die Lagerverwaltung den ehemaligen KZ-Häftlingen. Kosiek und seiner Männer mussten abziehen, weil sie den Befehl erhalten hatten, ihre Aufklärungsmission fortzusetzen. Am selben Tag befreiten die Amerikaner das KZ Gusen. Am Vormittag des 7. Mai 1945 befreiten Einheiten der 11. US-Panzerdivision das KZ Mauthausen endgültig.³⁷

Insbesondere die SS leistete bis Kriegsende und darüber hinaus Widerstand. In Grein duellierte sich eine SS-Einheit am 6. Mai mit der amerikanischen Artillerie.³⁸ In Königswiesen kam es zu einem der letzten Gefechte des Zweiten Weltkrieges in Europa.³⁹ Dort hatte die 3. SS-Panzerdivision am 6. Mai einen Angriff der 11. US-Panzerdivision abgewehrt und sich am 7. Mai trotz eines Jagdbomberangriffs behauptet. Als Folge dieses Gefechtes brannten drei Bauernhöfe nieder.⁴⁰

³¹ Manfred *Rauchensteiner*, *Der Krieg in Österreich 1945* (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums Wien 5, 2. neub. Aufl. Wien 1984), 345.

³² *Leimlehner*, *Kriegsende und Folgen im Mühlviertel*, 30.

³³ *Leimlehner*, *Kriegsende und Folgen im Mühlviertel*, 12.

³⁴ *Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse*, 39-44.

³⁵ Hans *Maršálek*, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen* (3. erw. Aufl., Wien/Linz 1995) 333-334.

³⁶ *Maršálek*, *Geschichte KZ-Mauthausen*, 331.

³⁷ *Maršálek*, *Geschichte KZ-Mauthausen*, 338.

³⁸ *Hindinger*, *Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse*, 25.

³⁹ *Rauchensteiner*, *Krieg in Österreich 1945*, 354.

⁴⁰ *Merl*, *Besatzungszeit im Mühlviertel*, 40-41.

Teile der SS kapitulierten im Mühlviertel erst nach der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai 1945. Die 3. SS-Panzerdivision der 6. Panzerarmee legte erst am 9. Mai 1945 die Waffen nieder. Am 13. Mai kapituliert ein deutscher General vor einem sowjetischen und amerikanischen General im Schulhaus von Wartberg ob der Aist.⁴¹ Vermutlich gelangte die Nachricht der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands zu den SS-Einheiten im Mühlviertel verspätet. Im Gegensatz dazu kapituliert die Wehrmacht im Süden von Oberösterreich bereits am 7. Mai 1945. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd bzw. Heeresgruppe Ostmark, Generaloberst Lothar Rendulic, führte eine Teilkapitulation durch, weil er aufgrund fehlender Funkverbindung nichts von Generaloberst Alfred Jodls bedingungsloser Kapitulation für das gesamte „Großdeutsche Reich“ am selben Tag wusste.⁴² Rendulics Kapitulation galt für das nördliche Oberösterreich galt.⁴³

Im Zuge der Kampfhandlungen gelangten die Amerikaner über die mit der Sowjetunion vereinbarte Demarkationslinie hinaus. Nach Kapitulation Nazideutschlands zogen sich die Amerikaner wieder hinter diese Linie zurück. In die Gemeinden des Bezirkes Freistadt östlich dieser Linie kam die Rote Armee am 10. Mai.⁴⁴ Am 13. Mai marschierten Soldaten der Roten Armee in das zuvor von den Amerikanern besetzte Freistadt ein, was für die Stadt die Teilung zwischen USA und UdSSR bedeutete.⁴⁵ Der Großteil der sowjetischen Truppen erreichte das Mühlviertel am 14. Mai 1945.⁴⁶

2.2. Das Mühlviertel von Anfang Mai bis Anfang August 1945

Als wesentlicher Impuls zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel gilt die Abhängigkeit der im Mai 1945 errichteten Provisorischen Oberösterreichischen Landesregierung von den Amerikanern. Es bestand von österreichischer Seite her die Befürchtung, dass die Sowjetunion für das Mühlviertel niemals eine von den Amerikanern abhängige Landesregierung anerkennen würde. Ebenfalls ein wesentlicher Impuls zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel könnte die weitgehende Isolation des sowjetisch besetzten Ostteils des Mühlviertels von den zentralen Verwaltungsstellen in Linz gewesen sein. Edmund Merl schrieb in seinen Erinnerungen an seine Tätigkeit als Bezirkshauptmann von Freistadt von 1945 bis 1952 über die Errichtung der Zivilverwaltung Mühlviertel, dass nunmehr eine Instanz zur Beratung,

⁴¹ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 48.

⁴² Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 48.

⁴³ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 55.

⁴⁴ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 45.

⁴⁵ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 46.

⁴⁶ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 48.

Orientierung und Hinwendung existierte.⁴⁷ Für die Verwaltung der Bezirke Freistadt und Perg brachte die Teilung des Mühlviertels einige Probleme mit sich.

Damit ging eine Verschiebung von Verwaltungsgrenzen und Zuständigkeitsbereichen auf Bundes- Landes- und Gemeindeebene einher. Auf Bundesebene bzw. Staatsebene fiel der Ostteil des Mühlviertels in den Zuständigkeitsbereich der Provisorischen Staatsregierung, weil die Sowjetbesatzung von ihr in Österreich besetzte Gebiete umgehend der Regierung Renner unterstellte.⁴⁸ Diese Zuteilung galt noch nicht unmittelbar nach Kriegsende. Am 9. Mai 1945 hatte der kommissarische Politberater beim Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front, Michael E. Koptelow, Staatskanzler Renner darüber informiert, dass das Gebiet von Wien bis zur Linie Enns-Bruck/Mur-Graz und Leibnitz in den Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung fällt.⁴⁹ Renner erkundigte sich, ob dies ebenso für die von den Truppen Marschall Malinovkis befreiten Gebiete nördlich der Donau gelte. Koptelow konnte Renners Frage nicht beantworten, weil er meinte, auf Befehl des Kommandos der III. Ukrainischen Front zu handeln und nicht auf den Befehl Marschall Malinovkis. Er teilte Renner mit, sich um dieses Problem zu kümmern. In einer gemeinsamen Besprechung mit dem Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front Marschall Fjodor I. Tolbuchin, und dem Militärratsmitglied der Front, Generaloberst Aleksei S. Sheltow, ungefähr einen Monat später berichtete Renner, dass ein von der Staatsregierung eingesetzter Bürgermeister für Korneuburg von der Militärverwaltung Marschall Malinovkis nicht die Erlaubnis erhalten habe, sein Amt auszuüben, weil dort die Staatsregierung Renner unbekannt sei.⁵⁰ Tolbuchin meinte diesbezüglich zu Renner, dass sich solche Probleme bald von selber lösen würden, weil demnächst für sämtliche Truppen der Sowjetunion in Österreich ein einheitliches Kommando errichtet werde. Tolbuchin versprach aber Malinowski anzuweisen, die Provisorische Staatsregierung anzuerkennen.

Erst ab Juni 1945 dürfte es für die Provisorische Staatsregierung Österreichs möglich gewesen sein, ihre Funktionen im sowjetisch besetzten Teil des Mühlviertels auszuüben. Für das

⁴⁷ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 137.

⁴⁸ Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission. (Wien 2005) 108.

⁴⁹ Niederschrift des Gesprächs des kommissarischen Politberaters beim Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front, Michail E. Koptelow, mit Staatskanzler Karl Renner am 11. Mai 1945. Nr. 13. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark und Gennadi Bordjugow (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 143.

⁵⁰ Niederschrift des Gesprächs des Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front, Marschall F. I. Tolbuchin, und des Militärratsmitgliedes der Front, Generaloberst A. S. Sheltow, mit Staatskanzler K. Renner 8. Juni 1945. Nr. 13. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark und Gennadi Bordjugow (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 157.

westliche Mühlviertel konnte die Provisorische Staatsregierung Österreichs zu diesem Zeitpunkt keine Regierungsaufgaben übernehmen, weil ihr die Westalliierten die Anerkennung verweigerten. Erst am 20. Oktober 1945 erkannten die Amerikaner, Engländer und Franzosen die Regierung Renner für ihre Besatzungszonen an.⁵¹ Für den amerikanisch besetzten Teil des Mühlviertels bzw. für Oberösterreich übte die Provisorische Landesregierung Oberösterreichs und die Amerikanische Militärregierung für Oberösterreich die oberste Staatsgewalt aus.

Aufgrund der Teilung des Mühlviertels ergaben sich ebenfalls Anpassungen bei der Landes- und Bezirksverwaltung. Die sowjetisch besetzten Teile dieser Bezirke gelangten in den Zuständigkeitsbereich der Provisorischen Landesregierung von Niederösterreich.⁵² Vertreter des Bezirkes Perg hatten dies am 25. Mai 1945 durch Vorsprache bei der Provisorischen Landesregierung Oberösterreichs erreicht und mit den fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Linz begründet. Für den amerikanisch besetzten Teil des Bezirkes Perg erfolgte in Mauthausen die Errichtung einer Behelfsdienststelle.⁵³ Für den sowjetischen Teil des Bezirkes Freistadt brachte dies keine Verbesserung, weil nicht nur die Verbindung nach Linz fehlte, sondern auch nach Niederösterreich und Wien.⁵⁴ Die Bezirkshauptmannschaft Freistadt musste ihre Funktion ohne übergeordnete Dienststellen ausüben. Dasselbe konnte auch für einzelne Gemeinden im Bezirk zutreffen. Beispielsweise fehlten aufgrund des zusammengebrochenen Postwesens und der unterbrochenen Telefonverbindungen Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der Gemeinde Pregarten und der BH-Freistadt.⁵⁵

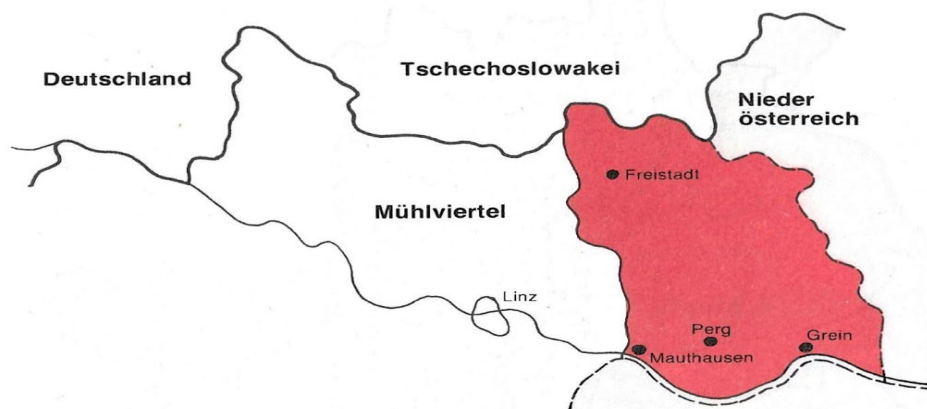


Abb. 3: Sowjetische Besatzungszone im Mühlviertel von Mai bis August 1945⁵⁶

⁵¹ Manfred *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005) 63.

⁵² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 79-80.

⁵³ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 71.

⁵⁴ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 76.

⁵⁵ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 51.

⁵⁶ Harry *Slapnicka*, Oberösterreich 1917-1977. Karten und Zahlen (Beiträge zur Zeitgeschichte Österreichs 4, Linz 1997) 51.

Insbesondere in der Gegend um Freistadt wären Hilfestellungen von außen mehr als notwendig gewesen. Im Umland der Stadt Freistadt befanden sich schätzungsweise 89.000 Rotarmisten. In der Stadt Freistadt lebten zu Kriegsende 5.000 Menschen.⁵⁷ Aufgrund der hohen Anzahl von Soldaten der Roten Armee zu Kriegsende in ihrem Teil des Mühlviertels war es für die Armeeführung schwer ihre Mannschaften zu kontrollieren.⁵⁸ Die Bevölkerung litt deshalb wegen Plünderungen und Vergewaltigungen vonseiten von Soldaten der Roten Armee besonders stark. Sowjetische Ortskommandanten konnten sich nicht wirksam für die Bevölkerung einsetzen, weil sie vom Rang unter Offizieren kämpfender Einheiten standen.⁵⁹ Dazu kamen noch Verbrechen aus- und inländische Krimineller sowie befreiter KZ-Häftlinge.⁶⁰

Keine Abhilfe brachten Beschwerden bei den Befehlshabern der Roten Armee über Verbrechen ihrer Soldaten. Der spätere Staatsbeauftragte für das Mühlviertel, Johann Blöchl, erfuhr selbst, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden sein konnte, sich diesbezüglich an Offiziere der Roten Armee zu wenden.⁶¹ Als sich Blöchl an den sowjetischen Kommandanten von Freistadt wandte, habe dieser die Disziplin seiner Soldaten betont und erklärt, für Vorfälle außerhalb der Stadt nicht zuständig zu sein. Blöchl habe deswegen bei den Lagerkommandanten vorgesprochen. Der erste habe gemeint, dass Soldaten halt so seien und habe angeboten, gemeinsam auf die Freundschaft zwischen Österreich und Russland zu trinken. Der nächste Lagerkommandant wies Blöchl darauf hin, dass seine Soldaten keine Verbrechen verübt hätten, und andere dies gewesen seien. Bei der Vorsprache beim dritten Lagerkommandanten habe sich herausgestellt, dass dieser zu betrunken gewesen sei. Erst der letzte Lagerkommandant habe sich als gesprächsbereit erwiesen. Blöchl habe ihm vorgeschlagen, dass er bekanntgeben solle, was er an Nahrungsmitteln und Tierfutter brauche. Blöchl hätte dann dafür gesorgt, dass alles geliefert werde. Allerdings habe der Übersetzer statt Vorschlag Beschwerde übersetzt, was den Kommandanten so erzürnt habe, dass er Blöchl das Hemd vom Körper gerissen habe.

In den geteilten politischen Bezirken befanden sich in einen sowjetischen und amerikanischen Teil gespaltene Gemeinden. Für die provisorischen Gemeindeverwaltungen und insbesondere den Bürgermeister brachte dies unter Umständen viel Mühsal mit sich, weil sie bei Ausübung ihres Amtes mit widersprüchlichen Befehlen beider Besatzungsmächte konfrontiert

⁵⁷ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 49.

⁵⁸ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 49.

⁵⁹ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 50.

⁶⁰ *Maršálek*, Geschichte KZ-Mauthausen, 339.

⁶¹ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 151-152.

sein konnten.⁶² Außerdem war es auch für Bürgermeister nicht möglich, die Zonengrenze ohne Kontrollen zu überschreiten, und sie mussten dabei ständig mit „Beschlagnahmungen“ (z.B. von Fahrrädern) rechnen.

Die Schwierigkeit von Organen der Gemeinde- und Bezirksverwaltung im sowjetisch besetzten Ostteil des Mühlviertels, sich über die Zonengrenzen an übergeordnete Stellen des Landes zu wenden, könnte ein Grund für die Errichtung der Zivilverwaltung Mühlviertel gewesen sein. Die Verwaltung des Ostteils des Mühlviertels durch Niederösterreich ließ Befürchtungen einer dauerhaften Abtrennung von Oberösterreich aufkommen.

Die Bevölkerung im Osten des Mühlviertels litt stark unter der sowjetischen Besatzung. Die Erfahrung lokaler Politiker, sich nicht wirksam für die Bevölkerung einsetzen zu können, könnte den Bedarf nach einer übergeordneten Instanz zur Hilfestellung beflügelt haben. Gleichzeitig sprach die aufgrund fehlender Kommunikationswege nicht funktionierende Verwaltung des Ostteils des Bezirkes Freistadt durch Niederösterreich dafür, möglichst nahe und innerhalb der sowjetischen Besatzungszone über die Instanz einer Landesverwaltung verfügen zu können.

2.3 Die Beamtenregierung Eigl

Aufgrund der Abhängigkeit der Oberösterreichischen Landesregierung von den Amerikanern bestand von oberösterreichischer Seite her die Befürchtung, dass die Sowjets diese Landesregierung für ihren Teil Oberösterreichs nicht anerkennen würden. Worin manifestierte sich diese Abhängigkeit? Dies zeigt sich im Ernennungsprozess, der Auswahl ihrer Mitglieder, dem Gesetzgebungsprozess und der Praxis der Amerikaner Mitglieder abzusetzen und zu verhaften.

Relativ kurz nach Kriegsende setzten die Amerikaner eine Landesregierung ein. Am Tag nach der ersten Sitzung der US-Militärregierung für Oberösterreich am 14. Mai 1945 beauftragte sie den Landesbeamten Adolf Eigl Personen für die Referate einer Landesregierung zu nominieren.⁶³ Am 16. Mai 1945 erhielt Eigl den Titel Landeshauptmann und am 17. Mai 1945 ernannte die US-Militärregierung die von Eigl vorgeschlagenen Personen zur Landesregierung für Oberösterreich. Da die Landesregierung Eigl überwiegend aus Beamten bestand, findet sich für auch die Bezeichnung Beamtenregierung Eigl. Die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung bzw. die Beamtenregierung Eigl wird in der Literatur als bürgerlich-

⁶² Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 55.

⁶³ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 74.

konservativ charakterisiert, weil sich darin nur ein Vertreter der SPÖ befand.⁶⁴ Die geringe Repräsentation der SPÖ in der Landesregierung war keineswegs auf deren Untätigkeit zurückzuführen. Angehörige der SPÖ hatten nämlich versucht eine von ihr dominierte Landesregierung und Alois Oberhummer zum Landeshauptmann von den Amerikanern ernennen zu lassen.⁶⁵ In ihrem Selbstverständnis als antifaschistische Bewegung sah sich die SPÖ dazu berechtigt. In dieser von der SPÖ dominierten Landesregierung waren auch Vertreter der Christlich Sozialen Partei (z.B. Johann Blöchl) vorgesehen gewesen. Bei den Bemühungen, den Linzer Bürgermeister zu stellen, war die SPÖ erfolgreicher gewesen, weil es bereits am 8. Mai 1945 gelungen war, Ernst Koref von den Amerikanern zum Linzer Bürgermeister ernennen zu lassen.⁶⁶ Beim Vergleich, wie die Sowjets in ihrer Zone Landesregierungen einsetzten, zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu den Amerikanern. Das lässt sich am Beispiel Niederösterreich verdeutlichen. Für Niederösterreich hatten am 18. April 1945 Leopold Figl (ÖVP) und Oskar Helmer (SPÖ) von der sowjetischen Zentralkommandantur die Erlaubnis erhalten, einen Landesausschuss für Niederösterreich zu errichten.⁶⁷ Die einzige Bedingung war, dass im Landesausschuss ein Kommunist saß. Die Sowjets hatten Figl nicht mit der Bildung einer Landesregierung beauftragt. Die Initiative ging von Figl und Helmer aus und die Sowjets hatten diese Initiative nicht unterbunden.

Die Amerikaner kontrollierten die Beamtenregierung Eigl sehr stark, was sich an einem gespiegelten Aufbau der Beamtenregierung Eigns und der US-Militärregierung für Oberösterreich zeigte. Den meisten Referenten bzw. Referaten der Beamtenregierung war ein amerikanischer Sachgebietsoffizier, der demselben Referat seitens der US-Militärregierung vorstand, zugeordnet.

Referat	Referent OÖ Landesregierung	Sachgebietsoffizier US-Militärregierung
Gesundheit	Ferdinand Reinhard	J. Farinacci
Finanzen	Franz Lorenzoni	H.M. Rogers
Wirtschaft	Josef Mahal	John F. Laboon
Justiz	Herman Ganzhofer	

⁶⁴ Walter *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik. In: Walter *Schuster* und Wolfgang *Weber* (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2002, Linz 2004) 162-163.

⁶⁵ Brigitte *Kepplinger*, Weidenholzer Josef, Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie in Linz 1945-1950. In Fritz Mayrhofer und Walter *Schuster*, (Hg.), Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz 21996) 19.

⁶⁶ Johann *Sandgruber* Die Anfänge der Linzer ÖVP. In Fritz Mayrhofer und Walter *Schuster* (Hg.), Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz 21996) 72.

⁶⁷ Helmut *Wohnout*, Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz (Wien 2015) 63-64.

Umsiedlung	Viktor Guttman	J.W. Levy
Verkehr	Josef Schlegl	Gary
Ernährung	Hans Frenzl	Walter Jackson
Öffentliche Sicherheit	Herbert Krögler	Earle W. Garrett
Landwirtschaft	Heinrich Gleißner	C. Case
Rückgabe	Ernst Lyro	Nathan Sirofa
Telefon-, Post- und Telegraphenwesen	Karl Öttl	Wallery O. Wooster
Soziale Fürsorge	Anton Rußegger	Clayton C. Condrington
Aufsicht	Josef Walk	
Industrie	Alois Hobelsberger	H.B. Engesetz
Erziehung und Religion	Alois Moser	John D. Hartigan
Schöne Künste und Bauten	Justus Schmidt	R. E. Shelton

Tabelle 1: Aufteilung der Referate bei der Landesregierung Oberösterreichs und der US-Militärregierung.⁶⁸

Die Abhängigkeit der Beamtenregierung Eigl von den Amerikanern zeigte sich auch im Gesetzgebungsprozess. Von einer selbstständigen Gesetzgebung bzw. einem Gesetzgebungsprozess in ihrem Zuständigkeitsbereich konnte nämlich keine Rede sein.⁶⁹ Zu Beginn bereitete der zuständige Sachgebietsreferent (z.B. Wirtschaft) das Gesetz vor. Im zweiten Schritt erfolgte die Vorlage des Gesetzesentwurfes an einen Sachgebietsoffizier der US-Militärregierung. Der Sachgebietsoffizier musste im Anschluss eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf verfassen. Im dritten Schritt war der Gesetzesentwurf und die Stellungnahme dem Kommandanten der US-Militärregierung zur Prüfung vorzulegen. Er konnte das Gesetz genehmigen oder ablehnen. Da die Amerikaner jegliche Einmischung der Provisorischen Staatsregierung Österreichs untersagten, hatte die Landesregierung auch Aufgaben der Bundesverwaltung zu übernehmen.⁷⁰ Dies waren das Post-, Telefon- und Telegraphenwesen und die Finanzen.

Nicht als Hindernis zur Anerkennung der Beamtenregierung Eigl durch die Sowjets gilt die Verhaftung einiger ihrer Mitglieder im Zuge der Entnazifizierung durch die Amerikaner. Die US-Entnazifizierung verlief unmittelbar nach Kriegsende relativ ungeordnet und basierte auf Automatic Arrest Lists.⁷¹ Aufgrund neuer Direktiven für Österreich am 24. Juni 1945 durch die Vereinigten Stabschefs, kam es zur Errichtung einer Special Branch (Sonderabteilung),

⁶⁸ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 57-59.

⁶⁹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 77.

⁷⁰ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 161-162.

⁷¹ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 196.

die mittels Fragebogen Beamte, Industrielle und Wirtschaftstreibende bezüglich ihrer Funktionen im NS-Regime untersuchte.⁷² Das systematischere Vorgehen der USA bei der Entnazifizierung in Österreich führte schlussendlich zum Rücktritt mehrere Mitglieder der Beamtenregierung Eigl. Der Sicherheitsdirektor Herbert Krögler wurde am 4. Juli 1945 seines Amtes enthoben und am 9. Juli 1945 der Referent für Industrie Alois Hobelsperger und der Referent für Wirtschaft Josef Mahal aus der Landesregierung entlassen.⁷³ Krögler war seit 1. Mai 1938 NSDAP-Mitglied gewesen, weil er seine illegale Tätigkeit für die Partei unter dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime beweisen konnte. Ab November 1941 übte Krögler die Funktion eines Oberst der Linzer Schutzpolizei und Stellvertreter des Linzer Polizeipräsidenten Josef Plackholm aus, ohne nach eigenen Angaben Mitglied der SS gewesen zu sein. Krögler galt nach seiner Inhaftierung in Glasenbach im Sinne des Verbotsgesetzes von 1947 als minderbelastet. Der Referent für Industrie Alois Hobelsperger war, um Geschäftsführer der Abteilung Industrie der Wirtschaftskammer Oberdonau werden zu können, im Mai 1938 NSDAP-Mitglied geworden. Der Referent für Wirtschaft Josef Mahal war NSDAP-Mitglied gewesen und hatte mehrere leitende Funktionen bei der Wirtschaftskammer Oberdonau inne.

Darüber, wie weit die Belastung von Mitgliedern der Beamtenregierung Eigl aufgrund ihrer Tätigkeit während des NS-Regimes für Misstrauen ihr gegenüber bei den Sowjets sorgte, geben die hier eingearbeiteten Quellen keine Auskunft. Es erscheint aber durchaus nachvollziehbar, dass die Sowjets einer Landesregierung, die derart stark unter dem Einfluss der Amerikaner stand, nicht viel Vertrauen entgegenbringen konnten. Von österreichischer Seite erschien es daher klar, dass es für das Mühlviertel einer vom Einfluss der USA unabhängigen Landesverwaltung bedurfte.

2.4 Eine gesonderte Verwaltung für das Mühlviertel

Die Zuteilung des Mühlviertels zur sowjetischen Besatzungszone durch das Zonenabkommen von 9. Juli 1945 hielten die Besatzungsmächte vor der Bevölkerung zunächst geheim⁷⁴. Allerdings sickerte die Information über den bevorstehenden Abzug der Amerikaner dennoch durch. Gleichzeitig deuteten unterschiedliche Maßnahmen der US-Militärregierung für Oberösterreich als Hinweis auf einen bevorstehenden Abzug hin. Bereits Anfang Juli hatte die US-Militärregierung der Provisorischen Oberösterreichischen Landesregierung befohlen,

⁷² *Tweraser*, US-Militärregierung in Oberösterreich, 366-369.

⁷³ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 164-166.

⁷⁴ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 36.

Industrieanlagen von Urfahr und entbehrliche Wagen der Mühlkreisbahn nach Linz zu verlegen, sowie Lagerhäuser, in denen sich Saatgut, Vieh, Maschinen usw. befanden leer zu räumen.⁷⁵ Aufgrund solcher Aktionen traten Gerüchte über die Besetzung von ganz Oberösterreich durch die Sowjetunion auf. Eine Berichterstattung über solche Maßnahmen in Zeitungen und Radio verboten die Amerikaner. Mit einem Erlass vom 26. Juli 1945 der US-Militärregierung von Oberösterreich beschränkte sie den Zuständigkeitsbereich der Provisorischen Landesregierung Oberösterreichs auf das Gebiet südlich der Donau.⁷⁶ Ebenso wurde auf Befehl der Amerikaner die Telefonverbindung von Linz nach Urfahr unterbrochen.⁷⁷ An die 900 Familien flohen über Urfahr in den Süden Oberösterreichs.⁷⁸ In der Regel handelte es sich dabei um deutsche Staatsbürger und/oder Nazis, die von den Sowjets Schlimmes zu befürchten hatten.

Aufgrund dieser Gerüchte und wahrscheinlich auch wegen der durchgesickerten Information über den Abzug der Amerikaner aus dem westlichen Mühlviertel fanden ungefähr ab Juni 1945 fast täglich Besprechungen und Verhandlungen zwischen Vertretern der von der Sowjetunion zugelassenen politischen Parteien (ÖVP, SPÖ und KPÖ) und Beamten zur Lösung der dadurch anfallenden Probleme statt.⁷⁹ Von der ÖVP nahm u.a. der ehemalige Landeshauptmann von Oberösterreich, Heinrich Gleißner, der auch Mitglied der Beamtenregierung war, an den Verhandlungen teil.⁸⁰ Von der SPÖ waren u. a. Franz Blum und Ludwig Hiermann von der KPÖ, deren Landesobmann Franz Haider und Josef Stadlbauer an den Besprechungen beteiligt. Franz Blum arbeitete ab 1933 als Redakteur beim Tagblatt und ab 1934 als Chefredakteur. 1934 wurde er verhaftet. Nach seiner Internierung im KZ Dachau von 1938 bis 1941, betätigte er sich im Widerstand.⁸¹ Blum gründete die erstmals am 28. August 1945 erscheinende Mühlviertler Post und übte dort die Funktion des Chefredakteurs aus.⁸² Obwohl die zugelassenen politischen Parteien die Mühlviertler Post finanzierten galt sie als SPÖ nahe.⁸³ Franz Blum konnte die Mühlviertler Post deshalb ins Leben rufen, weil die UdSSR im Gegensatz zur USA die Gründung von österreichischen Zeitungen bereits ab Kriegsende erlaubte.⁸⁴

⁷⁵ OÖLA, OÖLR, Sitzungsprotokoll vom 2.7.1945 1-2.

⁷⁶ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land 64.

⁷⁷ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 152.

⁷⁸ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 130.

⁷⁹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 139.

⁸⁰ Der Österreichische Cartellverband, Heinrich Gleißner, online unter <<https://www.oecv.at/Biolex/Detail/13600188>> (29.06.2020).

⁸¹ Land Oberösterreich. *Personen*, Franz Blum, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografie-AnsichtExtern.jsp?personId=237¶m=ooe>> (29.06.2020).

⁸² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 127.

⁸³ Fritz *Fellner*, Anton Krautwaschl. In Fritz Fellner, (Hg.), *Alltag und Leben im Mühlviertel 1945-1955*. (Edition Geschichte der Heimat, Grünbach 2005). 268-269.

⁸⁴ *Kepplinger*, *Weidenholzer*, Rekonstruktion Sozialdemokratie Linz, 44-45.

Im amerikanisch besetzten Teil von Linz konnte beispielsweise das ebenfalls sozialdemokratische Tagblatt erst am 8. Oktober 1945 erscheinen. Ludwig Hiermann saß von 1932 bis 1934 für die SDAP im Gemeinderat von Linz und von 1934 bis 1938 Landtag von Oberösterreich. 1939 bis 1941 hatte er die Geschäftsführung des Reichsinnungsverbandes für das Zimmerhandwerk der Bezirksstelle Ostmark inne und von 1941 bis 1945 war er Sozialreferent für die Steyer-Daimler-Puch-AG.⁸⁵ Franz Haider war von 1927 bis 1934 Mitglied der SDAP und ab 1934 der KPÖ.⁸⁶ Aufgrund der Teilnahme an den Kampfhandlungen aufseiten des Schutzbundes während der Unruhen im Februar 1934 wurde er verhaftet. 1936 bis 1938 hielt er sich in Moskau auf. Josef Stadlbauer wurde am 4. Juni 1934 wegen Aufruhrs zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt.⁸⁷ Nach seiner Migration 1934 in die UdSSR kämpfte er ab 1937 im Spanischen Bürgerkrieg. Von 1939 bis 1941 war er in Frankreich interniert und von 1941 bis 1945 im KZ-Dachau.

Gegenstand dieser Gespräche war es, eine Lösung für die Regelung der zivilen Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Oberösterreich zu finden. Eine Verwaltung des Mühlviertels durch die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung erschien als nicht gangbarer Weg, weil sie zu stark von den USA abhängig war und als deren verlängerter Arm galt.⁸⁸ Es erschien den Verhandlern unmöglich, dass die Sowjetunion die Landesregierung anerkennen würde.

Im Zuge dieser Gespräche erfolgte der Beschluss, eine gesonderte Zivilverwaltung für das Mühlviertel unter dem Vorsitz von Johann Blöchl zu errichten. Johann Blöchl (1895-1987) war Landwirt des Hartmayrgutes zu Lasberg bei Freistadt und von 1931 bis 1934 Nationalratsabgeordneter.⁸⁹ Aufgrund von Kontakten zu Widerstandsgruppen saß er von 1941 bis 1943 im Gefängnis. Am 20. Juli 1944 musst er wiederum ins Gefängnis und blieb bis Kriegsende inhaftiert. Wie es zum Entschluss kam, Blöchl zum Staatsbeauftragten zu machen, ist nicht mehr nachvollziehbar. Aufgrund der fehlenden Sitzungsprotokolle ist nicht feststellbar, weshalb die Wahl auf Blöchl fiel. Es besteht Grund zur Annahme, dass zu diesen Sitzungen bewusst keine Protokolle angefertigt wurden. Die US-Militärregierung für Oberösterreich

⁸⁵ OÖLA. *Biographische Datenbank*, Ludwig Hiermann <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (1.6.2022).

⁸⁶ OÖLA. *Biographische Datenbank*, Franz Haider <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (1.6.2022).

⁸⁷ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. *Spanienarchiv*, Josef Stadlbauer <<https://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige-s/stadlbauer-josef>> (1.6.2022).

⁸⁸ Ein Rückblick, 558

⁸⁹ Austria-Forum, Blöchl Johann, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/B1%C3%B6chl%2C_Johann> (29.06.2020).

hatte nämlich seit 14. Mai 1945 sämtliche politische Parteien verboten.⁹⁰ Politiker und Beamte, die in der amerikanischen Zone wohnten und an den Verhandlungen teilnahmen, drohte bei der Rückkehr die Verhaftung.

Die Wahl zum Vorsitzenden der Zivilverwaltung Mühlviertel erfolgte weder auf Blöchls Wunsch noch wusste er davon. Mitte Juli ließen die Verhandler in Urfahr Blöchl von seinem Hof in Lasberg über die Demarkationslinie erstmals zu einer Besprechung über die Herstellung einer Landesverwaltung für das Mühlviertel herbeiholen.⁹¹ Blöchls Hof befand sich zu dieser Zeit im sowjetisch besetzten Ostteil des Mühlviertels. Urfahr gehörte zum amerikanischen Teil des Mühlviertels. Während der Besprechung erhielt Blöchl erstmals die Information über das Vorhaben zur Errichtung einer gesonderten Landesverwaltung für das Mühlviertel, und es erging an ihn die Bitte, das Amt des Vorsitzenden dieser Zivilverwaltung auszuüben. Nachdem Blöchl sich eine Bedenkzeit genommen hatte, lehnte er die an ihn gerichtete Bitte ab. Da er während des NS-Regimes lange Jahre im Gefängnis saß und aus Rücksicht auf seine Familie strebte er keinerlei politische Aktivität mehr an. Ungefähr zwei Wochen später wurde Blöchl nach Perg zu Leopold Figl gebeten.⁹² Figl gelang es dank seiner moralischen Autorität, so Blöchl, als Überlebender der Konzentrationslager Dachau und Mauthausen Blöchl zu überreden, den Vorsitz für die gesonderte Verwaltung für das Mühlviertel auszuüben.

Vom 1. bis zum 8. August 1945 zogen die Amerikaner aus dem westlichen Mühlviertel ab, und die Rote Armee marschierte dort ein.⁹³ Als noch die Besetzung des Mühlviertels durch die Rote Armee lief, fand am 2. August 1945 ein Treffen zwischen Politikern und Beamten aus Österreich und Vertretern der sowjetischen Besatzungsbehörde in Urfahr statt.⁹⁴ Von österreichischer Seite nahmen Franz Blum (SPÖ), Franz Thanhofer (SPÖ), Fritz Kammerer (KPÖ), Josef Stadlober (KPÖ), Alois Grünberger (KPÖ), Ferdinand Markl, Anton Müllner (ÖVP) und Hans Sebingner (ÖVP) teil.

Franz Thanhofer übte von 1927 bis 1934 die Funktion des Schriftführers der Sektion Poliere und Angestellte der Gewerkschaft aus. 1938 erhielt er Arbeitsverbot in Linz und arbeitete dann bis 1945 in Steyr als kaufmännischer Angestellter.⁹⁵ Alois Grünberger floh 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion und kämpfte ab 1937 im Spanischen

⁹⁰ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 130.

⁹¹ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 160-162.

⁹² *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 162-163.

⁹³ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 36.

⁹⁴ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 5. Dezember 1945, 1-3.

⁹⁵ OÖLA, Biographische Datenbank, Franz Thanhofer <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).

Bürgerkrieg auf der Seite der Internationalen Brigaden.⁹⁶ 1939 bis 1941 war er in Frankreich und von 1941 bis 1944 im KZ Dachau interniert. Nach seiner Entlassung 1944 kam er zur Strafeinheit Dirlewanger. In Rumänien lief er zur Roten Armee über. Im Auftrag der Roten Armee sprang er gegen Kriegsende über dem Mühlviertel mit dem Fallschirm ab und baute eine Funkstation in Gramastetten bei Linz auf. Ferdinand Markl war von 1945 bis 1955 Bürgermeister von Urfahr.⁹⁷ Für Linz brachte die neue Zonengrenze an der Donau die Teilung in einen Nordteil und einen Südteil mit sich. Der nördliche Stadtteil Urfahr befand sich dadurch in der sowjetischen Besatzungszone und die südlich der Donau gelegenen Stadtteile gehörten der amerikanischen Zone an. In Urfahr musste auf Befehl der Sowjetunion erneut eine Stadtverwaltung errichtet werden.⁹⁸ Urfahr war 1919 von Linz eingemeindet worden und keine selbstständige Stadt mehr. In Zusammenarbeit mit dem Linzer Bürgermeister Ernst Koref übte Markl eine ähnliche Funktion für die einheitliche Verwaltung von Linz aus wie Blöchl für Oberösterreich. Hans Sebinger arbeitete von 1935 bis 1937 als Straßenbaumeister im Amt der Oberösterreichischen Landesregierung und von 1937 bis 1938 als Sekretär der Gauführung der Vaterländischen Front.⁹⁹ 1938 bis 1940 war er im KZ-Dachau.

Von sowjetischer Seite nahmen der Stadtkommandant von Urfahr, dessen Stellvertreter und der Kommandant für das Mühlviertel teil. Der Stadtkommandant gab eine Reihe von Befehlen und Vorschläge für einzurichtende Referate der zivilen Verwaltung für das Mühlviertel bekannt. Er befahl, ein Krankenhaus zu errichten, die Schulen so schnell als möglich zu eröffnen, Lautsprecher in den Straßen anzubringen, Radios von Nazis einzusammeln usw. Die zugelassenen politischen Parteien erhielten die Erlaubnis, sofort mit ihrer Arbeit zu beginnen. Als Referate schlug der Stadtkommandant eines für Landwirtschaft, Gesundheit, Ernährung, Gerichte, Fürsorge für Waisen, kranke und alte Leute, Staatspolizei, Gendarmerie, Kriminalpolizei, geheime Polizei, Wirtschaft und Verkehr vor.

Ohne offizielles Mandat der Provisorischen Landesregierung oder der Provisorischen Staatsregierung bildete sich im Mühlviertel zwischen Juni und August 1945 eine eigene Verwaltung. Sie hatte mit Johann Blöchl bereits einen Vorsitzenden und die lokale sowjetische Militärverwaltung akzeptierte sie als Partner.

⁹⁶ Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Spanienarchiv. *Alois Grünberger* <https://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige-g/gruenberger-alois> (8.6.2022).

⁹⁷ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 181.

⁹⁸ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 133-134.

⁹⁹ OÖLA. Biographische Datenbank, Hans Sebinger <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).

2.5 Die Erteilung des Staatsauftrages

Am 4. August 1945 hielt die Zivilverwaltung Mühlviertel ihre erste Sitzung unter dem Vorsitz Blöchls ab.¹⁰⁰ Ein Thema der Sitzung war, in welchem Verhältnis Blöchl in seiner Funktion als Vorsitzender dieser gesonderten Verwaltung für das Mühlviertel zur Staatsregierung und den Landesregierungen von Oberösterreich und Niederösterreich stehen konnte.¹⁰¹ Dieser gesonderten Verwaltung fehlte im Grunde jegliche Rechtsgrundlage für ihre Aktivität.¹⁰² Zum Zweck der Klärung der genannten Punkte erfolgte der Beschluss, eine Delegation unter Leitung Johann Blöchls, die aus Beamten und Angehörigen der zugelassen politischen Parteien bestand, nach Wien zu senden.

Zu den Mitgliedern der Delegation existieren unterschiedliche Angaben. In Edmund Merls Erinnerungen über seine Tätigkeit als Bezirkshauptmann von Freistadt von 1945 bis 1952 reisten er selbst, Johann Hirsch und Ferdinand Markl auf Wunsch Blöchls mit nach Wien.¹⁰³ Laut den Lebenserinnerungen von Johann Blöchl reisten mit ihm der nicht namentlich genannte Landesamtsdirektor, Hans Sebinger, Franz Blum, Fritz Kammerer und Eugen Hail (KPÖ) mit.¹⁰⁴ Fritz Kammerer war von 1932 bis 1934 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Schutzbundes und ab 1934 der KPÖ.¹⁰⁵ Während des NS-Regimes saß er mehrere Jahre im KZ Buchenwald. Die Funktion eines Landesamtsdirektors übte zu dieser Zeit der Stellvertreter des Landeshauptmannes, Anton Rußegger aus.¹⁰⁶ Es konnte nicht festgestellt werden, ob Rußegger tatsächlich als Teil der Delegation nach Wien reiste. Laut dem Sitzungsprotokoll der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 4. August 1945 waren neben Johann Blöchl, Franz Blum, Ludwig Hiermann, Josef Stadlbauer, Josef Lang, Balthasar Gierlinger, Hans Sebinger, Richard Strixner, Edmund Merl und Franz Haunschmidt Teil der Delegation.¹⁰⁷ Josef Lang saß während des NS-Regimes mehrmals im Gefängnis und arbeitete als Werkmeister der Reichsbahn.¹⁰⁸ Balthasar Gierlinger gründete 1919 die

¹⁰⁰ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 4. August 1945, 4-5.

¹⁰¹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 4. August 1945, 4-5.

¹⁰² *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 164-165.

¹⁰³ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 137.

¹⁰⁴ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 164.

¹⁰⁵ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 187.

¹⁰⁶ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 60.

¹⁰⁷ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 4. August 1945, 5.

¹⁰⁸ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 187.

Lagerhausgenossenschaft Rohrbach in Oberösterreich mit.¹⁰⁹ Von 1919 bis 1927 war er Landtagsabgeordneter für die CSP, 1925 bis 1929 Landesführer der Heimwehr Oberösterreich, 1923 bis 1924, 1927 bis 1934 Nationalratsabgeordneter für die CSP und von 1936 bis 1938 Bürgermeister von Anreit. Während des NS-Regimes war er Mitglied bei der NSV und wurde mehrmals verhaftet und kam in Gestapo Haft.¹¹⁰ Am 30. April 1945 ernannte ihn Kreisleiter Josef Trausner zum provisorischen Landrat des Kreises Rohrbach, weil der bisherige Landrat Leonhard Praxmarer vor den sich annähernden Amerikaner geflohen war. Nach der Besetzung Rohrbachs am 2. Mai 1945 bestätigten ihn die Amerikaner als Landrat und ernannten ihn zum Bürgermeister von Rohrbach. Edmund Merl übte von 1945 bis 1952 die Funktion des Bezirkshauptmanns von Freistadt aus.¹¹¹ Ab 1933 arbeitete er als Beamter beim Land Oberösterreich und seit 1938 in Freistadt. Von 1942 bis 1945 war er Funker in Kroatien und Italien. Franz Haunschmidt ernannten Überlebende des Freistädter Prozesses zum Bürgermeister von Freistadt.¹¹² Haunschmidt bestätigte der amerikanischen Stadtkommandanten von Freistadt und nach Rückzug der Amerikaner aus Freistadt am 23. Mai 1945 auch der sowjetische Stadtkommandant in seinem Amt.¹¹³

Am 9. und 10. Oktober sowie am 9. November 1944 waren 50 Freistädter Bürger verhaftet wurden, weil sie Geld für KZ-Häftlinge gespendet hatten.¹¹⁴ Ende Februar 1945 wurde einige dieser Männer und Frauen am Volksgerichtshof Linz angeklagt. Zehn von ihnen erhielten zwei bis fünf Jahre Kerker und Zuchthaus. Acht von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Die Todesurteile waren am 1. Mai 1945 durch Erschießung vollstreckt worden.

Zwei Vertreter von Landeshauptmann Eigl sollen trotz des Verbots der Amerikaner jeglicher politischen Aktivität von Österreichern ebenfalls Teil der Delegation gewesen sein.¹¹⁵ Sie reisten mit dem Auftrag, der Provisorischen Staatsregierung Österreichs das Ersuchen Eigls zu übermitteln, Blöchl als seinen Stellvertreter im Mühlviertel im Amt zu belassen.

Am 7. August 1945 reiste die Delegation von Oberösterreich nach Wien.¹¹⁶ Als erstes suchten sie das Niederösterreichische Landhaus auf, wo gerade der Provisorische Landesausschuss von Niederösterreich eine Sitzung abhielt. Ein Tagesordnungspunkt der Sitzung war

¹⁰⁹ OÖLA. Biographische Datenbank. *Balthasar Gierlinger*, online unter <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).

¹¹⁰ *Winkler*, Kriegsende und Besatzungszeit, 81.

¹¹¹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 332.

¹¹² *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 56.

¹¹³ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 58.

¹¹⁴ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 14-16.

¹¹⁵ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 29. August 1945. In: Gertrude *Enderle-Burcel* und Rudolf *Jerabek* (Hg.), *Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945: 2: „Right or wrong - my country!“* Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945 Bd. 8 (Wien 1999) 214.

¹¹⁶ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 137-138.

die Regelung der Verwaltung des Mühlviertels. Von niederösterreichischer Seite her bestand die Absicht, das Mühlviertel so lange treuhänderisch zu verwalten, bis eine einheitliche Verwaltung Oberösterreichs wieder möglich wäre.¹¹⁷

Die Delegation aus Oberösterreich lehnte den Vorschlag ab, weil aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse der Kontakt mit der Landesregierung von Niederösterreich in Wien fast unmöglich war. Als weiterer Ablehnungsgrund wird angeführt, dass die gesonderte Landesverwaltung für das Mühlviertel und Blöchl eine Anbindung an die oberösterreichische Landesregierung anstrebten bzw. aufrechterhalten wollten. Die Anbindung an die oberösterreichische Landesregierung diene dazu, eine Abtrennung des Mühlviertels vom Süden Oberösterreichs zu verhindern. Der Provisorische Landesausschuss von Niederösterreich und die Delegation aus Oberösterreich einigten sich darauf den Beirat für das Mühlviertel bestehen lassen, und dass die Provisorische Staatsregierung Österreichs Johann Blöchl zum Staatsbeauftragten für das Mühlviertel ernannt.¹¹⁸

Zu diesem Zweck begab sich die Delegation zur Amtsvilla von Staatskanzler Karl Renner, wo sie mit ihm über wesentliche Aspekte zur Bestellung eines Staatsbeauftragten für das Mühlviertel und eines Provisorischen Landesausschusses verhandelten.¹¹⁹ Renner schlug in der Sitzung vor, dass der Staatsbeauftragte für das Mühlviertel im Namen und Einvernehmen mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich in direkter Abhängigkeit von der Staatsregierung und in stiller Abhängigkeit vom oberösterreichischen Landeshauptmann agieren sollte.¹²⁰ Der Staatssekretär und Landeshauptmann von Niederösterreich, Leopold Figl, lehnte Renners Vorschlag ab, weil das industriell unterentwickelte Mühlviertel für Niederösterreich und auch für die Staatsregierung eine zu große finanzielle Belastung bedeutet hätte.¹²¹

Die Provisorische österreichische Staatsregierung beschloss schließlich das „Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich.“¹²² Das Gesetz ernannte Johann Blöchl zum Staatsbeauftragten für das Mühlviertel. Der Staatsbeauftragte hatte das Recht, mit den Befugnissen eines Landeshauptmannes von Oberösterreich und in dessen Namen so lange seine Funktion auszuüben, bis das Mühlviertel wieder in die einheitliche Verwaltung von Oberösterreich zurückfalle. Aufgrund eines Verweises auf § 31 (Abs 2) des Verfassungs-Überleitungsgesetzes (V-ÜG) vom 1. Mai

¹¹⁷ Blöchl, Der Vater des Mühlviertels, 164-165.

¹¹⁸ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 7. August 1945, 217.

¹¹⁹ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 7. August 1945, 214.

¹²⁰ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 7. August 1945, 214.

¹²¹ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 7. August 1945, 217.

¹²² Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_115_0/1945_115_0.pdf> (29.06.2020).

1945 erhielt der Staatsbeauftragte das Recht, vier bis sieben Beisitzer zu ernennen.¹²³ Blöchl ernannte jedoch neun Beisitzer. In der Literatur findet sich die Erklärung, dass Blöchl der genaue Wortlaut des Gesetzes noch unbekannt war und er daher versehentlich neun Beisitzer ernannte.¹²⁴ Paragraph 31 (Abs 2) des (V-ÜG) legt allerdings fest, dass ein Provisorischer Landesausschuss aus dem Landeshauptmann, dessen Stellvertreter und vier bis neun weiteren Mitgliedern bestehen sollte.¹²⁵ Blöchl könnte sich daher bei der Festlegung der Referatsanzahl der Zivilverwaltung Mühlviertel an der Vorläufigen Verfassung orientiert haben, weil er den genauen Inhalt des Gesetzes vom 7. August 1945 noch nicht kannte. Zu bedenken ist auch, dass die Zivilverwaltung Mühlviertel Bundesaufgaben übernahm und daher mehr Referate errichten musste, als für einen Landesausschuss vorgesehen war.

Durch das Gesetz erhielten der Staatsbeauftragte und seine Beisitzer die Befugnisse eines Provisorischen Landesausschusses. Blöchls Beisitzer übten die Funktion von Landesräten aus und bildeten auf diese Weise mehr oder weniger eine Landesregierung für das Mühlviertel. Für diese Landesregierung bürgerte sich die Bezeichnung Zivilverwaltung Mühlviertel ein.

Laut dem Protokoll der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 14. August 1945 ernannte Blöchl neun Beiräte oder Referenten.¹²⁶

ÖVP		SPÖ		KPÖ		parteilos
Landwirtschaft: Balthasar Gierlinger		Erziehung und Aufklärung: Franz Blum		Soziale Fürsorge und Umsiedlung: Fritz Kammerer		Forst- und Holzwirtschaft: Konrad Richter
Finanzen und Vermögensrückgabe: Josef Sommer		Verkehr und Post: Josef Lang		Ernährung: Josef Stadlbauer		
Sicherheit: Hans Sebinger		Wirtschaft: Ludwig Hiermann				

Tabelle 2: Referenten und Referate der Zivilverwaltung Mühlviertel und deren Parteizugehörigkeit.¹²⁷

¹²³ Verfassungsgesetz vom 1. Mai über das neuerliche Wirksamwerden des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (Verfassungs-Überleitungsgesetz V-ÜG.). https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_4_0/1945_4_0.pdf (29.06.2020).

¹²⁴ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 142.

¹²⁵ Verfassungsgesetz vom 1. Mai über das neuerliche Wirksamwerden des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (Verfassungs-Überleitungsgesetz V-ÜG.). https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_4_0/1945_4_0.pdf

¹²⁶ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945, 1-2.

¹²⁷ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. September 1945, 11-13.

Je drei Referate gingen an die ÖVP und SPÖ, zwei an die KPÖ und ein Referat war parteilos besetzt. Johann Blöchl gehörte der ÖVP an und Franz Blum von der SPÖ wurde dessen Stellvertreter. Aufgrund des Kontakts mit Widerstandsgruppen war der Referent für Forst- und Holzwirtschaft, Konrad Richter, 1944 zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden.¹²⁸ Richter ernannten Überlebende des Freistädter Prozesses zum Bezirkshauptmann von Freistadt.¹²⁹ Richter bestätigten sowohl der amerikanische Stadtkommandant von Freistadt als auch der sowjetischen Stadtkommandanten nach dem Rückzug der Amerikaner als Bezirkshauptmann.¹³⁰ Richter teilte sich mit Merl nach dessen Rückkehr aus dem Krieg die Aufgaben des Bezirkshauptmannes.¹³¹ Aufgrund seiner perfekten Russischkenntnisse agierte Richter als Kontaktperson zu den Sowjets. Richter hatte seine Jugend in Galizien verbracht, wo sein Vater als Beamter arbeitete, und lernte dort russisch. Der Referent für Finanzen und Vermögensrückgabe, Josef Sommer, arbeitete seit 1918 beim Land Oberösterreich.¹³² 1923 bis 1934 saß er im Gemeinderat für die CSP in Linz. 1938 verhafteten ihn zweimal die Nazis und entließen ihn aus dem Landesdienst. Nach seinem Ausscheiden aus dem Landesdienst musste er Linz verlassen und arbeitete zunächst als Hilfskraft bei der Speditionsfirma Dr. Serat in Wien, wo er es schließlich zum Prokuristen brachte.

Den neun Referenten wurden insgesamt zwölf Beiräte zugeordnet.

Wirtschaft	Johann Neubauer (ÖVP)	Franz Hazod (SPÖ)	Eugen Hail (KPÖ)
Soziale Fürsorge und Umsiedlung	Anton Müllner (ÖVP)	Ferdinand Platzer (SPÖ)	
Ernährungswesen	Karl Pammer (ÖVP)	Richard Strixner (parteilos)	
Erziehung und Aufklärung	Hermann Kletzmaier (ÖVP)	Karl Klitsch (KPÖ)	
Verkehr und Post	Johann Mayr (ÖVP)		
Sicherheit	Alois Grünberger (KPÖ)		
Landwirtschaft	Ferdinand Hauser (SPÖ)		

Tabelle 3: Beiräte der Referate und deren Parteizugehörigkeit.¹³³

¹²⁸ Schuster, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 187.

¹²⁹ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 56.

¹³⁰ Leimlehner, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 58.

¹³¹ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 57.

¹³² OÖLA. Biographische Datenbank, Josef Sommer < <https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank> > (8.6.2022).

¹³³ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. September 1945, 11-13.

Die Anzahl der Beiräte pro Referat schwankte von null bis drei. Während den Referaten für Holz- und Forstwirtschaft sowie Finanzen und Vermögensrückgabe keine Beiräte zugeordnet waren, hatte das Wirtschaftsreferat drei Beiräte. Fünf Beiräte waren von der ÖVP, drei von der SPÖ, drei von der KPÖ und ein Beirat gehörte keiner Partei an.

Während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 14. August 1945 erfolgte nicht nur die Errichtung der Referate und Ernennung der Referenten, sondern auch der Beschluss der Geschäftsordnung und die Errichtung einer Obmännerkonferenz.¹³⁴ Die Geschäftsordnung legte für die Zivilverwaltung Mühlviertel das Einstimmigkeitsprinzip fest. Bestand bei einem Punkt keine Einstimmigkeit, musste die Obmännerkonferenz tagen und bei dem strittigen Punkt Einigkeit erzielen. Die Mitglieder der Obmännerkonferenz waren Hans Sebinger (ÖVP), Franz Blum (SPÖ) und Fritz Kammerer (KPÖ). Die Zustimmung zur Bestellung von Franz Blum, Hans Sebinger, Ludwig Hiermann, Balthasar Gierlinger, Konrad Richter, Josef Stadlbauer, Fritz Kammerer, Josef Sommer und Josef Lang zu Beisitzern des Staatsbeauftragten für das Mühlviertel erteilte die Provisorische Staatsregierung Österreichs am 29. August 1945.¹³⁵ Ebenso bestätigte die Staatsregierung die Bestellung Josef Sommers zum Leiter des Amtes des Staatsbeauftragten für das Mühlviertel. Die Angelobung der Referenten und Beiräte der Zivilverwaltung Mühlviertel erfolgte in der Sitzung vom 14. September 1945 durch den Staatsbeauftragten.¹³⁶

Eine direkte Intervention der UdSSR zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel lässt sich aus der hier eingearbeiteten Literatur und Quellen nicht feststellen. Aus Berichten über Gespräche zwischen Sowjetoffizieren und Vertretern der Provisorischen Staatsregierung Österreichs lässt sich entnehmen, dass die Errichtung der Zivilverwaltung Mühlviertel gar nicht den Vorstellungen der Besatzer entsprach.¹³⁷ Zunächst planten sie ihre Zone bis auf Wien von Niederösterreich aus verwalten zu lassen. Die Provisorische Staatsregierung lehnte dies Forderung ab, weil ihr Einflussbereich dann auf Wien beschränkt gewesen wäre. Im Anschluss forderten Sowjetoffiziere, dass nur mehr der Norden Oberösterreichs von Niederösterreich aus verwaltet wird. Dieser Vorschlag scheiterte ebenfalls am Widerstand der Regierung.

¹³⁴ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August. 1955 S. 2-3.

¹³⁵ Kabinettsratsprotokoll Nr. 28 vom 7. August 1945. In: Gertrude *Enderle-Burcel* und Rudolf *Jerabek* (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945: 2 : „Right or wrong - my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945 (Wien 1999) 37-38.

¹³⁶ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. September 1945, 4.

¹³⁷ Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 7. August 1945, 216.

2.6 Anpassung der Bezirks- und Gemeindeverwaltung ab August 1945

Durch den Einmarsch der Roten Armee in das ganze Mühlviertel wurde eine Anpassung der Verwaltungsgrenzen auf Bezirksebene notwendig. Die neue Zonengrenze an der Donau bedeutete für den Bezirk Linz-Land die Teilung in einen sowjetischen Nord- und einen amerikanischen Südtteil. Aus diesem Grund kam es zur Wiedererrichtung des Bezirkes Urfahr-Umgebung und Blöchl ernannte Ludwig Müllner am 9. August 1945 zum Bezirkshauptmann.¹³⁸ Während des NS-Regimes war der Bezirk Urfahr-Umgebung aufgelöst worden und der nördliche Teil war dem Bezirk Freistadt und der südliche Teil dem Bezirk-Linz-Land zugeordnet worden.

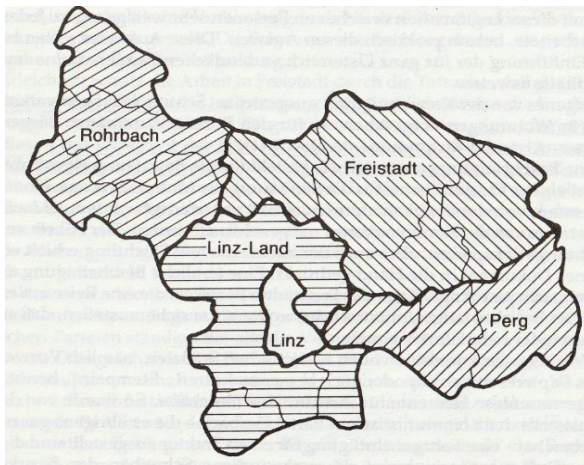


Abb. 3: Die Landkreise des Mühlviertels während des NS-Regimes.¹³⁹

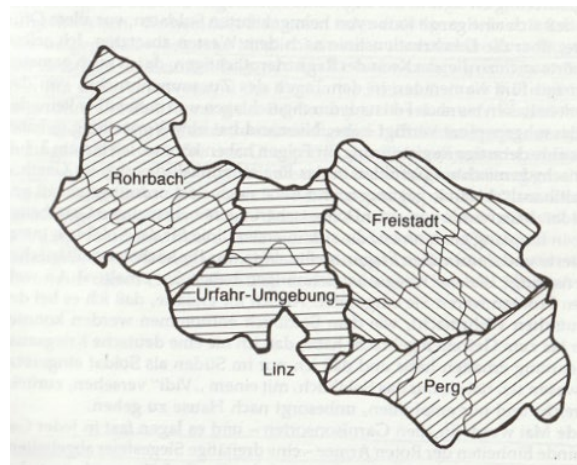


Abb. 4: Die Bezirke des Mühlviertels ab August 1945¹⁴⁰

Das Mühlviertel war von April bis August 1945 zwischen den Amerikanern und den Sowjets aufgeteilt. Die Teilung des Mühlviertels entsprach nicht den Vereinbarungen der Interalliierten Beratenden Kommission. Die Teilung des Mühlviertels beruhte auf einer Vereinbarung zwischen Eisenhower und der sowjetischen Armeeführung. Das Zonenabkommen erforderte die Umsetzung der ursprünglichen Vereinbarung zwischen den USA und den Sowjets über das Mühlviertel. Die vollständige Besetzung des Mühlviertels durch die Rote Armee war von österreichischer bzw. oberösterreichischer Seite der Anlass, im Mühlviertel eine gesonderte Landesverwaltung zu errichten, um die Abtrennung des Mühlviertels vom Süden des Landes

¹³⁸ Winkler, Kriegsende und Besatzungszeit, 18.

¹³⁹ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 78.

¹⁴⁰ Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel, 79.

zu verhindern. Die Zivilverwaltung Mühlviertel nahm unter dem Vorsitz von Johann Blöchl bereits ihre Arbeit auf, als ihr noch die gesetzliche Grundlage fehlte. Erst das Gesetz von 7. August 1945 schuf eine gesetzliche Basis für die Arbeit der Zivilverwaltung Mühlviertel und ihrem Vorsitzenden Johann Blöchl. Das Gesetz machte Johann Blöchl zum Staatsbeauftragten und die Zivilverwaltung Mühlviertel zu einer Art Landesregierung.

3 Die Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel

3.1 Die Aufgaben des Staatsbeauftragten

Im Protokoll der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 14. August 1945 ist als Aufgabenbereich des Referats des Staatsbeauftragten die Hoheitsverwaltung, Organisation, Inneres und Gemeinden ausgewiesen.¹⁴¹ In einem Artikel der Mühlviertler Post vom 6. September 1945 nannte Blöchl weitere Aufgabenbereiche des Staatsbeauftragten für das Mühlviertel.¹⁴² Der Staatsbeauftragte hatte die wirtschaftliche, persönliche und kulturelle Verbindung zum Süden aufrecht zu halten. Die Lösung von Verwaltungsproblemen auf Ebene der Gemeinden und Bezirke aufgrund der Besetzung durch die Sowjetunion gehörte ebenfalls zum Aufgabenbereich des Staatsbeauftragten, um Schäden für die Wirtschaft und Bevölkerung zu vermeiden.

Zu den Hauptaufgaben des Staatsbeauftragten und seines Stellvertreters Franz Blum gehörte die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Besatzungsbehörden. Johann Blöchl schrieb in seinen Lebenserinnerungen, sich unmittelbar nach der Konstituierung der Zivilverwaltung Mühlviertel zum russischen Hochkommissar (Marschall Ivan S. Konjew) nach Wien begeben zu haben, um bei ihm die Entsendung eines gegenüber allen Militäreinheiten im Mühlviertel bevollmächtigten Offizier, als dessen Stellvertreter nach Urfahr zu erreichen.¹⁴³ Die Funktion des Stellvertreters des Hochkommissars übte in der Folge Oberst Korkischko aus. Im Falle von Problemen von Angehörigen der Roten Armee und der Bevölkerung bestand ab nun die Möglichkeit, sich an ihn zu wenden. Bei Vergehen von Soldaten der Roten Armee gegenüber der Bevölkerung mussten bis dahin Vertreter der österreichischen Verwaltung mit jedem Bezirkskommandanten einzeln verhandeln. Im Gegensatz zum Burgenland und Niederösterreich

¹⁴¹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945, 1.

¹⁴² Johann *Blöchl*, Unsere Aufgaben V. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 3 (6.9.1945) 3.

¹⁴³ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 167.

kam es im Mühlviertel nicht zu Errichtung einer Landeskommandantur.¹⁴⁴ Die Abschaffung der sowjetischen Landeskommandanturen im Zuge der Umstrukturierung der sowjetischen Kommandanturen 1952/53 brachte für das Mühlviertel keine Veränderungen mit sich.¹⁴⁵

Die sowjetische Militärverwaltung im Mühlviertel kontrollierte die Zivilverwaltung Mühlviertel stark. Nach ihrer Konstituierung musste Blöchl eine Liste ihrer Beamten vorlegen und ihre Verordnungen waren von den Sowjets zu genehmigen.¹⁴⁶ Blöchl musste zu Beginn seiner Tätigkeit als Staatsbeauftragter Korkischko fast jeden zweiten Tag für Gespräche aufsuchen, die oft stundenlang dauerten.¹⁴⁷ Für Blöchl und für andere Mitglieder der Zivilverwaltung konnten Verhandlungen mit den sowjetischen Besatzungsbehörden sich sehr schwierig gestalten, weil dort Misstrauen und starke Befürchtungen wegen Sabotage bestanden. Über Kontrolltätigkeiten der sowjetischen Militärverwaltung im Mühlviertel gibt ein Bericht des Vertreters des sowjetischen Hochkommissars für Oberösterreich Kowaljow für das Jahr 1954 Auskunft.¹⁴⁸ Es ist darin die Rede von Kontrollausübung durch Vorladung des Staatsbeauftragten und Mitgliedern der Zivilverwaltung. Landesgesetze brauchten die Zustimmung des Hochkommissars und über das Zustandekommen von Beschlüssen der Landesregierungen war ihm mündlich zu berichten.

3.2 Das Referat für Erziehung und Aufklärung

Das Referat für Erziehung und Aufklärung leitete der Stellvertreter des Staatsbeauftragten Franz Blum von der SPÖ gemeinsam mit den Beiräten Karl Klitsch von der KPÖ und Hermann Kletzmayer von der ÖVP.¹⁴⁹ Über seine Aufgaben als Leiter des Referats Erziehung und Aufklärung meinte Blum in der Mühlviertler Post vom 1. September 1945, dass durch Erziehung der Kinder und wahrheitsliebender Aufklärung der Erwachsenen das Gedankengut des Nationalsozialismus im Laufe einer Generation verschwinden werde.¹⁵⁰ Da der Mensch

¹⁴⁴ Valerij *Vartanov* (2005). Die Aufgaben der Militärkommandanturen in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs 1945-1955. In: Stefan *Karner* und Barbara *Stelzl-Marx* (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge.* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 167.

¹⁴⁵ *Mueller*, Sowjetische Besatzung, 51.

¹⁴⁶ *Hindinger*, Kriegsende und Wiederaufbau, 136

¹⁴⁷ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 168.

¹⁴⁸ Aus dem Arbeitsbericht des Vertreters des Hochkommissars der UdSSR für Oberösterreich, S. I. Kowaljow, für das Jahr 1954. 17. Februar 1955. Nr. 94. In: Wolfgang *Mueller*, Arnold *Suppan*, Norman M. *Naimark* und Gennadi *Bordjugow* (Hg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven.* (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 983-985.

¹⁴⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945, 2.

¹⁵⁰ Franz *Blum*, Unsere Aufgaben III. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 3 (1.9.1945) 3.

nie aufhört zu lernen, sei es für die Erziehung und Aufklärung nie zu spät. Es sei notwendig, dass alle Demokratie lernen, was viel Zeit brauche.

Da viele Junglehrer gefallen, sich in Kriegsgefangenschaft befanden oder wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft entlassen worden waren, drohte für das Schuljahr 1945/46 ein Lehrermangel.¹⁵¹ Für den von Mai bis August 1945 sowjetisch besetzten Teil lag ein Regierungsbeschluss vom 29. Mai 1945 vor, nachdem Lehrer, die Mitglieder der NSDAP und/oder aktive Mitglieder waren, ab 30. Juni 1945 zu entlassen waren. Ähnliches galt für den amerikanisch besetzten Teil Oberösterreichs aufgrund des Vollzugsbefehls Nr. 15 der US-Militärregierung für Oberösterreich vom 18. Juni 1945.¹⁵² Alle nationalsozialistischen Schulinspektoren und Lehrer waren aus dem Schulbetrieb zu entlassen. Die Personalnot im Schulbereich verschärfte zusätzlich die Flucht zahlreicher Lehrer vor den Sowjets aus Furcht vor Repressalien.¹⁵³ Aufgrund einer Schätzung des Landesschulinspektors für Oberösterreich waren für das Schuljahr 1945/46 40 bis 60 % der Lehrerstellen bei Volks- und Hauptschulen im Mühlviertel nicht besetzbar.¹⁵⁴ Der Vorschlag des Landesschulinspektors, vakante Lehrerstellen von aus der Tschechoslowakei geflohenen sudetendeutschen Lehrkräfte vorübergehend zu besetzen, lehnte die Zivilverwaltung ab. Die Zivilverwaltung kam zu einer anderen Lösung. In einem Artikel der Mühlviertler Post von 18. September 1945 informierte die Zivilverwaltung die Bevölkerung darüber.¹⁵⁵ Am Beginn betonte sie das Bekenntnis zur Entnazifizierung und räumte dann ein, dass für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes sogenannten Mußnazis, wenn sie sich voll zu Österreich bekannten, ihre Stellen vorübergehend behalten konnten. Ohne die Zulassung sogenannter Mußnazis als Lehrer war es unmöglich den Schulbetrieb wieder aufzubauen. Die Schulen konnten in Oberösterreich am 17. September 1945 wieder eröffnet werden.

3.3 Das Referat für Verkehr und Post

Das Referat Verkehr und Post fiel unter die Zuständigkeit von Josef Lang von der SPÖ und dessen Beisitzer, dem Christgewerkschafter und ÖVP-Politiker Johann Mayr.¹⁵⁶ Zu ihrem

¹⁵¹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 216.

¹⁵² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 128.

¹⁵³ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 217.

¹⁵⁴ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. September 1945, 2.

¹⁵⁵ Die Nazilehrer. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (18.9.1945) 1-2.

¹⁵⁶ Zivilverwaltung Mühlviertel. Der Staatsbeauftragte und der Landesausschuss. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28.8.1945) 2.

Aufgabenbereich gehörte die Wiederherstellung der Briefzustellung, von Telefonverbindungen, der Bahnlinien, des Busverkehrs, aber auch die Organisation von Benzintransporten. In der Sitzung der Zivilverwaltung vom 14. August 1945 konnte Lang mitteilen, dass die Briefzustellung wieder funktioniert.¹⁵⁷

Die Wiederherstellung des Bahn- und Busverkehrs erwies sich als besonders schwierig. Die wichtigsten Verkehrsverbindungen aus und in das Mühlviertel führten über Linz, weshalb es durch den Wechsel der Besatzungsmacht mehr oder weniger abgeschnitten war.¹⁵⁸ Die schwierigen Geländeverhältnisse erlaubten es nicht, eine leistungsfähige Bahnverbindung nach Niederösterreich, über eine andere Route zu bauen. Den Aufbau eines regelmäßigen Bahnverkehrs im Mühlviertel behinderte zudem der eklatante Kohlemangel. Personentransport erfolgte nur mit Lastkraftwagen, weil es an Omnibussen fehlte.¹⁵⁹ An Pkws und Lkws herrschte generell ein Mangel, weil Besitzer von Fahrzeugen beim Wechsel der Besatzungsmacht sie über die Donau in Sicherheit gebracht hatten.¹⁶⁰ Dazu kamen Beschlagnahmungen von Fahrzeugen seitens der Sowjets, wobei es sich dabei um keine generelle Vorgehensweise der Sowjets handelte. Die sowjetische Stadtkommandantur von Freistadt beschlagnahmte in der Regel keine zivilen Fahrzeuge, aber sie bediente sich an Fahrzeugen von Einheimischen auf andere Weise. Jeder der 30 Autobesitzer in Freistadt hatte dem Stadtkommandanten regelmäßig sein Fahrzeug mit Fahrern und Treibstoff zur Verfügung zu stellen.¹⁶¹ Aufgrund der wenigen Fahrzeuge hatte jeder der Autobesitzer in Freistadt mindestens einmal im Monat sozusagen Fahrdienst. Zur Beschaffung von Fahrzeugen richtete die Zivilverwaltung Mühlviertel bei den Bezirkshauptmannschaften Bezirksverkehrsstellen ein, um sie den Lasten- und Personenverkehr organisieren zu lassen.¹⁶² Darüber hinaus beschlagnahmten die Bezirksverkehrsstellen sämtliche nichtlandwirtschaftlich genutzten Fahrzeuge. Die Bezirksverkehrsstelle Freistadt hatte auch Fahrzeuge mit der Aufschrift „Deutsche Reichspost“ Deutsche Reichsbahn vor der Beschlagnahmung durch die Sowjets zuvorzukommen.¹⁶³ Ebenso herrschte Treibstoffmangel, weil aufgrund des Nichtfunktionierens der Donau-Ufer-Bahn Treibstoff mit Lkws transportiert werden musste.¹⁶⁴

¹⁵⁷ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945, 4.

¹⁵⁸ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 152.

¹⁵⁹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 145-146.

¹⁶⁰ Josef *Lang*, Unsere Aufgaben VI. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. ? (15.9.1945) 3.

¹⁶¹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 145-146.

¹⁶² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 152.

¹⁶³ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 145-146.

¹⁶⁴ Josef *Lang*, Unsere Aufgaben In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 9 (15.9.1945) 3.

3.4 Das Landwirtschaftsreferat

Das Landwirtschaftsreferat der Zivilverwaltung Mühlviertel stand unter der Leitung von Balthasar Gierlinger von der ÖVP. Zu den Aufgabenbereichen des Landwirtschaftsreferats gehörte es, für die Bauern, Produktionsmittel (Saatgut, Dünger usw.) zu organisieren und die Bauern anzuhalten, ihrer Nahrungsmittellieferpflicht im Rahmen der Nahrungsmittelbewirtschaftung einzuhalten. Gierlinger erreichte für besonders von Plünderungen betroffene Bauern die Zuweisung von Vieh.¹⁶⁵ Ebenso war das Landwirtschaftsreferat damit konfrontiert, dass einige Bauern ihre Produkte nicht der Nahrungsmittelbewirtschaftung zuführten, sondern am Schwarzmarkt verkauften. Bauern, die ihrer Lieferpflicht nicht nachkamen, drohte eine Geldstrafe von 5.000 RM und die Bestellung eines öffentlichen Verwalters für ihren Betrieb. Neben Strafen wurden Versuche unternommen, die Bauern zu überzeugen, dass sie ihre Lebensmittel abgeben. Gierlinger wandte sich dazu am 30. August 1945 in der Mühlviertler Post an die Bauern, um sie zur Abgabe von Lebensmitteln zu bewegen.¹⁶⁶ Er lobte die Leistungen der Bauern bei der Einbringung ihrer Ernte unter schweren Bedingungen und mahnte, sie ihre Aufgabe zur Volksernährung nachzukommen. Da eine Lebensmittelknappheit herrschte, forderte er die Bauern auf, so schnell wie möglich ihre Lebensmittel abzugeben und nicht an Schleichhändler zu verkaufen. Für Gierlinger war Schleichhändler reine Egoisten, Totengräber des Staates, der Währung und des gemeinsamen Wiederaufbaues.

3.5. Das Referat für Soziale Fürsorge und Umsiedlung

Das Referat Soziale Fürsorge und Umsiedlung stand unter der Leitung von Fritz Kammerer von der KPÖ und ihm saßen Ferdinand Platzer (SPÖ) und Anton Müllner von der ÖVP bei.¹⁶⁷ Kammer nannte als Aufgabe des Referats Soziale Fürsorge und Umsiedlung in der Mühlviertler Post vom 30. August 1945 eine ausgedehnte Volksfürsorge aufgrund der Kriegsfolgen.¹⁶⁸ Unter Volksfürsorge fiel für Kammerer die Volksgesundheit, soziale Fürsorge, Umsiedlung, Versorgung von Kriegsversehrten sowie die Schaffung einer Altersversicherung und eine Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Unter die Zuständigkeit des Referats für soziale Fürsorge fiel auch die Errichtung eines Krankenhauses in Urfahr. Als kommende

¹⁶⁵ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 31. Oktober 1945, 5.

¹⁶⁶ Balthasar *Gierlinger*, Aufruf an die Bauern. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. ? (30.8.1945) 1.

¹⁶⁷ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 187.

¹⁶⁸ Fritz *Kammerer*, Unsere Aufgaben II. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. ? (30.8.1945) 3.

Herausforderung sah Kammerer die Betreuung ehemaliger KZ-Häftlinge, politischer Opfer des Naziregimes und Ausgebombter. Aufgrund von Bombenschäden an Gebäuden herrschte bei Kriegsende eine große Wohnungsnot.¹⁶⁹ Das Problem von Soldaten der US-Army ausquartierter obdachloser Familien hatte sich im Mühlviertel von selbst erledigt. Einfache Soldaten der Roten Armee wohnten in der Regel in Kasernen. Offiziere wiederum lebten zu Beginn der Besatzungszeit in Privatwohnungen als eine Art Untermieter. Die Wohnungsnot verschärften geflüchtete Sudetendeutsche.

Der Begriff Umsiedlung bedeutete nichts anderes als die Abschiebung der im Mühlviertel befindlichen Flüchtlinge in ihre Heimatländer. Der Großteil der Flüchtlinge im Mühlviertel war nach dem Wechsel der Besatzungsmacht über die Donau in den Süden geflohen und füllte die dort befindlichen Flüchtlingslager weiter auf. Lager für Displaced Persons (ehemalige Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit Verschleppte, befreite KZ-Häftlinge usw.) befanden sich zum Großteil südlich der Donau.¹⁷⁰ Insbesondere im Falle deutschen Staatsbürger befahlen die Sowjets deren Repatriierung.¹⁷¹

3.6 Das Wirtschaftsreferat

Das Referat leitete Ludwig Hiermann von der SPÖ und dessen Beisitzer waren Johann Neubauer (ÖVP), Franz Hazod (SP) und Eugen Haill (KPÖ). Ludwig Hiermann schrieb in der Mühlviertler Post vom 28. August 1945 von der großen Abhängigkeit des Mühlviertels von Lieferungen aus dem Süden Oberösterreichs bei Industrie- und Gewerbegütern bei Industrie- und Gewerbegütern.¹⁷² Zur Herstellung solcher Güter befanden sich zu wenige solcher Betriebe im Mühlviertel.¹⁷³ Erschwerend kam hinzu, dass fast alle wichtigen Verkehrswege des Mühlviertels nach Linz führten, was den Warenverkehr mit dem Rest des Landes erschwerte.¹⁷⁴ Es fehlte vor allem an Kohle. Der Mangel an Baustoffen (Eisen, Kalk, Zement und Dachpappe), erschwerte die Behebung von Schäden an Gebäuden durch Kriegshandlungen erschwerte. An Ziegeln herrschte ein Mangel, weil die Ziegeleien im Mühlviertel selbst bei voller Produktion den Bedarf nicht decken konnten. Von 42 Großziegeleien in Oberösterreich befanden sich nur 2 im Mühlviertel.¹⁷⁵ Hiermann forderte daher freien Waren- und

¹⁶⁹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 153.

¹⁷⁰ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 13.

¹⁷¹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 148.

¹⁷² Ludwig Hiermann, Unsere Aufgaben I. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28.8.1945) 3.

¹⁷³ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 145.

¹⁷⁴ Hiermann, Aufgaben I, 3.

¹⁷⁵ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 186

Personenverkehr und hoffte dabei auf den Willen der Bevölkerung und auf die Unterstützung durch die Besatzungsmächte.¹⁷⁶ Es fehlte an Arbeitskräften und die Zwangsverpflichtung zu Arbeitsdiensten funktionierte nicht.¹⁷⁷ Von einer Unterstützung der Besatzungsmächte zu Aufrechterhaltung des Handels zwischen OÖ-Süd und OÖ-Nord konnte keine Rede sein. Die Besatzungsmächte behinderten vielmehr den Warenaustausch zwischen den beiden Landesteilen.¹⁷⁸ Die Besatzungsmächte hatten zwar einen Kompensationshandel erlaubt, sie blockierten allerdings immer wieder Lieferungen in den Norden und in den Süden. Im Rahmen des Kompensationshandels kamen aus dem Mühlviertel Nahrungsmittel und Holz und in das Mühlviertel die benötigten Industrie- und Gewerbegüter sowie Rohstoffe. Um den Kompensationshandel aufrecht erhalten zu können, intervenierten sowohl die Zivilverwaltung Mühlviertel und die Oberösterreichische Landesregierung bei der Staatsregierung und den Hochkommissaren. Sowohl die UdSSR als auch die USA hatten aufgrund ihres immer angespannteren Verhältnisses den Austausch lebenswichtiger Güter aus ihren Zonen verhindert, weshalb ein Handel zwischen den beiden Teilen Oberösterreichs zeitweise zum Erliegen kam.¹⁷⁹ Bei der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 5. September 1945 berichtete Hiermann, dass die USA in Linz eine Lieferung der dringend benötigten Kohle für Urfahr blockierte.¹⁸⁰ Eine Ersatzlieferung von 3000 Raummeter Holz nach Urfahr verhinderte das Fehlen funktionierender Lokomotiven. Bei der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 19. September 1945 musste Hiermann berichten, dass die Stadtkommandantur Urfahr eine Lieferung von 250 t Roggen und 150 t Mehl für Linz in Urfahr festhielt.¹⁸¹

3.7 Das Referat für Ernährungswesen

Das Referat für Ernährungswesen stand unter der Leitung von Josef Stadlbauer von der KPÖ. Seine Beisitzer waren Karl Prammer von der ÖVP und Richard Strixner (parteionabhängig). In seinen Lebenserinnerungen lobte Blöchl Strixner wegen dessen kaufmännischen Geschicks.¹⁸² Strixner schloss mit den Amerikanern und den Sowjets Tauschgeschäfte ab, indem er beide überzeugte, dass die Geschäfte zu deren Vorteil waren.

¹⁷⁶ Hiermann, Aufgaben I, 3.

¹⁷⁷ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 151.

¹⁷⁸ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 145.

¹⁷⁹ Blöchl, Vater Mühlviertels, 168.

¹⁸⁰ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 5. September 1945, 4.

¹⁸¹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 19. September 1945, 7.

¹⁸² Blöchl, Vater Mühlviertels, 170-17.

In manchen Bereichen der Nahrungsmittelerzeugung ging die Produktion um 50 % zurück. Aufgrund der Teilung Oberösterreichs musste die Lebensmittelbewirtschaftung für das Mühlviertel separat organisiert werden. Zu diesem Zweck errichtete die Landesregierung eine eigenes Ernährungsamt A zur Lebensmittelaufbringung und Ernährungsamt B für die Lebensmittelverteilung.¹⁸³ Für das Mühlviertel existierten nur dort gültige Lebensmittelkarten mit der Aufschrift M. Ab 1946 erfolgte die Vereinheitlichung der Lebensmittelkarten für ganz Österreich.¹⁸⁴

Strixner berichtete während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 14. August 1945 von der Fähigkeit zur Selbsternährung des Mühlviertels.¹⁸⁵ Ein Problem für die Ernährung der Bevölkerung sah er darin, dass sich zu viele Soldaten der Roten Armee, für deren Ernährung auch die Zivilverwaltung Mühlviertel zuständig war, im Mühlviertel befanden. Trotz der Pflicht zur Versorgung von Truppen der Roten Armee bestand im Mühlviertel eine bessere Ernährungslage als im Süden des Landes.¹⁸⁶ Mit der Teilung Oberösterreichs verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung für den Südteil von Linz, weil 70 % des dortigen Schlachtviehbedarfs aus dem Mühlviertel bezogen worden waren.¹⁸⁷ Von 1949 bis 1950 konnte die Bundesregierung die Lebensmittelbewirtschaftung schrittweise aufheben.¹⁸⁸

3.8 Das Referat für Forst- und Holzwirtschaft

Das Referat für Forst- und Holzwirtschaft stand unter der Leitung von Konrad Richter (parteiunabhängig). Zu den wichtigsten Aufgaben dieses Referates gehörte die Versorgung der Besatzungstruppen und der Bevölkerung in größeren Ortschaften und insbesondere Urfahr mit Brennholz, was aufgrund des Waldreichtums des Mühlviertels grundsätzlich im Bereich des Möglichen lag.¹⁸⁹ Die Brennholzversorgung behinderten allerdings fehlende Transportmittel, um das Holz nach Urfahr zu transportieren.¹⁹⁰ Die Lage in Urfahr war ernst, weil im Herbst noch viele Fenster aufgrund von Bombendetonationen zerbrochen waren, kein Fensterglas

¹⁸³ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 14.

¹⁸⁴ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 20.

¹⁸⁵ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945, 5-6.

¹⁸⁶ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, S13.

¹⁸⁷ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 19.

¹⁸⁸ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 22-24.

¹⁸⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 22. August 1945, 1-2.

¹⁹⁰ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 29. September 1945, 6.

herbeigeschafft werden konnte und Kohlemangel herrschte.¹⁹¹ Die Möglichkeit für die Menschen in Urfahr mit Gas zu heizen, fiel wegen unterbrochener Gasleitungen aus.¹⁹² Die Gasversorgung funktionierte seit 17. September 1945 nur im Südteil von Linz. Der Brennholzbedarf für Urfahr deckte Holz aus Sandl und Königswiesen, aber auch vom nahe gelegenen Pfenningberg.¹⁹³ Walter Stadler, ein ehemaliger Mitarbeiter Richters, organisierte die Brennholzaktion für Urfahr und dessen Umgebung. Vom Pfenningberg stand aufgrund starken Borkenkäferbefalls genug Brennholz zur Verfügung, aber keine Arbeiter. Der Stadtkommandant von Urfahr hatte alle Nationalsozialisten aus Urfahr ausgewiesen und in Steyregg, das sich am Fuß des Pfenningberges befindet, in ein Lager interniert. Die Häftlinge dieses Lagers mussten Holzarbeiten am Pfenningberg verrichten.

3.9 Das Referat Finanzen und Vermögensrückgabe

Referent für Finanzen und Vermögensrückgabe und gleichzeitig Amtsdirektor der Zivilverwaltung Mühlviertel war Josef Sommer.¹⁹⁴ Er galt als parteiunabhängig. Er stand aber wahrscheinlich der ÖVP nahe, weil er von 1923 bis 1934 Gemeinderat in Linz für die CSP und Obmann der CSP Urfahr war. Als Amtsdirektor musste Sommer das Amt der Zivilverwaltung Mühlviertel überhaupt erst aufbauen.¹⁹⁵ Bei der Finanzverwaltung bestanden Zusammenhänge zwischen Zivilverwaltung Mühlviertel, der Provisorischen Oberösterreichischen Landesregierung und der Staatsregierung.¹⁹⁶ Die Finanzämter des Mühlviertels unterstanden der Zivilverwaltung Mühlviertel. Für die amerikanische Zone Oberösterreichs war die Provisorische oberösterreichische Landesregierung bzw. die Finanzamtslandesdirektion für die Finanzverwaltung zuständig. Die Finanzamtslandesdirektion errichtete eine Außendienststelle im Mühlviertel. Die Außendienststelle Mühlviertel der Finanzamtslandesdirektion Oberösterreichs leitete der Vorstand des Finanzamtes Urfahr. Verbindungen zur Staatsregierung in Sachen Finanzverwaltung bestanden, weil über die Finanzkassa Urfahr Einnahmen und Ausgaben des Staates verrechnet wurden.¹⁹⁷

¹⁹¹ Blöchl, Vater Mühlviertels, 171.

¹⁹² Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 18.

¹⁹³ Oral History Interview mit Walter Stadler, 28. November 2002, Interview für die Freistädter Geschichtsblätter 13 (2019); Interviewer unbekannt 191-192.

¹⁹⁴ Land Oberösterreich. Personen, Josef Sommer, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=1203¶m=ooe>> (29.06.2020).

¹⁹⁵ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 4. Dezember 1946, 2.

¹⁹⁶ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 27.

¹⁹⁷ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 144.

3.10 Das Sicherheitsreferat

Das Referat für die Sicherheit leitete Sicherheitsdirektor Hans Sebinger (ÖVP) mit seinem Beirat Alois Grünberger von der KPÖ. Über seine Agenda als Sicherheitsdirektor der Zivilverwaltung Mühlviertel schrieb Hans Sebinger in der Mühlviertler Post vom 28. August 1945, dass eine personelle und geistige Reorganisation des Sicherheitsapparates notwendig sei.¹⁹⁸ Dabei hätten Beamte zu sehr preußische Muster nachgeäfft und zu wenig auf altösterreichische Grundsätze vertraut. Ein Vorhaben war auch die baldige Eröffnung der Bezirksgerichte und die Errichtung eines Landesgerichts. Der geistigen Reorganisation dürfte wahrscheinlich auch eine angekündigte politische Durchleuchtung von Gendarmerie- und Polizeibeamten gedient haben. Ebenso gab es zu wenig Personal bei den Sicherheitskräften. Um die Eröffnung der Bezirksgerichte und der Errichtung eines Landesgerichtes brauchte sich der Sicherheitsreferent nicht lange kümmern, weil Aufgaben der Justizverwaltung dem Sicherheitsreferat der Zivilverwaltung Mühlviertel bereits im August 1945 vom Staatsamt für Justiz entzogen worden waren.¹⁹⁹ Das Sicherheitsreferat erhielt die Bereiche Straßenbau und das Feuerwehrwesen. Das Feuerwehrwesen brauchte eine Reorganisation, weil die Feuerwehr während der NS-Diktatur Polizeiaufgaben zu erfüllen hatte.²⁰⁰

Ein wichtiger Schritt zum Wiederaufbau des Sicherheitsapparates bedeutete die Errichtung eines Landesgendarmeriekommandos für das Mühlviertel am 15./16. August 1945 auf Vorschlag des Gendarmeriezentralkommandanten Emanuel Freiherr von Stillfried und Rathenitz.²⁰¹ Den Auftrag zum Aufbau und der Leitung der Gendarmerie im Mühlviertel erhielt Major Alois Renoldner. Nicht unter den Aufgabenbereich der Zivilverwaltung Mühlviertel fiel die Organisation bzw. Reorganisation der Polizei.²⁰² Diese Aufgabe übernahm das Staatsamt für Inneres. In Urfahr gab es ein dem Staatsamt für Inneres unterstehendes Bundespolizeikommissariat und dessen Direktor war Sebingers Beirat in der Zivilverwaltung Mühlviertel, Alois Grünberger.

Eines der dringendsten Probleme beim Wiederaufbau der Gendarmerie im Mühlviertel war das Fehlen von Gendarmen. Im Mühlviertel gab es am 15. August 1945 151 Gendarmen und

¹⁹⁸ Hans *Sebinger*, Unsere Aufgaben In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28. 8. 1945) 3.

¹⁹⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 22. August 1945, 2.

²⁰⁰ *Sebinger*, Aufgaben, 3.

²⁰¹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 119-120.

²⁰² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 144-145.

149 Hilfspolizisten.²⁰³ 24 Gendarmen hatten sich zum Landesgendarmeriekommando Linz abgesetzt. 56 Polizisten aus Wien, die im Mühlviertel ihren Dienst versahen, waren nach Wien abberufen worden. 32 Gendarmen waren aufgrund ihrer Aktivität während des NS-Regimes vom Dienst suspendiert worden. Während des NS-Regimes zum Dienst zwangsverpflichtete Hilfspgendarmen hatten in der Regel ihren Dienst aufgegeben. Von 76 Gendarmerieposten im Mühlviertel waren 17 mit voll ausgebildeten Gendarmen besetzt. 32 Gendarmerieposten leiteten Beamte ohne Chargenausbildung und 20 Hilfspgendarmen.

Die geringe Anzahl von Gendarmen erschwerte es der Gendarmerie ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Anzeige diverser Delikte von Rotarmisten bei den sowjetischen Kommandostellen war deswegen ebenfalls erschwert.²⁰⁴ Die Gendarmen durften bei Verbrechen von Soldaten der Roten Armee selbst nicht einschreiten und mussten aber die nächstgelegene Kommandantur benachrichtigen, die dann eine Patrouille entsandte. Die Kommandantur entsandte nur dann eine Patrouille bei eindeutiger Bezeugung durch einen Gendarmen, dass ein Rotarmist das jeweilige Delikt begangen hatte. Eine solche Feststellung erwies sich ohne Gendarmen als schwierig. Den Personalstand der Gendarmerie reduzierten immer wieder Entnazifizierungsmaßnahmen. Am 28. August 1946 wurden 67 als minderbelastet eingestufte Gendarmen und Hilfspgendarmen vom Dienst enthoben.²⁰⁵ Am 5. Oktober 1946 forderten die Sowjets, alle Gendarmen vom Dienst zu entheben, die während des 2. Weltkriegs als Soldaten der Wehrmacht oder als Feldgendarmen ihren Dienst verrichtet hatten. Aufgrund dieser Maßnahmen konnten nur mehr 19 Gendarmen im Mühlviertel ihren Dienst versehen. 84 Gendarmerieposten besetzten provisorische Gendarmen und Hilfspgendarmen. Im Zuge einer Aussprache in Anwesenheit Blöchls zwischen den vier Bezirkshauptleuten, dem Sicherheitsdirektor und dem Landesgendarmerie-Kommandanten kam es zu einer Lösung.²⁰⁶ Es kam zur Gründung von Erhebungsgruppen bei den Bezirkshauptmannschaften und der Zivilverwaltung Mühlviertel. Aus dem Dienst bei der Gendarmerie enthobene ehemalige Wehrmachtssoldaten und Feldgendarmen kamen in die öffentliche Verwaltung mit dem Zuständigkeitsbereich Ernährungs- und Verkehrsvorschriften. Statt sich mit Ernährungs- und Verkehrsvorschriften zu beschäftigen, schulten sie jüngere Gendarmen ein und übernahmen auch Strafrechtsangelegenheiten.

In einer Sonderaktion am 26. August 1948 erreichten Blöchl und Renoldner eine erneute Indienststellung von 12 Gendarmerie Revierinspektoren und 3 Rayonsinspektoren, die im 2.

²⁰³ Alois *Renoldner*, Das Mühlviertel in Not und Gefahr. Unveröffentlichtes Manuskript. (Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt 1957) 163.

²⁰⁴ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 182-183.

²⁰⁵ *Renoldner*, Mühlviertel Not und Gefahr, 166.

²⁰⁶ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 121.

Weltkrieg Soldaten, aber keine NSDAP-Mitglieder waren.²⁰⁷ Wiederholt setzte sich Renoldner in Einzelfällen bei den sowjetischen Militärbehörden ein, vom Dienst entthobene Gendarmen wieder in den Dienst zu stellen oder innerhalb der Gendarmerie weiter zu verwenden.

Einen wichtigen Schritt zur Behebung der Personalnot und zur Verbesserung der Sicherheitslage markierte die Eröffnung einer Gendarmerieschule in Urfahr am 2. Mai 1947.²⁰⁸ Die Eröffnung der Gendarmerieschule 1947 brachte zwar eine Entspannung des Personalnotstandes mit sich, aber noch keine Beseitigung dessen. Erst 1950 entspannte sich die Personalsituation bei der Gendarmerie im Mühlviertel. Trotz der angespannten Personallage sank die Kriminalitätsrate in den Jahren 1945 bis 1949 deutlich.

	Berichtsjahr 1945 ²⁰⁹	Berichtsjahr 1946	Berichtsjahr 1947	Berichtsjahr 1948	Berichtsjahr 1949
Mord	70	33	14	24	17
Raub	295	97	45	36	17
Notzucht und Schändung	320	28	33	62	41
Diebstahl, Ver- untreuung und Betrug	1916	963	1010	938	622

Tabelle 4: Entwicklung der Kriminalitätsrate im Mühlviertel von 1945 bis 1949.²¹⁰

Zwischen 1945 und 1946 gingen sämtliche hier angeführten Delikte deutlich zurück, wobei 1945 die Vorfälle zwischen Mai und August nicht aufscheinen, weil eine Erhebung in diesem Zeitraum nicht möglich war. Die Morde gingen zwischen 1946 noch einmal deutlich zurück und blieben relativ konstant. Das Delikt Raub sank von 1945 bis 1946 stetig. Die größten Rückgänge bei Raub sind zwischen 1945 und 1946 von 295 auf 97 und von 1946 bis 1947 von 97 auf 45 zu verzeichnen. Der Delikt Notzucht und Schändung sank von 1945 bis 1946 deutlich. Von 1946 bis 1948 stiegen dies Vorfälle wieder und sanken von 1948 bis 1949. Die Delikte Diebstahl, Veruntreuung und Betrug blieben von 1945 bis 1948 relativ konstant und sanken erst zwischen 1948 und 1949 deutlich.

²⁰⁷ Renoldner, Mühlviertel Not und Gefahr, 168

²⁰⁸ Renoldner, Mühlviertel Not und Gefahr, 19.

²⁰⁹ Das Berichtsjahr 1945 dauerte nur vom 15. August bis zum 31. Dezember 1945.

²¹⁰ Renoldner, Mühlviertel Not und Gefahr, 211.

3.11 Registrierungen und Überprüfungen im Rahmen der Entnazifizierung

Zu den Aufgaben der Zivilverwaltung Mühlviertel im Rahmen der Entnazifizierung gehörten die Registrierung von belasteten Personen und die Bearbeitung von Gnadengesuchen. Im Auftrag der Staatsregierung hatte die Zivilverwaltung Mühlviertel Registrierungen von Nationalsozialisten vorzunehmen.²¹¹ Ab Anfang September 1945 versandte sie deshalb Fragebögen an sämtliche Hausbesitzer:innen. Bei Verweigerung, den Registrierungsfragebogen auszufüllen, drohten fünf Jahren Kerker. Vom vierwöchigen öffentlichen Aushang der Listen versprach man sich eine vollständige Registrierung. Wer bei der Registrierung als einfaches Mitglied der NSDAP aufschien, konnte bei der Entnazifizierungskommission der Zivilverwaltung Mühlviertel ein Gnadengesuch einreichen. Den Vorsitz der Entnazifizierungskommission der Zivilverwaltung Mühlviertel hatte Amtsdirektor Unterrichter inne und die Mitglieder der Kommission waren Neumüller (ÖVP), Franz Blum (SPÖ) und Raus (KPÖ). Die Entnazifizierungskommission der Zivilverwaltung Mühlviertel traf eine Vorentscheidung zu den Nachsichtsgesuchen und leitete sie zur endgültigen Entscheidung zur Staatsregierung in Wien weiter. Wer seine positive Einstellung zu Österreich glaubhaft machen konnte, hatte gute Chancen, eine Ausnahme zu erreichen. Als Beweis einer positiven Einstellung zu Österreich galt zum Beispiel im Falle von Bauern, wenn sie pünktlich ihrer Lieferpflichten von Nahrungsmitteln erfüllten.

Aufgrund der zahlreichen zu lösenden Probleme nach Ende des Zweiten Weltkrieges verfügte die Zivilverwaltung Mühlviertel über eine gewisse Legitimation. Für die Bezirkshauptmannschaften und die Gemeinden erwies sich die Zivilverwaltung Mühlviertel als wichtiger Ansprechpartner. Dies erwies sich in den folgenden Monaten umso wichtiger, weil die Oberösterreichische Landesregierung spätestens ab August 1945 in eine schwere Krise geriet.

²¹¹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 149-150.

4 Die Politische Entwicklungen in Oberösterreich zwischen August und Oktober 1945

Im Juli 1945 mussten, wie bereits erwähnt, der Sicherheitsdirektor Herbert Krögler, der Referent für Industrie Alois Hobelsperger und der Referent für Wirtschaft, Josef Mahal, der Beamtenregierung Eigl im Zuge Entnazifizierungsmaßnahmen der USA zurücktreten. Weitere Verhaftungen führten am Ende zur Auflösung der Beamtenregierung Eigl. Am 22. August 1945 verhafteten die Amerikaner nämlich Landeshauptmann Adolf Eigl selbst und am nächsten Tag seinen Stellvertreter Anton Rußegger und internierten beide im Lager Glasenbach.²¹² Die Beamtenregierung Eigl stand damit ohne Führung da.

Über die Gründe der Verhaftung Eigls finden sich in der Literatur unterschiedliche Angaben. Als ein Grund für die Verhaftung Eigls wird das fehlgeschlagene Ansuchen um Mitgliedschaft in der NSDAP angegeben. Eigl war während der Ersten Republik, des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes und der NS-Diktatur ein hoher Beamter in der oberösterreichischen Landesverwaltung bzw. der Gauverwaltung gewesen.²¹³ Am 15. März 1938 war Eigl kommissarischer Regierungsdirektor der Landeshauptmannschaft geworden. Er stand dem Deutschnationalismus nahe und war Mitglied der anthroposophischen Gesellschaft. Eigl erhielt aufgrund der Zugehörigkeit zur anthroposophischen Gesellschaft auf sein Ansuchen auf Mitgliedschaft in der NSDAP eine Ablehnung. Eigl entging nur deshalb einer Entlassung oder Versetzung, weil sich der Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber, für ihn persönlich einsetzte. Als anderer Grund für seine Verhaftung wird angegeben, dass Eigl 1939 wegen seiner Dienstjahre den Titel Regierungsdirektor erhalten hatte und seine Beamten in dieser Funktion schützte, weshalb er 1941 auf unbedeutende Funktionen abgeschoben worden war.²¹⁴ Eine Beförderung zum Regierungsdirektor drückte demnach keinen Verdienst um das Regime aus, weil diese Beförderung aufgrund der Dienstjahre erfolgte. Die Amerikaner erstellten im Zuge ihrer Entnazifizierungsmaßnahmen Listen von automatisch zu verhaftende Personengruppen auf.²¹⁵ Neben Angehörigen der Gestapo, des SS-Sicherheitsdienstes usw. zählten hohe Regierungsbeamte und Räte (z. B. Landräte, Schulräte, Medizinalräte usw.) dazu. In einem Artikel in der von den USA herausgegebenen Oberösterreichischen Nachrichten vom 24. August 1945 findet sich folgende Begründung für die Verhaftung: „Die Verhaftung Dr. Eigls erfolgte auf Befehl

²¹² *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 61.

²¹³ *Schuster*, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich, 166-173.

²¹⁴ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 61.

²¹⁵ *Tweraser*, US-Militärregierung in Oberösterreich, 368

höherer Kommandostellen der amerikanischen Streitkräfte. Sie geschah in Durchführung des durch die amerikanische Armee in sämtlichen durch die USA besetzten Zonen adoptierten Denazifizierungsprogramms. Dieses sieht die Entfernung solcher Persönlichkeiten vor, welche durch die Art ihrer Verbindung mit dem Nationalsozialismus und durch die Stellung, welche sie unter dem nationalsozialistischen Regime einnahmen, der Entfernung aus dem Amt sowie nachfolgender Festnahmen unterworfen sind.“²¹⁶

Eigl übte während des NS-Regimes als Regierungsdirektor eine hohe Funktion in der Gauverwaltung aus, weshalb er zu den automatisch zu verhaftenden Personen gehörte. Aus seiner Funktion als Regierungsdirektor lässt sich keineswegs eine Beteiligung an oder Mitwissen von Verbrechen der Nationalsozialisten ableiten. Die Art der Verbindung bzw. der Nähe zum Regime lässt sich ebenso schwerer ausmachen. Seine Nähe zum Deutschnationalismus und sein Ansuchen um Mitgliedschaft in der NSDAP deuten auf wenig Berührungängste mit faschistischer Ideologie hin. Die Ablehnung seines Ansuchens um Mitgliedschaft in der NSDAP könnte unter Umständen für eine Distanzierung zum Nationalsozialismus bewirkt haben. Der Einsatz Eigrubers für seinen Verbleib als Beamter bei der Gauverwaltung ist kein eindeutiger Beleg für Regimenähe. Eigruber könnte schlichtweg auf Eigls Fachkenntnisse als Verwaltungskraft nicht verzichtet haben wollen.

Zur Verhaftung Eigls Stellvertreter Anton Rußegggers finden sich keine widersprüchlichen Angaben.²¹⁷ Wegen seiner Dienstjahre erhielt Rußegger während des NS-Regimes den Titel Oberregierungsrat. Als Oberregierungsrat fiel er unter die automatisch zu verhaftende Personengruppe der Räte.

Relativ verbreitet ist die Ansicht, dass die Verhaftung Eigls für die Sowjetunion der Anlass war, Druck aufzubauen, um im Mühlviertel eine von den Amerikanern unabhängige Verwaltung zu erhalten.²¹⁸ Ein direkter Zusammenhang zwischen der Verhaftung Eigls am 22. August 1945 und der Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel besteht nicht. Die Amerikaner verhafteten Eigl, als die Zivilverwaltung bereits existierte. Durch das Gesetz am 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich bestand sie bereits seit Beginn des Monats. Dies schließt nicht aus, dass aufgrund der Ernennung der Beamtenregierung Eigls durch die USA die Sowjetunion eine von den USA unabhängige zivile Verwaltung für das Mühlviertel wünschte, und deshalb Druck auf die Staatsregierung aufbaute.

²¹⁶ Landeshauptmann Dr. Eigl verhaftet In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 1, Nr. 62 (24.8.1945) 1.

²¹⁷ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 61.

²¹⁸ *Portisch Riff*, Österreich II. Band 2, 299-300.

Die Verhaftung Eigls und Rußeggars bedeutete praktisch das Ende der Beamtenregierung, weshalb Oberösterreich de facto keine Landesregierung mehr hatte. Die Agenden einer Landesregierung für Oberösterreich übernahm der sogenannte Dreier-Ausschuss.²¹⁹ Er bestand aus Heinrich Gleißner, Franz Lorenzoni (beide von der ÖVP), und Hans Frenzel (SPÖ). Über die Auswirkungen des Endes der Beamtenregierung Eigls auf die Zivilverwaltung Mühlviertel finden sich in der hier eingearbeiteten Literatur und Quellen keine Angaben. Seitens des Dreier-Ausschusses dürfte aber ein Wille zur Kooperation mit der Zivilverwaltung Mühlviertel bestanden haben. Am 10. September 1945 beschloss der Dreier-Ausschuss nämlich, dass grundsätzliche Erlässe und Verordnungen mit wichtigem Inhalt der Zivilverwaltung Mühlviertel zur Kenntnis gebracht werden mussten.²²⁰ Zum Dreier-Ausschuss stießen in der Folge die Beamten Josef Walk und Friedrich Kuretschka dazu, weshalb sich diese Gruppe als sogenannten Vollzugsausschuss konstituierte.²²¹ Der Vollzugsausschuss hielt seine erste Sitzung am 17. September 1945 und am 26. Oktober 1945 seine letzte ab. In dieser Zeit übte der Vollzugsausschuss die Funktionen einer Landesregierung für Oberösterreich aus. Der Vollzugsausschuss blieb von den amerikanischen Entnazifizierungsmaßnahmen ebenfalls nicht unberührt. Der Leiter der Abteilung für Staatsfinanzen und Finanzlandesdirektor für Oberösterreich, Josef Walk, musste am 4. Oktober 1945 seine Funktionen niederlegen und wurde verhaftet.²²² Als Grund für die Verhaftung Walks wird dessen Ernennung zum Oberregierungsrat am 18. Dezember 1942 angegeben, weshalb er zu der von den Amerikanern bestimmte automatisch zu verhaftende Personengruppe der Räte fiel.

Die US-Militärregierung für Oberösterreich strebte eine Neubesetzung des vakanten Amtes des Landeshauptmannes an. Als geeignet, das Amt eines Landeshauptmannes auszuüben, befanden sie Heinrich Gleißner. Gleißner hatte bereits von 1934 bis 1938 die Funktion eines Landeshauptmannes von Oberösterreich ausgeübt und war spätestens seit der Verhaftung Eigls zu einem wesentlichen politischen Akteur in Oberösterreich geworden. Am 19. September 1945 erlaubte die US-Militärregierung für Oberösterreich mit dem Allgemeinen Befehl Nummer 3 der ÖVP, SPÖ und KPÖ ihre politische Tätigkeit wieder aufzunehmen.²²³ Die politischen Parteien erhielten die Erlaubnis ihre Tätigkeit auszuüben unter den Bedingungen, dass sie sich dafür einsetzten, die Entwicklung und Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich zu befördern, die nationalsozialistische Ideologie auszurotten, das Land für immer

²¹⁹ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 61.

²²⁰ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 164.

²²¹ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 62.

²²² *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 82.

²²³ *Allgemeiner Befehl Nummer 3*. In: Oberösterreichisches Amtsblatt Jg. 1945, Folge. 16 (26.10.1945) 115-116.

von nazistischen Einflüssen zu befreien, ihre Tätigkeit nicht die öffentliche Ordnung stört und nicht gegen die Besatzungsmacht gerichtet war. Die US-Militärregierung plante am nächsten Tag am 20. September 1945, Gleißner zum geschäftsführenden Landeshauptmann von Oberösterreich zu ernennen. Die Ernennung Gleißners am 20. September 1945 durch die Militärregierung zum geschäftsführenden Landeshauptmann scheiterte an dessen Widerstand.²²⁴ Gleißner wollte sich nur auf Vorschlag der nun zugelassenen politischen Parteien zum Landeshauptmann ernennen lassen und nicht nur durch die US-Militärregierung für Oberösterreich. Gleißner verhinderte aus diesem Grund die Veröffentlichung des Ernennungsbefehls zum Landeshauptmann. Der Befehl trat damit nie in Kraft.

Als Folge dessen nahm Gleißner nicht als Landeshauptmann von Oberösterreich, sondern als Mitglied des Vollzugsausschusses an der Ersten Länderkonferenz vom 24. bis zum 27. September 1945 in Wien teil. Oberösterreich konnte zwar keinen Landeshauptmann, aber zwei Delegationen nach Wien entsenden. Sowohl der Vollzugsausschusses als auch die Zivilverwaltung Mühlviertel entsandten eine Delegation nach Wien. Der Vollzugsausschuss entsandte Heinrich Gleißner, Franz Lorenzoni und Hans Frenzel. Von der Zivilverwaltung Mühlviertel nahmen Johann Blöchl, Franz Blum, Fritz Kammerer und Josef Sommer teil.²²⁵ Für die Zivilverwaltung Mühlviertel brachte die Erste Länderkonferenz eine personelle Umbesetzung mit sich.²²⁶ Während der Länderkonferenz brach ein Konflikt zwischen den westlichen Bundesländern und der Staatsregierung aus.²²⁷ Die Vertreter der westlichen Bundesländer forderten den Rücktritt des Staatssekretärs für Inneres, Franz Honner, von der KPÖ. Renner befürchtete, den Rausschmiss eines Kommunisten aus der Regierung gegenüber der Sowjetunion nicht erlauben zu können. Es kam zu einem Kompromiss. Honner blieb Innenminister, aber die Vorbereitung der Wahlen wurde ihm entzogen und mit Josef Sommer (ÖVP) ein neuer Unterstaatssekretär bestellt. Ihm oblag die Organisation der Durchführung der Nationalratswahlen vom 25. November 1945. Josef Sommer war zuvor Amtsdirektor der Zivilverwaltung Mühlviertel und der Referent für Finanzen und Vermögensrückgabe gewesen.²²⁸

Mit der Bildung einer neuen Landesregierung warteten die Amerikaner nicht das Ergebnis der Landtagswahlen ab. Ein von den zugelassenen politischen Parteien beschicktes Komitee

²²⁴ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land 126

²²⁵ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 165.

²²⁶ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 29. September 1945, 1.

²²⁷ Ernst *Bruckmüller*, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.), Wiederaufbau in Österreich Rekonstruktion oder Neubeginn? (Schriften des Instituts für Österreichkunde Wien 2006) 15.

²²⁸ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 29. September 1945, 1.

erarbeitete einen Vorschlag der Mitglieder der Landesregierung.²²⁹ Mit dem Vollzugsbefehl Nr. 47 der US-Militärregierung von Oberösterreich vom 26. Oktober 1945 ernannte sie Heinrich Gleißner zum Landeshauptmann, Franz Lorenzoni (ÖVP), Ludwig Bernaschek (SPÖ) und Franz Haider (KPÖ) zu den Landeshauptmann-Stellvertretern sowie Johann Blöchl zum Landesrat.²³⁰ Blöchl fiel als Aufgabenbereich in der Landesregierung u. a. Landwirtschaft, Veterinärrecht, Viehzucht und Forstwirtschaft zu.²³¹ Sein Amt als Staatsbeauftragter für das Mühlviertel übte Blöchl weiterhin aus.

Blöchl schrieb in seinen Lebenserinnerungen, dass ihm die Ernennung zum Landesrat gegenüber den Sowjets weder nutzte noch schadete.²³² Die Bevölkerung des Mühlviertels stand demnach seiner Berufung in die Landesregierung sehr positiv gegenüber, weil sie die enge Anbindung des Staatsbeauftragten und daher auch der Zivilverwaltung Mühlviertel mit der Oberösterreichischen Landesregierung als ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung des Mühlviertels auffasste. Für seine Tätigkeit als Staatsbeauftragter war der direkte Zugang zu allen Dienststellen des Landes allerdings sehr praktisch. Er nutzte diesen Zugang auch, um im Süden des Landes Befürchtungen über die Abtrennung des Mühlviertels zu zerstreuen.

²²⁹ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land 126-127.

²³⁰ Vollzugsbefehl Nr. 47. In: Oberösterreichisches Amtsblatt Jg. 1945, Folge. 19 (16.11.1945) 140-141.

²³¹ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 196.

²³² *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 180-181.

5 Die Versuche zur Vereinheitlichung der Verwaltung in Oberösterreich

Eine wesentliche Ursache für die zehnjährige Existenz der Zivilverwaltung Mühlviertel war das Scheitern von Versuchen zur Vereinheitlichung der Verwaltung von Oberösterreich. Die genaue Angabe der Gründe für diese Misserfolge, ist Gegenstand des nachfolgenden Teiles. Dabei wird gezeigt, dass Bemühungen zur Vereinheitlichung der Verwaltung von OÖ-Nord und OÖ-Süd aufgrund externer und nicht aufgrund interner Widerstände bei der Zivilverwaltung Mühlviertel scheiterten. Auffällig in diesem Zusammenhang ist das unglückliche Agieren von österreichischer bzw. oberösterreichischer Seite her.

5.1 Der erste Abschaffungsversuch im Oktober 1945

Während der ersten Sitzung der neuernannten Provisorischen Landesregierung Oberösterreichs am 30. Oktober 1945 erhielt Blöchl den Auftrag, Vorschläge für die Wiederherstellung der Landeseinheit und des Abbaus der Demarkationslinie an der Donau auszuarbeiten.²³³ Bei der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 31. Oktober 1945 übertrug Blöchl diesen Auftrag an die Referenten der Zivilverwaltung Mühlviertel.²³⁴ Zu diesem Tagesordnungspunkt brachte der Stellvertreter des Staatsbeauftragten Franz Blum, ein, dass jeder Referent für seinen Bereich Vorschläge zur Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs ausarbeiten solle. Er meinte nämlich, dass seit der Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung Österreichs am 20. Oktober 1945 durch den Alliierten Rat eine einheitliche Verwaltung für ganz Österreich bestehe, weshalb die Verwaltung des Mühlviertels in eine vernünftige Relation zum übrigen Österreich zu bringen sei. Als zweiten Grund führte er an, dass in OÖ-Süd seit der Ernennung der zweiten Provisorischen Landesregierung saubere demokratische Regierungsverhältnisse bestehen, weshalb es genüge, zur Durchsetzung des Regierungswillens der Landesregierung im Mühlviertel eine Transformatorenstelle einzurichten.

Vorschläge über den Aufbau und der Organisation der Transformatorenstelle und dem Verhältnis zur Oberösterreichischen Landesregierung sind im Sitzungsprotokoll nicht angeführt. Wie weit es sich bei der Besetzung und Ernennung der zweiten Provisorischen

²³³ Hans *Sturmberger*, Die Zivilverwaltung Mühlviertel. Errichtung, Rechtsstellung und Auflösung. In: Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv), 16.

²³⁴ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 31. Oktober 1945, 4.

Landesregierung Oberösterreichs um einen sauberen demokratischen Vorgang handelte, ist fraglich. Die Mitglieder dieser Landesregierung waren schließlich von den drei zugelassenen politischen Parteien (ÖVP, SPÖ und KPÖ) im Auftrag der Amerikaner bestimmt worden.²³⁵ Die demokratische Legitimation der Parteien ist als eingeschränkt zu verstehen, weil die letzten Landtagswahlen in Oberösterreich 1931 durchgeführt worden waren.

Der Referent für Soziale Fürsorge und Umsiedlung, Fritz Kammerer von der KPÖ, wandte gegen den Vorschlag Blums ein, dass für ihn die Frage des Zusammenschlusses keine Angelegenheit des Mühlviertels sei, sondern von ganz Österreich. Außerdem meinte er, dass für einen Zusammenschluss die Zeit noch nicht gekommen sei, weil vorher Probleme bei der Verwaltung, der Ernährung und der sozialen Verhältnisse zu lösen seien.

Mit Fragen des Zusammenschlusses meinte er wahrscheinlich die Wiedervereinigung von Oberösterreich. Er könnte damit aber auch gegen eine Vereinheitlichung der Verwaltung von OÖ-Nord und OÖ-Süd argumentiert haben. Eine Wiedervereinigung Oberösterreichs konnten die Verantwortlichen im Mühlviertel tatsächlich nicht in die Wege leiten. Die endgültige Entscheidung dazu konnten nur die Besatzungsmächte USA und der UdSSR treffen. Die Einwände Kammerers gegen die Errichtung einer Transformatorenstelle richteten sich angeblich gegen die Wiedervereinigung Oberösterreichs.²³⁶ Ebenso soll den Kommunisten aufgrund ihrer guten Kontakte zur sowjetischen Militärverwaltung bekannt gewesen sein, dass diese ein Aufgehen der Zivilverwaltung Mühlviertel in die Landesverwaltung Oberösterreich niemals akzeptiert hätten. Im Rahmen der Sitzung vom 31. Oktober 1945 der Zivilverwaltung Mühlviertel äußerten sich die Kommunisten nicht in diese Richtung.

Als Gegenargument zur Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel wurde vorgebracht, dass Bewohner:innen des Mühlviertels nicht ohne weiters über die Nibelungenbrücke von Urfahr nach Linz zur Landesregierung gelangen konnten, um dort ihre Amtsgeschäfte zu erledigen. Die Überquerung der Brücke war wegen der dortigen Kontrollen nur mit einem Passierschein möglich. Im Gegensatz dazu bestand die Möglichkeit, dass die Mühlviertler:innen ohne Passierschein zur Zivilverwaltung in Urfahr gelangen, um dort ihre Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen. Aufgrund der schwierigen Erreichbarkeit der Landesregierung wäre die Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel kontraproduktiv gewesen. Aufgrund des einstimmigen Beschlusses, dass jeder Referent eine Resolution mit Vorschlägen zum Abbau seines Bereiches erstellen sollte, dürften die Widerstände gegen die Vereinheitlichung der Verwaltung zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd nicht allzu groß gewesen sein.

²³⁵ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land 126-127.

²³⁶ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 13.

Blöchl legte der Landesregierung bei ihrer Sitzung am 13. November 1945 eine Denkschrift mit Vorschlägen zum Abbau der Zivilverwaltung Mühlviertel vor. In der Sitzung kam es zum Beschluss, die Denkschrift mit weiteren Forderungen zu ergänzen und sie an die Staatsregierung, die zuständigen Stellen der UdSSR und der USA in Oberösterreich weiterzuleiten. Am 21. November 1945 übergab Blöchl gemeinsam mit dem Referenten für Wirtschaftsangelegenheiten, Ludwig Hiermann, und den beiden Stellvertretern des Landeshauptmannes Franz Lorenzoni (ÖVP) und Ludwig Bernaschek (SPÖ) Staatskanzler Renner in Wien, die Denkschrift.²³⁷ Oberst Korkischko erhielt eine russische und die US-Militärregierung in Linz eine englische Version.

Die Denkschrift beinhaltete das Problem, dass durch die geplanten Wahlen am 25. November 1945 sich die Frage nach der einheitlichen Verwaltung von Oberösterreich stellen werde, weil der dann gewählte Landtag, die Landesregierung und der Landeshauptmann dazu verpflichtet seien, die Aufgaben der Gesetzgebung und Regierungsgewalt für das ganze Bundesland auszuüben.²³⁸ Es wurde auf die geschichtliche Verbundenheit der beiden Landesteile eingegangen und Schäden, die durch die Trennung entstehen, angeführt. Am Schluss erging der Vorschlag an die Staatsregierung, sie möge beim Alliierten Rat bewirken, dass für die Bewohner:innen des Mühlviertels ein Dauerpassierschein eingeführt und im Brief vorgeschlagene Maßnahmen zur Abschaffung des Kompensationshandels für Güter zwischen dem Mühlviertel und dem südlichen Teil Oberösterreichs umzusetzen. Zusätzlich wurde vorgeschlagen, aus Vertretern der USA und den Sowjets eine Kontrollkommission in Linz zu errichten oder das Amt des Staatsbeauftragten in ein Amt des Landesbeauftragten umzuwandeln.

Die Denkschrift drückt den Willen der Landesregierung aus, Regierungs- und Verwaltungsaufgaben im Mühlviertel zu übernehmen. Detaillierte Pläne für die Zukunft der Zivilverwaltung Mühlviertel beinhaltet die Denkschrift nicht. Es ist unklar, was die Umwandlung des Amtes des Staatsbeauftragten in das Amt eines Landesbeauftragten oder die Schaffung einer sowjetisch amerikanischen Kontrollkommission für die Zivilverwaltung Mühlviertel bedeutet hätte. Die geforderten Maßnahmen hätten der Zivilverwaltung Mühlviertel grundlegende Funktionen entzogen. Die Abschaffung des Kompensationsverfahrens beim Handel zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd hätte der Zivilverwaltung Mühlviertel den Aufgabenbereich der Organisation des Warenverkehrs entzogen. Bei der Umwandlung des Amtes des Staatsbeauftragten in ein Amt des Landesbeauftragten wäre dieser und dessen Beirat von der

²³⁷ Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 174.

²³⁸ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 16-17.

Oberösterreichischen Landesregierung gesetzlich legitimiert worden, was eine stärkere Anbindung und im Grunde auch Unterordnung gegenüber dem Land Oberösterreich bedeutet hätte.

Blöchl berichtete während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 28. November 1945 weder von positiven noch negativen Reaktionen auf die Denkschrift.²³⁹ Über Reaktionen auf die Denkschrift gibt die für diese Arbeit verwendete Literatur und Quellen generell keine Auskunft. Mit einer schnellen Reaktion der Staatsregierung auf die Denkschrift war wahrscheinlich nicht zu rechnen, weil bereits drei Tage nach ihrer Übergabe Nationalrats- und Landtagswahlen stattfanden.

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	1.602.227	49,8	85
SPÖ	1.434.898	44,6	76
KPÖ	5.972	5,42	4

Tabelle 5: Wahlergebnisse Nationalratswahl 1945²⁴⁰

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	278.075	59,05	30
SPÖ	180.454	38,32	18
KPÖ	12.418	2,64	0

Tabelle 6: Ergebnisse Landtagswahl OÖ 1945²⁴¹

Kein Wahlrecht hatten Personen, die zwischen 1. Juli 1933 und 27. April 1945 Anwärter oder Mitglieder der NSDAP oder der SS und SA sowie von 1933 bis April 1945 als Untersturmführer der NSKK und NSFK angehörten.²⁴² Mit 49,8% der abgegebenen Stimmen erhielt die ÖVP bei den Nationalratswahlen 85 Mandate, die SPÖ mit 44,6% der abgegebenen Stimmen 76 Mandate und die KPÖ mit 5,42% der abgegebenen Stimmen 4 Mandate. Die ÖVP hatte damit die absolute Mandatsmehrheit inne und Leopold Figl löste Karl Renner als Kanzler ab. In Oberösterreich erzielte die ÖVP ein besseres Ergebnis als auf Bundesebene, weil für sie 59,05% der Wahlberechtigten stimmten und daher 30 Landtagssitze eroberte. Für die SPÖ stimmten 38,32%, und sie erhielt 18 Sitze im Landtag. Die KPÖ schaffte mit 2,64% den Einzug in den Landtag nicht. Heinrich Gleißner blieb Landeshauptmann von Oberösterreich und die Kommunisten schieden aus der Landesregierung aus.

²³⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. November 1945, 4.

²⁴⁰ Wahldatenbank. Ergebnisse der Nationalratswahl 1945, online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).

²⁴⁰ Winkler, Kriegsende und Besatzungszeit, 81.

²⁴¹ Wahldatenbank. Ergebnis der Landtagswahlen in Oberösterreich 1945, online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).

²⁴² Hindinger, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 170.

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	55.154	72,3	6
SPÖ	20.410	26,7	2
KPÖ	696	0,9	0

Tabelle 7: Wahlergebnisse der oberösterreichischen Landtagswahl 1945 im Wahlkreis Mühlviertel.²⁴³

Im Mühlviertel erhielt die ÖVP 72,3 % der abgegebenen Stimmen und konnte sechs Mandate für den Landtag auf sich vereinen. Das Ergebnis der KPÖ im Mühlviertel lag mit 0,9 % deutlich unter dem Gesamtergebnis von Oberösterreich von 2,64%. Die Referatsaufteilung in der Zivilverwaltung Mühlviertel mit drei Vertretern der ÖVP, drei Vertretern der SPÖ und zwei Vertretern der KPÖ entsprach nicht den politischen Mehrheitsverhältnissen im Mühlviertel. Selbst für die im Vergleich zur KPÖ noch einigermaßen einen Rückhalt in der Bevölkerung verfügende SPÖ war die Aufteilung günstig. Angesichtes des schlechten Wahlergebnisses im Mühlviertel bot Fritz Kammerer in der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 28. November 1945 den Rücktritt der kommunistischen Referenten und Beisitzer an.²⁴⁴ Vonseiten Blöchls erging die Bitte an die Kommunisten ihre Funktionen so lange auszuüben, bis sich die Zivilverwaltung aufgelöst habe oder auf eine andere Art ihr Bestehen einstelle. Im Vordergrund stehe nämlich Mühlviertelpolitik und nicht Parteipolitik. Der Verbleib der Kommunisten diene wahrscheinlich als Zugeständnis an die Sowjetunion, um sie nicht durch den Einflussverlust im Mühlviertel zu provozieren.

Die ausbleibenden Reaktionen auf die Denkschrift brachte die Zivilverwaltung Mühlviertel keineswegs vom Ziel der Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreich ab. Während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 28. November 1945 berichtete Franz Blum von einer Vorladung zum sowjetischen Stadtkommandanten von Urfahr wegen des Ergebnisses der Landtagswahlen vom 25. November 1945.²⁴⁵ Ein Thema dieses Gespräches war die Vereinheitlichung der Verwaltung von Oberösterreich. Der Stadtkommandant von Urfahr teilte Blum mit, dass er nichts gegen eine Vereinheitlichung der Verwaltung einzuwenden habe, und diesbezügliche Bemühungen nicht im Weg stehe. Da nunmehr eine einheitliche Landesregierung bestehe, müsse das Mühlviertel nach Vereinheitlichung streben. Blum begründete in der Sitzung die Vereinheitlichung damit, dass man die Wahlen nicht ignorieren könne, und

²⁴³ Die Wahlergebnisse von Oberösterreich. In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 1, Nr. 142 (27.11.1945) 1.

²⁴⁴ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. November 1945, 5-6.

²⁴⁵ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. November 1945, 4.

sich politisch ausrichten müsse, um den Willen des Volkes nach Vereinheitlichung zu erfüllen.

Die Zusage des Stadtkommandanten erscheint vage. Es war nur die Rede davon, nichts gegen Vereinheitlichungsversuche zu unternehmen. Keineswegs sprach der Stadtkommandant von einer Unterstützung solcher Bemühungen aus dem Mühlviertel. Es ist aber fraglich, ob die Erlaubnis von Vereinheitlichungsbestrebungen zwischen der Zivilverwaltung Mühlviertel und dem Stadtkommandanten überhaupt in dessen Entscheidungsbefugnis lag. Problematisch erscheint es diesbezüglich, dass die Meinung des Stellvertreters des sowjetischen Hochkommissars Oberst Korkischko dazu zu diesem Zeitpunkt nicht eingeholt worden war. Eine Unterstützungszusage Korkischkos wäre höher zu bewerten gewesen, weil dies im Grunde eine Zusage des sowjetischen Hochkommissars gewesen wäre.

5.2 Der zweite Abschaffungsversuch

Im Rahmen der Konstituierung des oberösterreichischen Landtages am 13. Dezember 1945 erfolgte die einstimmige Wahl Heinrich Gleißners zum Landeshauptmann und Johann Blöchl blieb Mitglied der Landesregierung.²⁴⁶ An die neue Landesregierung erging am 15. Dezember 1945 ein Schreiben der Zivilverwaltung Mühlviertel mit Vorschlägen zur Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle Mühlviertel der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft, zur Ernennung eines Landesbeauftragten für das Mühlviertel und zu den Befugnissen dieses Landesbeauftragten.²⁴⁷ Ebenfalls sind in diesem Entwurf Forderungen für das Wirken der Landesregierung zum Wohle des Mühlviertels und dem Verhalten gegenüber den sowjetischen Militärbehörden zu finden.

Am Beginn der Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle Mühlviertels des Amtes der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft stünde die Ernennung eines Landesbeauftragten für das Mühlviertel aus den Reihen der Landesregierung. Ein Stellvertreter des Landesbeauftragten wäre ebenfalls von der Landesregierung zu bestellen gewesen. Der Landesbeauftragte wiederum hätte einen Beirat bestellen können. Für diesen Beirat hätte der Landesamtsdirektor im Einvernehmen mit dem Landesbeauftragten eine Geschäftsordnung ausarbeiten müssen. Mit dieser Geschäftsordnung sollte vor allem sichergestellt werden, dass die Außenstelle Mühlviertel den dortigen Aufgabenbereich der

²⁴⁶ *Hindinger*, Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse, 172.

²⁴⁷ Schreiben Blöchl an die Oberösterreichische Landesregierung. 15. 12. 1945. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 199-200.

Landeshauptmannschaft erledigen könnte. Weiters läge die Geschäftsordnung fest, dass Mitglieder der Landesregierung und des Landesamtsdirektors nur im Einvernehmen mit dem Landesbeauftragten Weisungen an die Außenstelle Mühlviertel erteilen dürften. Dieselbe Regelung gälte für die Vollziehung von Beschlüssen von der Landesregierung. Dasselbe hätte für den Umgang der Landesregierung mit den sowjetischen Besatzungsbehörden gegolten. Am Ende des Briefes steht, dass keine Angelegenheit, die das Mühlviertel betrifft, ohne Einverständnis des Landesbeauftragten behandelt hätte werden dürfen. Die staatsrechtliche Stellung des Landesbeauftragten wäre die eines Territorialministers gewesen. An die Landesregierung erging die Forderung, dass deren Mitglieder im Mühlviertel Aufgaben zur Wirtschaftsbetreuung, zum Wiederaufbau, zum Gesundheitswesen, zur Organisation von Brennstoff, sozialer Fürsorge usw. zu erfüllen hätten, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich gewesen wäre. Körperschaften öffentlichen Rechts (z.B. Die Kammer für Handel Gewerbe und Industrie), Sonderbehörden und Sonderdienststellen (z.B. Landesarbeitsamt) sowie Dienststellen, deren Aufgaben bisher die Zivilverwaltung Mühlviertel erledigt hatte, waren dazu aufgerufen, Außenstellen im Mühlviertel zu errichten. Als Begründung für die Zuweisung von Aufgabenbereichen an die Landesregierung diene, dass dies eine Betonung der Einheit des Landes in der Praxis wäre. Nach dem Zusammenschluss von Landesregierung und der Zivilverwaltung sollten sie deswegen gemeinsam mit den sowjetischen Militärbehörden in Verhandlungen treten, weil dieser Zusammenschluss bessere Erfolgsaussichten bei Verhandlungen versprach, als wenn die Zivilverwaltung Mühlviertel und die Landesregierung dies getrennt vorgenommen hätten. Die Errichtung der Außenstelle brächte für die Sowjets keine Veränderung mit sich. Bei einer Intensivierung der Demarkationslinie hätte die Außenstelle ohne Probleme an die veränderte Lage angepasst werden können.

Der Brief gibt Auskunft über die Pläne zur Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Transformatorenstelle und der Vereinheitlichung der Verwaltung, geplant in Oberösterreich. Mit einer Transformatorenstelle dürfte die Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, die dem Landesbeauftragten und dem Direktor des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung untergeordnet sein sollte, gemeint gewesen sein. Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Verwaltung wären demnach die Errichtung der Außenstelle, die Umwandlung des Amtes des Staatsbeauftragten in einen Landesbeauftragten und die Übertragung von Aufgaben der Zivilverwaltung Mühlviertel (z.B. Wiederaufbau) an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung oder der Landesregierung. Die geplante Errichtung einer Außenstelle bedeutet wahrscheinlich, dass eine komplette Abschaffung der gesonderten Landesverwaltung für das

Mühlviertel nicht geplant war. Blöchl ließ sich anscheinend die Option offen, die Außenstelle bei Abmilderung des Besatzungsregimes schrittweise abzuschaffen. Bei einer Verschärfung des Besatzungsregimes wäre mit der Außenstelle eine handlungsfähige Landesverwaltung im Mühlviertel vorhanden gewesen. Eine erneute Abriegelung des Mühlviertels vom Süden Oberösterreichs, wie es im August 1945 geschah, befand sich durchaus im Bereich des Möglichen, wie die Erste Berlinkrise 1948 bis 1949 und die Zweite Berlinkrise mit dem Bau der Berliner Mauer in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 zeigte. Der Vorschlag im Brief, dass die Landesregierung und der Landeshauptmann ihre Aufgaben im Mühlviertel nur im Einvernehmen mit dem Landesbeauftragten ausüben durften, geht in Richtung eines Vetorechts. Wie weit seitens der Landesregierung und des Landeshauptmannes tatsächlich dazu Bereitschaft bestand, muss hier offenbleiben.

In Zusammenhang mit der Errichtung einer Außenstelle der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft im Mühlviertel stand die Umwandlung des Amtes des Staatsbeauftragten in ein Amt des Landesbeauftragten. Diese Umwandlung setzte zuallererst die Abschaffung des Amtes des Staatsbeauftragten voraus, was wiederum die Beendigung des Staatsauftrages voraussetzte. Die Staatsregierung hatte mit dem Gesetz vom 7. August 1945 den Staatsauftrag erteilt, und nur sie konnte den Staatsauftrag für beendet erklären. Gemeinsam mit der Landesregierung vertrat Blöchl gegenüber der Staatsregierung die Idee, dass der Staatsauftrag bereits beendet sei.

5.21 Der Brief Blöchls an die Staatskanzlei

Am 18. Dezember 1945 ging ein Brief wegen der Erlöschung des Staatsauftrages an die Staatskanzlei.²⁴⁸ Den Inhalt des Briefes hatte die Landesregierung Oberösterreichs in ihrer Sitzung am 17. Dezember 1945 abgesegnet. Blöchls Brief mit den Vorschlägen zur Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Landesregierung war dem Schreiben an die Staatskanzlei beigelegt.

Am Beginn des Briefes an die Staatskanzlei hieß es, dass es keiner von den USA eingesetzten Provisorische Landesregierung Oberösterreichs möglich gewesen sei, Regierungsgewalt im sowjetisch besetzten Teil Oberösterreichs auszuüben, weil sie ihre Legitimation von den USA nur für deren Besatzungszone in Oberösterreich erhalten habe. Die Sowjetunion

²⁴⁸ Schreiben Blöchls an die Staatskanzlei. 18.12. 1945. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 201.

habe den beiden Provisorischen Landesregierungen Oberösterreichs keine Regierungsgewalt in ihrem Teil Oberösterreichs zugestanden. Die Landtagswahlen am 25. November 1945 durch die gesamte Bevölkerung Oberösterreichs (also auch des Mühlviertels) habe die Situation verändert. Der Landtag, die Landesregierung und der Landeshauptmann hätten durch die Wahlen von allen Oberöreicher:innen ein Mandat und daher auch die Legitimation zur Ausübung der Regierungsgewalt für das ganze Bundesland erhalten. Eine Legitimation von den beiden Besatzungsmächten einzuholen sei gar nicht mehr notwendig, weil sie ihre Zustimmung zur einheitlichen Verwaltung Oberösterreichs bereits gegeben hätten. Mit der Zustimmung des Alliierten Rates zum Wahlgesetz und der Anerkennung des Wahlergebnisses wäre dem Landtag, der Landesregierung und dem Landeshauptmann bereits von den USA und der UdSSR erlaubt worden, in ganz Oberösterreich Regierungsgewalt auszuüben. Aufgrund der Erteilung der Legitimation zur Ausübung von Regierungsgewalt in ganz Oberösterreich an den Landtag, der Landesregierung und dem Landeshauptmann durch die Oberöreicher:innen, den USA und der UdSSR sei das ganze Bundesland wieder einheitlich verwaltet. Da Oberösterreich wieder einheitlich verwaltet sei, gelte der an Blöchl erteilte Staatsauftrag durch das Gesetz vom 7. August 1945 als erloschen. Im Gesetz ist angeführt, dass der Staatsbeauftragte so lange im Mühlviertel mit den Befugnissen eines Landeshauptmannes ausgestattet sei, bis es wieder unter die Verwaltung Oberösterreich zurückfalle.

Es stellt sich die Frage, ob im Alliierten Rat und insbesondere beim sowjetischen Hochkommissar die Auffassung vorherrschte, der Ausübung der Gesetzgebungsgewalt des Landtages und der Regierungsgewalt durch die Landesregierung und dem Landeshauptmann bereits zugestimmt zu haben. Ein Gespräch von Blöchl mit Korkischko am 18. Dezember 1945, auf das in der Folge noch näher eingegangen wird, zeigt, dass die Sowjets ihre Zustimmung zum Wahlgesetz und der Anerkennung der Landtagswahlen nicht auf die genannte Weise interpretierten. Außerdem ist das Gespräch ein Hinweis, dass Blöchl vor der Verfassung dieses Briefes mit den verantwortlichen Stellen der sowjetischen Militärverwaltung wenig oder gar keine Gespräche in dieser Angelegenheit führte. Blöchl dürfte tatsächlich der Meinung angehangen haben, dass der Vereinheitlichung der Verwaltung im Mühlviertel nichts mehr im Wege stand. Basierend auf dieser Annahme leitete er seinen Rücktritt als Staatsbeauftragter für das Mühlviertel ein. In der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom 19. Dezember 1945 berichtete er, dass Ministerialrat Dr. Löwenstein ihm am Telefon mitgeteilt habe, dass seine Niederlegung des Amtes des Staatsbeauftragten zur Kenntnis genommen worden sei.²⁴⁹ Noch

²⁴⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 19. Dezember 1945, 2.

vor Weihnachten sei es geplant, an Landeshauptmann Gleißner diesbezüglich eine Verordnung ergehen zu lassen. Als offener Punkt nannte Blöchl die Frage, ob der Alliierte Rat der Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel zustimmen werde. Diese Frage beantwortete Blöchl folgendermaßen: „Nachdem er (der Alliierte Rat) jedoch seinerseits das Wahlgesetz anerkannt hat, so wird er wohl in logischer Schlussfolgerung auch die Anerkennung annehmen müssen.“²⁵⁰ Blöchl beantragte im Anschluss, dass der Landesausschuss seinen Bericht zur Kenntnis nimmt und seinen Rücktritt beschließt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nicht aus dem Protokoll geht hervor, ob Blöchl die Sowjets über seinen Rücktritt als Staatsbeauftragter für das Mühlviertel zuvor verständigt hatte. Ebenso ist daraus nicht nachvollziehbar, weshalb Blöchl meinte, dass der Alliierte Rat wegen der Anerkennung des Wahlgesetzes auch die Regierungsgewalt der Oberösterreichischen Landesregierung für das Mühlviertel anerkennen musste. Das vorhin genannte Gespräch mit Korkischko deutet darauf hin, dass die Basis dieser Annahme nicht Gespräche mit dem sowjetischen Hochkommissar waren. Er baute anscheinend darauf, dass der Alliierte Rat in logischer Schlussfolgerung zur selben Rechtsauffassung wie er gelangen würde, was allein schon angesichts der unterschiedlichen Rechtstraditionen der den Alliierten Rat bildenden Länder höchst spekulativ erscheint.

Der Brief ist ein weiterer Beleg für die starken Bemühungen seitens der Zivilverwaltung Mühlviertel nach einer engeren Anbindung an die Oberösterreichische Landesregierung. Nicht unbedingt belegt dieser Brief ein geschicktes Vorgehen gegenüber den Besatzungsmächten, weil man deren Zustimmung ohne vorherige Gespräche als gegeben annahm.

5.23 Ein Gespräch Blöchls mit Korkischko

Wie bereits erwähnt, zeigte der Bericht über ein Gespräch zwischen Blöchl und Korkischko in der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 28. Dezember 1945, dass die Sowjets ihre Zustimmung zum Wahlgesetz und der Anerkennung des Wahlergebnisses der Landtagswahlen nicht auf dieselbe Weise wie der Staatsbeauftragte interpretierten. Korkischko erklärte sein Einverständnis, das Amt des Staatsbeauftragten in das Amt des Landesbeauftragten von der Landesregierung umwandeln zu lassen.²⁵¹ Damit die Landesregierung im sowjetisch besetzten Teil Oberösterreichs ihre Tätigkeit aufnehmen könne, müsse die Rote Armee sie erst

²⁵⁰ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 19. Dezember 1945, 2.

²⁵¹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. Dezember 1945, 5.

anerkennen. Wegen Fragen zur Anerkennung habe Korkischko Landeshauptmann Gleißner kommenden Samstag zu sich gebeten. Eine auf den Bericht Blöchl folgende Debatte ergab, dass alles getan werden müsse, um die Vereinheitlichung der Verwaltung des Landes so schnell wie möglich zu erreichen.

Die von Oberst Korkischko gestellte Bedingung, dass die Rote Armee zuerst die Landesregierung Oberösterreichs anerkennen müsse, bedeutet, dass mit der Zustimmung zum Wahlgesetz und der Anerkennung der Wahlen durch die Sowjetunion keineswegs die Erlaubnis verbunden war, dass die Landesregierung im sowjetisch besetzten Teil Oberösterreichs aktiv werden konnte. Aus dem Protokoll geht nicht hervor, ob die Zustimmung Korkischkos gleichbedeutend mit der Zustimmung des sowjetischen Hochkommissars war. Hätte die Rote Armee die Landesregierung nicht anerkannt, wäre Blöchls Initiative gescheitert. Die Sowjets erteilten schließlich auch für das Mühlviertel ihre Zustimmung zur Ausübung der Gesetzgebungs- und Regierungsgewalt durch den oberösterreichischen Landtag, der Landesregierung und dem Landeshauptmann.²⁵² Keineswegs bedeutete diese Anerkennung die Zustimmung für Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Verwaltung zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd.

5.24 Der Erlass der Bundesregierung vom 7. Jänner 1946

Die Bemühungen zur Vereinheitlichung der Verwaltung in Oberösterreich unterstützte auch die neugebildete österreichische Bundesregierung. Sie war von den Alliierten am 18. Dezember 1945 anerkannt worden und ÖVP, SPÖ und KPÖ bildeten ein Allparteienkabinett. Die neue Regierung unterstützte Bemühungen zur Vereinheitlichung der Verwaltung in Oberösterreich. Die Zustimmung der Bundesregierung zur Vereinheitlichung der Verwaltung von OÖ-Nord und OÖ-Süd drückte der Erlass vom 7. Jänner 1946 aus.²⁵³

Mit diesem Erlass erhielt die Landesregierung die Ermächtigung, Maßnahmen zu Vereinheitlichung der Verwaltung mit Berücksichtigung der Vorschläge Blöchls durchzuführen. Das Bundeskanzleramt war ebenso zur Auffassung gekommen, dass der Staatsauftrag erloschen sei. Die Landesregierung von Oberösterreich erhielt durch den Erlass die Erlaubnis, eine nachgeordnete Dienststelle im Mühlviertel zu errichten und sie einem Beauftragten für das Mühlviertel zu unterstellen. Aufgrund der Ermächtigung der Landesregierung zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Landes sah das

²⁵² *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 64.

²⁵³ Mitteilung des Bundeskanzleramtes an die Landesregierung für Oberösterreich über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Oberösterreichs. 7. 1. 1946. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 202-203.

Bundeskanzleramt die Ernennung eines Beirates durch den Beauftragten für das Mühlviertel als unnötig an. Die Landesregierung war dazu ermächtigt, sämtliche Angelegenheiten des Mühlviertels zu erledigen. Da der Beauftragte für das Mühlviertel neben Angelegenheiten der Landesverwaltung auch für Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung zuständig sein sollte, bedurfte es noch weiterer Lösungen, wofür das Bundeskanzleramt noch Vorschläge erbat. Aufgrund der genannten Zuständigkeiten des Landesbeauftragten für das Mühlviertel empfahl das Bundeskanzleramt als Amtsbezeichnung: „Beauftragter des Bundes sowie des Landes Oberösterreich für das Mühlviertel.“

Für die Durchführung der Aufgaben der mittleren Bundesverwaltung im Mühlviertel sah die Bundesregierung die Funktion, die der Staatsbeauftragte in diesem Zusammenhang ausübte, anscheinend als unerlässlich an und wollte wahrscheinlich sichergehen, dass ein Beauftragter des Landes und des Bundes diese Funktion weiterhin ausübte. Im Gegensatz zur Bundesregierung hielt Blöchl die Ernennung eines Beirates durch den Landesbeauftragten durchaus für notwendig. Durch den Erlass vom 7. Jänner 1946 der Bundesregierung erhielt die Oberösterreichische Landesregierung die Erlaubnis, die Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung umzuwandeln.

Zur Frage, ob die Anerkennung der Wahlen und der Zustimmung des Alliierten Rates zum Wahlgesetz seitens der Sowjetunion die Zustimmung zu den Vereinheitlichungsbemühungen in Oberösterreich mit sich brachte, ist zu sagen, dass dies nicht der Fall war. Am 13. Februar 1946 rief Oberst Korkischko Blöchl zu sich, um ihm mitzuteilen, dass die Sowjetunion die Umwandlung des Amtes des Staatsbeauftragten in einen Landesbeauftragten sowie der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft untersagte.²⁵⁴ Weiters teilte Korkischko mit, dass der Landesausschuss in seiner personalen Zusammensetzung und seiner politischen Kultur unverändert bleiben muss. Korkischko bekräftigte in einer anschließenden Besprechung mit Blöchl und Gleißner, dass die Sowjetunion die Amtsgewalt des Landeshauptmannes und der Landesregierung für das Mühlviertel anerkannte, aber die Zivilverwaltung Mühlviertel weiter bestehen musste.²⁵⁵

Über die Beweggründe zu diesem Verbot finden sich in der Literatur nur Vermutungen. Der Grund könnte die Befürchtung der Sowjetunion gewesen sein, im Mühlviertel an politischen Einfluss zu verlieren.²⁵⁶ Die vorherrschende Verwaltungsorganisation im Mühlviertel

²⁵⁴ *Leimlehner*, Kriegeende und Folgen im Mühlviertel, 24.

²⁵⁵ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 70.

²⁵⁶ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 24.

könnte für die dortigen sowjetischen Militärbehörden schlichtweg am praktikabelsten gewesen sein.

Das Vorgehen von österreichischer Seite zur Vereinheitlichung der Verwaltung von OÖ-Nord und OÖ-Süd erscheint unglücklich, weil die Grundlage dazu eine angenommene Zustimmung des Alliierten Rates als Voraussetzung diente und man in diesem Zusammenhang keine Gespräche mit den Hochkommissaren suchte. Das Verbot des sowjetischen Hochkommissars einer Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel vom Februar 1946 ist ein Hauptgrund für ihre Existenz bis zum Jahr 1955. Eine vollständige Abschaffung der gesonderten Verwaltung im Mühlviertel strebte die Landesregierung nicht an, weil Blöchl in seinem Brief an die Landesregierung vom 15. Dezember 1945, der mit Zustimmung der Landesregierung am 18. Dezember 1945 an die Staatsregierung vorschlug, dass die Außenstelle des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung im Mühlviertel je nach Verschärfung und Mildern des Besatzungsregimes angepasst werden konnte. Interne Widerstände bei der Zivilverwaltung Mühlviertel gegen die Vereinheitlichung der Verwaltung von Oberösterreich gab es durchaus. Sie erwiesen sich allerdings nicht als besonders stark und wirkungsvoll.

6 Die Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs unter Beibehaltung der Zivilverwaltung Mühlviertel

Durch das Verbot der Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft bestand ein Widerspruch. Einerseits anerkannten die Sowjets die Amtsgewalt der Oberösterreichischen Landesregierung für das Mühlviertel. Andererseits schrieben die Sowjets vor, die Zivilverwaltung Mühlviertel in der bestehenden Form aufrecht zu erhalten. Zur Auflösung dieses Widerspruches brauchte es eine Lösung. Als vorrangiges Ziel diente dabei, Oberösterreich möglichst einheitlich zu verwalten, um eine Auseinanderentwicklung der beiden Landesteile zu verhindern. Zu diesem Zweck brauchte es eine Regelung des Verhältnisses zwischen der Zivilverwaltung Mühlviertel und der Oberösterreichischen Landesregierung.

6.1 Der Beschluss der Oberösterreichischen Landesregierung vom 29. April 1946

Am 14 Mai 1946 erging ein Brief von Gleißner an Blöchl, der einen Beschluss der Landesregierung Oberösterreichs vom 29. April 1946 beinhaltet.²⁵⁷ Der Beschluss erklärte zu Beginn den durch das Gesetz vom 7. August 1945 erteilten Staatsauftrag für erloschen, aber das Weiterbestehen der Zivilverwaltung Mühlviertel als festgeschrieben. Der Beschluss des Weiterbestehens der Zivilverwaltung Mühlviertel wurde folgendermaßen ausgedrückt: „Die russische Besatzungsmacht wünscht, dass – unbeschadet der anerkannten Amtsgewalt der Landesregierung und des Landeshauptmannes – die aufgrund des Gesetzes vom 7. 8. 1945 geschaffenen Verwaltungseinrichtungen (Staatsbeauftragter, Landesausschuss für das Mühlviertel, Zivilverwaltung Mühlviertel) in Tätigkeit bleiben.“ Die Zivilverwaltung Mühlviertel blieb weiterhin für Angelegenheiten der Landes- und mittelbaren Bundesverwaltung im Mühlviertel zuständig. Sie wurde aber zu einer Geschäftsgruppe der Landesverwaltungsbehörde 2. Instanz gemäß Artikel 40 des Landesverfassungsgesetzes. Blöchl blieb Staatsbeauftragter für das Mühlviertel und Vorsitzender der Zivilverwaltung Mühlviertel. Dem Staatsbeauftragten räumte der Beschluss das Recht ein, politische Beauftragte im Einvernehmen mit den drei politischen Parteien zu berufen bzw. die bestehenden Mitglieder des Landesausschusses zu

²⁵⁷ Mitteilung des Landeshauptmann von Oberösterreich an die Zivilverwaltung Mühlviertel über den Beschluss der Landesregierung vom 29. April 1946. 14. 5. 1946. In Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel 1945 – 1955 204.

bestätigen. Die politischen Beauftragten mussten dem Staatsbeauftragten in Angelegenheiten gemäß § 31 Abs. 1 der vorläufigen Verfassung behilflich zu sein. Es handelt sich dabei um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verwaltungsaufgaben eines Bundeslandes.²⁵⁸

Während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 15. Mai 1946 stellte Blöchl einen Antrag zur Beschlussfassung durch den Landesausschuss im Mühlviertel.²⁵⁹ Der Antrag bestand aus dem zuvor genannten Brief und aus Weisungen an die Amtsdirektion der Zivilverwaltung Mühlviertel. Die Amtsdirektion der Zivilverwaltung Mühlviertel durfte nurmehr als Dienstsiegel das Landeswappen und als dessen Umschreibung Zivilverwaltung Mühlviertel verwenden. Ebenso erging die Weisung, dass für Budgetüberschreitungen, Gemeindeangelegenheiten und die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die Zustimmung der Landesregierung einzuholen war.

Der Ausschuss der Zivilverwaltung Mühlviertel nahm den Antrag des Staatsbeauftragten zwar einstimmig an, diskutierte ihn allerdings kontroversiell. Es dürfte vorab Vereinbarungen zwischen der Zivilverwaltung Mühlviertel und der Landesregierung gegeben haben, an die sich die Landesregierung anscheinend nicht hielt. Franz Blum sprach in Zusammenhang mit Punkt fünf der Weisungen von langen Verhandlungen. Bei Punkt fünf ging es darum, dass es in Angelegenheiten der Gemeindeaufsicht die Zustimmung der Landesregierung brauchte.²⁶⁰ In Zusammenhang mit diesem Punkt sahen Referenten der Zivilverwaltung Mühlviertel ein potentiellies Konfliktpotential mit der Landesregierung. Landeshauptmann Gleißner habe mehrmals solche möglichen Konflikte ausgeschlossen. Ein Antrag, die Genehmigungspflicht durch eine Berichtspflicht zu ersetzen, wurde abgelehnt und Blöchls Antrag einstimmig angenommen. Es sollte aber ein Erläuterungsprotokoll für die Vorsprache bei Gleißner erstellt werden.

Eine grundlegende Änderung in der Referatsaufteilung der Zivilverwaltung Mühlviertel brachte der Beschluss vom 29. April 1946 nicht. Für 31. Mai 1946 findet sich folgende Zusammenstellung der Zivilverwaltung Mühlviertel: Abteilung Erziehung und Aufklärung (Leiter Franz Blum), Abteilung Sicherheit (Hans Sebing), Wirtschaft (Ludwig Hiermann), Abteilung Landwirtschaftskammer (Balthasar Gierlinger), Abteilung Forst- und Holzwirtschaft, Jagd und Fischerei (Konrad Richter), Abteilung Ernährungswesen (Hubert Glasl), Abteilung

²⁵⁸ Verfassungsgesetz vom 1. Mai über das neuerliche Wirksamwerden des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (Verfassungs-Überleitungsgesetz V-ÜG.). https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_4_0/1945_4_0.pdf (29.06.2020).

²⁵⁹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 15. Mai 1946 7-9.

²⁶⁰ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 15. Mai 1946 9.

Landesernährungswesen (Walter Zagler), Abteilung Verkehr bzw. Landesverkehrsamt (Josef Lang), Abteilung Allgemeine Verwaltung (Karl Unterrichter), Landesgendarmerie-Kommando (Alois Renoldner) und das Polizeikommissariat Urfahr (Alois Grünberger).²⁶¹

Mit der Annahme des Beschlusses vom 29. April 1946 war die Zivilverwaltung Mühlviertel eng an die Oberösterreichische Landesregierung angebunden und zur untergeordneten Einrichtung geworden. Gleichzeitig blieb ihr Ausschuss unter dem Vorsitz des Staatsbeauftragten Johann Blöchl bestehen.

6.2 Die Umsetzung des Beschlusses vom 29. April 1946

Über die Durchführung der Übertragung von Aufgabenbereichen von der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Oberösterreichische Landesregierung finden sich Darstellungen, die einen weitaus harmonischeren Eindruck vermitteln, als es den Tatsachen entsprach.

Das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung setzte demnach in diesem Zusammenhang auf das Einvernehmen durch persönliche Kontakte statt detaillierter Regelungen.²⁶² Zonenmäßig verschieden sollte die Verwaltung nur sein, wo es dies das Besatzungsregime erforderte, und alle anderen Sachgebiete an das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung wandern. Zum Zweck der Vereinheitlichung der Verwaltung baute man auf ein Miteinander anstatt eines Gegeneinanders. Die Zielstellung war es, einen einheitlichen Rechtsraum in Oberösterreich zu erhalten und das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, wo es nur ging, die Verwaltung durchführen zu lassen, um eine Abspaltung des Mühlviertels vom südlichen Teil Oberösterreichs zu verhindern. Stefan Demuth, der spätere Stellvertreter des Staatsbeauftragten, schrieb in seiner Biografie, dass der Landesamtsdirektor die Tendenz hatte, ohne das Gespräch mit Funktionären der Zivilverwaltung Mühlviertel zu suchen, ihnen Kompetenzen zu entziehen.²⁶³ Diese Vorgehensweise führte zu Reibereien, was das Beispiel, des Entzuges des Aufgabenbereiches der Holzwirtschaft zeigt.

Am 6. Juni 1946 wies die Landesregierung in einem Brief an das Bundeskanzleramt die Zivilverwaltung Mühlviertel als Geschäftsstelle des Landes Oberösterreichs und als Landesverwaltungsbehörde 2. Instanz aus.²⁶⁴ In den Zuständigkeitsbereich der Zivilverwaltung fiel laut dem Brief folgende Aufgaben: die Politische Reinigung, Presse, Umsiedlung,

²⁶¹ Konrad *Rauch*, Landesausschuß-Beirat und Amt. Eine personelle Zusammenstellung. In: Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv) 8-9.

²⁶² *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 27.

²⁶³ *Demuth*, Lebensweg durch fünf Systeme, 87.

²⁶⁴ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 63.

Staatsbürgerschaftsrecht, Allgemeine Aufsicht über die Gemeinden und Bezirksverwaltung, Feuerwehr, Pressepolizei, Berufung gegen Polizeistrafen im engeren Sinn und allgemeine Polizeiangelegenheiten, Fürsorge, Wohnraumlenkung und Wohnraumanforderung, Verkehrswirtschaft, Wirtschaft, Preisbildung und Preisüberwachung, Ernährung und Ernährungskontrolle, Warenverkehrsstelle, Vermögenssicherung und Wiedergutmachung. Der Zivilverwaltung Mühlviertel waren die Bereiche Erziehung und Aufklärung, Landwirtschaft und Holzwirtschaft entzogen worden.

Während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 9. Oktober 1946 kam der Entzug der Holzwirtschaft und der geplante Entzug des Bereichs Verkehrssicherheit zur Sprache.²⁶⁵ Der Kompetenzentzug wurde damit gerechtfertigt, dass durch die Erleichterung des Zonenwechsels im Zweiten Kontrollabkommen des Alliierten Rates vom 28. Juni 1946 der Personenverkehr zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd nicht mehr beschränkt sei. Laut dem Stellvertreter des Staatsbeauftragten Franz Blum, sei die Aufhebung der Beschränkung des Personenverkehrs zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd nur hypothetisch. Weiters wandte Blum ein, dass er wegen des Entzuges von Kompetenzen der Zivilverwaltung Mühlviertel seitens der Sowjets Kritik erhalten habe und er wegen des geplanten Entzuges des Verkehrsrechts weitere Kritik befürchte. Fritz Kammerer von der KPÖ forderte, dass der Zivilverwaltung Mühlviertel keine Kompetenzen ohne Absprache mit den Sowjets zu entziehen seien. Gegen den Entzug der Holz- und Forstwirtschaft wandte Blum ein, dass der Leiter der Abteilung Holz- und Forstwirtschaft in Linz nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitze und mit den Nationalsozialisten sehr gut ausgekommen sei. Der Politische Beauftragte der Zivilverwaltung Mühlviertel für Holz- und Forstwirtschaft, Konrad Richter, meinte, dass in der Abteilung für Holz- und Forstwirtschaft in Linz Personen sitzen, die sich als Tschechen und Slowaken ausgeben. Außerdem sei er von der ausführenden Stelle in der Abwicklung des Warenverkehrs behindert worden. Richter hatte erst verspätet von der Überführung seines Referates Urfahr nach Linz erfahren. Ein weiterer Einwand war, dass Anton Müllner (ÖVP) wie folgt meinte: „[...]dass die Zivilverwaltung Mühlviertel in der o.ö. Landesregierung keine vorgesetzte Stelle erblicken kann, daher die Erlassung einer Vorschrift zuerst mit dem Staatsbeauftragten zu besprechen wäre.“²⁶⁶

In der Literatur findet sich die Auffassung, dass die neue Rechtsstellung der Zivilverwaltung Mühlviertel den politischen Beauftragten des Ausschusses der Zivilverwaltung

²⁶⁵ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 9. Oktober 1946 5-7.

²⁶⁶ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 9. Oktober 1946, 6.

Mühlviertel noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen war.²⁶⁷ Hier erscheint die Frage relevant, wie schwer es den Mitgliedern der Zivilverwaltung Mühlviertel fiel, die zum Teil hohe Funktionen in ihren Parteien ausübten, sich als im Grunde untergeordnete Beamte zu verstehen. Blums Einwände, dass die Lockerung der Zonenkontrolle zwischen Linz und Urfahr nach dem Zweiten Kontrollabkommens vom 28. Juni 1946 nicht den Tatsachen entsprach, erscheint berechtigt. Die Sowjets hatten die Nibelungenbrücke am 8. August 1945 für den Personenverkehr gesperrt.²⁶⁸ Viele Bewohner Urfahrs arbeiteten in den Linzer Großbetrieben, die sich alle im amerikanisch besetzten Südteil der Stadt befanden. Aus diesem Grund mussten die Sowjets den Personenverkehr von Linz nach Urfahr wieder zulassen. Mit der Ausgabe der viersprachigen Identitätsausweise am 20. November 1945 war die Überquerung der Donau über die Nibelungenbrücke nur mehr mit diesem Ausweis möglich. Bei der Kontrolle von Übertritten vom amerikanischen besetzten Linz in das sowjetisch besetzte Urfahr waren Schikanen von den kontrollierenden sowjetischen Soldaten nicht unüblich.²⁶⁹ Bei der Überquerung der Nibelungenbrücke mit der Straßenbahn mussten je nach Tagesverfassung des Wachpostens die Fahrgäste bei der Ausweiskontrolle an der sowjetischen Zonengrenze entweder aussteigen oder konnten sitzen bleiben und der Soldat ging durch den Waggon. Der Übertritt von der sowjetischen in die amerikanische Besatzungszone von Urfahr nach Linz verlief zurzeit der Sitzung ebenfalls nicht ohne Schikanen. Von 1945 bis Ende 1946 betrieben die Amerikaner an ihrem Brückenkopf der Nibelungenbrücke eine Entlausungsstation.²⁷⁰ Wer in die amerikanische Zone wollte, musste sich zum Zweck der Entlausung mit DDT besprühen lassen und erhielt einen Stempel in seinem Identitätsausweis, der die Durchführung dieser Prozedur bestätigte. Vonseiten der Österreicher und der Sowjets sorgte diese Vorgehensweise für Proteste. Die genannten Differenzen in Zusammenhang mit den Referaten Holzwirtschaft und Verkehrswirtschaft waren bereits bei der nächsten Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 23. Oktober 1946 für bereinigt erklärt worden.²⁷¹

Ein andere Kontroverse entwickelte sich wegen der „Lösung“ des Landesamtsdirektors, wie bei der Erfüllung von Aufgaben der mittelbaren Bundesverwaltung seitens der Zivilverwaltung Mühlviertel vorzugehen war. In seiner Festrede zur Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel nannte Heinrich Gleißner als Teil der Erhaltung der Landeseinheit die Praxis,

²⁶⁷ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 29.

²⁶⁸ *Slapnicka*, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 50-51.

²⁶⁹ Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (Hg). *Erlebte Geschichte. 90 Jahre Oberösterreich erzählt von seinen Menschen* (Linz 2008) 305.

²⁷⁰ Georg *Grüll*, Aus der Verwaltungstätigkeit. In: *Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955*. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv) 8-9.

²⁷¹ Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 23. Oktober 1946, 4.

Runderlässe aus Wien zurückzuweisen, wenn sie mit „Bundesland Mühlviertel“ oder „Landesregierung für das Mühlviertel“ adressiert waren.²⁷² Eine solche Zurückweisung seitens der Landesregierung wurde erst möglich, als die Bundesregierung bzw. das Bundeskanzleramt begann, diese nicht mehr an die Zivilverwaltung Mühlviertel, sondern nur mehr an das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung zu senden. Um diesen Zustand herbeizuführen, wandte sich der Landesamtsdirektor Dr. Richter mit einem Brief am 2. Mai 1947 an die Bundesregierung.²⁷³ Richter bat das Bundeskanzleramt, die Zivilverwaltung Mühlviertel nur mehr in Einzelfällen und Einzelmaßnahmen, die die Zuständigkeit der Zivilverwaltung Mühlviertel betraf, direkt mit ihr zu kommunizieren. Insbesondere Runderlässe, Normalerlässe, Entwürfe zu Bundesgesetzen, Verordnungen der Bundesregierung und Verordnungen der Bundesministerien sollten nur mehr an das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung ergehen. Aus der Perspektive der Zivilverwaltung Mühlviertel erschien eine solche Vorgehensweise unpraktisch. Blöchl wandte sich daher mit einer Beschwerde an das Bundeskanzleramt, in der er meinte, dass Erlässe dringlicher Art, welche sofort umgesetzt hätten werden sollen, nur verspätet oder gar nicht an die Zivilverwaltung Mühlviertel gelangen.²⁷⁴ Grund für Ärger war zudem, dass die Zivilverwaltung Mühlviertel den Brief Richters an das Bundeskanzleramt nicht erhalten habe. Während der Sitzung der Zivilverwaltung Mühlviertel am 3. Dezember 1947 kam dieses Problem zu Sprache.²⁷⁵ An der Sitzung nahmen auch Landeshauptmann Heinrich Gleißner und der Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Bernaschek teil. Franz Blum konnte an der Sitzung nicht mehr teilnehmen, weil er am 27. August 1947, als er am Linzer Hauptplatz die Straßenbahn betreten wollte, einen Herzinfarkt erlitt und verstarb.²⁷⁶ Der nunmehrige Stellvertreter des Staatsbeauftragten, Stefan Demuth, bemängelte während der Sitzung, dass der Erlass vom 2. Mai 1947 nach außen den Eindruck vermittele, dass sich Zuständigkeiten zwischen der Zivilverwaltung Mühlviertel und dem Amt der oberösterreichischen Landesregierung geändert hätten.²⁷⁷ Ein weiterer Fehler sei, dass die Zivilverwaltung Mühlviertel nichts über diesen Erlass erfahren habe. Außerdem kritisierte Demuth, dass der Erlass schlecht für das Verhältnis mit den Sowjets sei und man sich Unehrllichkeit ihnen gegenüber nicht leisten könne. Blöchl brachte vor, dass er sich in Wien beschwert habe, weil die Zivilverwaltung Mühlviertel einen Erlass zum Lohn- und Preisabkommen nicht erhalten habe. Erst

²⁷² Ein Rückblick, 559.

²⁷³ Mitteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung zur Durchführung der Verwaltung im Mühlviertel. 2. Mai 1947. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 205-206.

²⁷⁴ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 29.

²⁷⁵ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 29-30.

²⁷⁶ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 184.

²⁷⁷ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 30.

nach dieser Beschwerde sei der Erlass vom 2. Mai 1947 zu den Bezirkshauptmannschaften und der Zivilverwaltung Mühlviertel gelangt, was zu Unsicherheit führe, welche Stelle für was zuständig sei. Franz Haider (KPÖ) bemerkte, dass mit oder ohne Absicht Kompetenzen der Zivilverwaltung Mühlviertel beschnitten worden seien. Er bemängelte, dass der Amtsdirektor, anstatt mit der Zivilverwaltung Mühlviertel und der Besatzungsmacht Gespräche zu führen, ein Rundschreiben erstellt habe. Obwohl sich die Zivilverwaltung Mühlviertel bewährt habe, wurden Kompetenzen von der Landesregierung beschnitten. Blöchl versicherte, dass niemand ein Interesse habe, die Tätigkeit der Zivilverwaltung Mühlviertel zu beschneiden. Ebenso versicherte Landeshauptmann Gleißner, dass niemand eine Änderung des Status der Zivilverwaltung Mühlviertel anstrebe. Landeshauptmann und Landesregierung seien verpflichtet, Kompetenzen abzuführen, die die Zivilverwaltung Mühlviertel selbstständig erledigen könne. Damit solle der Besatzungsmacht das Gefühl vermittelt werden, es mit der Zivilverwaltung Mühlviertel mit einer Körperschaft für ernsthafte Verhandlungen zu haben. Gleißner meinte, er habe den umstrittenen Erlass weder gesehen noch unterschrieben. Eventuelle Auswirkungen seien nicht bedacht worden. Damit sei der Zweck verfolgt worden, die Einheit der Verwaltung aufrecht zu erhalten, aber nicht bewährte Zuständigkeiten zu ändern. Der für die Zivilverwaltung Mühlviertel tätige hohe Beamte und Jurist Johann Hirsch meinte, es handle sich um ein Missverständnis, weil das Schreiben vom 2. Mai 1947 kein Erlass, sondern um einen Bericht an die Ministerien sei. In Wien habe die Meinung vorgeherrscht, das Mühlviertel sei ein 10. Bundesland. Der Bericht selbst stehe nicht im Widerspruch zum Erlass von 19. September 1946. Eine weitere Kontroverse ergab sich daraus, dass Blöchl wegen einer Vorladung zum sowjetischen Landeskommandanten zur Sitzung zu spät gekommen war. Im Bericht über das Gespräch teilte er vom sowjetischen Landeskommandanten eine Weisung erhalten zu haben, Unterlagen zur Steuerleistung des Mühlviertels vorzulegen. Blöchl habe gegenüber dem Landeskommandanten gemeint, dass das Mühlviertel bei einer finanziellen Unabhängigkeit vom Land Oberösterreich draufzahlen werde. Vonseiten der Sowjets sei bereits mehrmals die finanzielle Unabhängigkeit des Mühlviertels von Süden des Landes gefordert worden. Angehörige der KPÖ meinten, dass die finanzielle Abhängigkeit des Mühlviertels von der Landesregierung ein Geburtsfehler sei, weil eine Verwaltung eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit brauche. Blöchl berichtete außerdem, dass der Sowjetbesatzung die Uneinigkeit zwischen Land und Zivilverwaltung Mühlviertel bekannt gewesen sei. Dagegen wandten die Vertreter der KPÖ ein, dass die Sowjets sich ein Bild machen konnten, weil die Sitzungsprotokolle der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Landeskommandantur zu übermitteln seien. Am Schluss einigte man sich, dass die Bestimmung von vorherigen Erlassen aufrecht seien

und die Referenten der Zivilverwaltung Mühlviertel mit den Referenten des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung weiterhin eng zusammenarbeiten sollten.

Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass die Vereinheitlichung der Verwaltung zwischen OÖ-Nord und OÖ-Süd nicht immer reibungslos verlief. Weniger der Entzug von Aufgabenbereichen sorgte bei Mitgliedern der Zivilverwaltung Mühlviertel für Unmut, sondern eher die Vorgehensweise seitens der Verantwortlichen der Landesverwaltung Oberösterreichs. Die Beispiele zeigen ebenso, dass die Zivilverwaltung Mühlviertel sich zwischen der sowjetischen Militärverwaltung und der oberösterreichischen Landesverwaltung in einer Art „Sandwichposition“ befand. Vom Land Oberösterreich kam Druck, Aufgabenbereiche abzugeben, und von der sowjetischen Militärverwaltung kam Druck, keine Aufgabenbereiche abzugeben.

6.3 Der Erlass des Bundeskanzleramtes vom 18. Jänner 1949

Der Beschluss der Landesregierung vom 29. April 1946 regelte fast drei Jahre die Rechtsstellung der Zivilverwaltung Mühlviertel. Erst ein Erlass des Bundeskanzleramtes vom 19. Jänner 1949 brachte für die Zivilverwaltung Mühlviertel eine Änderung ihrer Rechtsstellung.²⁷⁸ Der Bundeskanzler Leopold Figl hatte für den Erlass das Einverständnis des sowjetischen Hochkommissars eingeholt.²⁷⁹ Vergleicht man den Erlass des Bundeskanzleramtes vom 7. Jänner 1946²⁸⁰ mit dem Beschluss der Landesregierung vom 29. April 1946 und mit dem Erlass des Bundeskanzleramtes vom 18. Jänner 1949 fällt die unterschiedliche Auslegung des Gesetzes vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich auf. Im Erlass vom 7. Jänner 1946 und im Beschluss der Oberösterreichischen Landesregierung vom 29. April 1946 hatten sowohl das Bundeskanzleramt als auch die Landesregierung den Staatsauftrag für erloschen erklärt. Der Erlass vom 18. Jänner 1949 erklärte das Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich insofern in Bezug auf § 1 für gültig, als es die besondere Situation der Besatzung von Oberösterreich erforderlich machte. § 1 des Gesetzes vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich lautete: „§ 1. Die Provisorische Staatsregierung bestellt mit dem

²⁷⁸ Mitteilung des Bundeskanzleramtes an den Staatsbeauftragten für das Mühlviertel über die Organisation der Verwaltung im Mühlviertel. 18. Jänner 1949. In Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel 1945 – 1955 (Zürich 1974) 207-208.

²⁷⁹ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 31.

²⁸⁰ Mitteilung des Bundeskanzleramtes an die Landesregierung für Oberösterreich über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Oberösterreichs. 7. 1. 1946. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 202-203.

Amtssitz in Urfahr Ökonomierat Johann Plöchl[sic], Wirtschaftsbesitzer in Lasberg, als Staatsbeauftragten, der die Befugnisse des Landeshauptmannes von Oberösterreich in dessen Namen in der russischen Besatzungszone des Landes (Mühlviertel) bis zu dem Zeitpunkt auszuüben hat, in dem diese Zone in die einheitliche Verwaltung des Landes Oberösterreich zurückfällt.“²⁸¹ Ein weiterer Unterschied zwischen dem Erlass vom 7. Jänner 1946, dem Beschluss vom 29. April 1946 und dem Erlass vom 18. Jänner 1949 ist die detaillierte Regelung der Zusammenarbeit zwischen dem Staatsbeauftragten der Landes- und der Bundesregierung. Mit dem Erlass der Bundesregierung konnten Vollzugsakte der Landes- und mittelbaren Bundesverwaltung, wenn sie nur das Mühlviertel betrafen, auf Weisungen des Landeshauptmannes bzw. der Landesregierung vollzogen werden. Gleichzeitig erhielt der Staatsbeauftragte ein weitgehendes Informationsrecht. Beispielsweise durften Organe, die Angelegenheiten der mittelbaren Bundes- und Landesverwaltung durchführen sollten, nur mit Kenntnis des Staatsbeauftragten ins Mühlviertel entsandt werden. Der Staatsbeauftragte wiederum hatte seinen Beirat und die sowjetischen Besatzungsbehörden über solche und ähnliche Angelegenheiten zu verständigen. Weiterhin musste der Staatsbeauftragte seine Beisitzer aufgrund der Vorschläge der politischen Parteien ernennen und nunmehr in Einvernehmen mit der Landesregierung.

6.4 Umstrukturierungen bei der Zivilverwaltung Mühlviertel

Während bereits 1946 Aufgabenbereiche von der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Oberösterreichische Landesregierung wanderten, blieb die Struktur der Zivilverwaltung Mühlviertel bis 1949 weitgehend unberührt. Erst im Mai 1949 kam es aufgrund von Einsparungsmaßnahmen zu einer Verringerung der Anzahl der Ausschussmitglieder und Beiräte.²⁸² Es schieden Emil Grinzinger (ÖVP), Johann Neubauer (ÖVP), Josef Lang (SPÖ), Ludwig Hiermann (SPÖ), Fritz Kammerer (KPÖ) und Konrad Richter (parteilos) aus. Gleichzeitig erfolgte die Gründung eines Fach- bzw. Wirtschaftsbeirates. Die Mitglieder des Fach- bzw. Wirtschaftsbeirates durften ohne Stimmrecht an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Mitglieder des Wirtschaft- bzw. Fachbeirates waren Richard Strixner (parteilos), Eugen Hail (KPÖ) und Konrad Richter (parteilos).

²⁸¹ Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_115_0/1945_115_0.pdf> (29.06.2020).

²⁸² Rauch, Landesausschuß-Beirat und Amt, 5-6.

Eine weitere Umstrukturierung beschloss die Zivilverwaltung Mühlviertel am 1. Juli 1949.²⁸³ Die ÖVP stellte aber am 2. Juli 1949 den Antrag, mit der Neuzusammenstellung die Nationalrats- und Landtagswahlen am 9. Oktober 1949 abzuwarten. Am 5. August 1949 erfolgte mit Stimmenthaltung der KPÖ der entsprechende Beschluss. Die Nationalrats- und Landtagswahlen am 9. Oktober 1949 brachten große Stimmverschiebungen zuungunsten der ÖVP und SPÖ, weil erstmals wieder Angehörige des „Dritten Lagers“ ihr Wahlrecht ausüben konnten. Sie bevorzugten bei der Stimmabgabe den Wahlverband der Unabhängigen (WdU).

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	1.846.581	44,3	77
SPÖ	1.623.524	38,71	67
WdU	489.273	11,67	16
KPÖ	213.066	5,08	5

Tabelle 8: Wahlergebnisse Nationalratswahl 1949²⁸⁴

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	267.379	45	23
SPÖ	183.006	30,8	15
WdU	123.613	20,8	10
KPÖ	18.461	3	0

Tabelle 9: Ergebnisse Landtagswahl OÖ 1949²⁸⁵

Bei den Nationalratswahlen erhöhten zwar alle bereits 1945 angetreten Parteien ihre Stimmenanteile. Allerdings verloren die ÖVP 8 und die SPÖ 9 Mandate. Die KPÖ konnte ein Mandat dazu gewinnen. Der WdU erhielt 16 Mandate. Im Gegensatz zur SPÖ verlor die ÖVP nicht nur Mandate gegenüber 1945, sondern auch Stimmen. Die ÖVP verlor 7 und die SPÖ 3 Mandate im Landtag. Der WdU übertraf bei den Landtagswahlen in Oberösterreich das Bundesergebnis von 11,67 % mit 20,8 % und erhielt 10 Sitze im Landtag.

Partei	Stimmen	%	Mandate
ÖVP	58.388	64,9	3
SPÖ	21.466	23,8	1
WdU	8.446	9,3	0
KPÖ	1.490	1,6	0

Tabelle 10: Wahlergebnisse der oberösterreichischen Landtagswahl 1949 im Wahlkreis Mühlviertel.²⁸⁶

Im Mühlviertel erzielte der VdU/WdU entgegen dem Landestrend ein Ergebnis von 9,3 %. Die ÖVP übertraf im Mühlviertel bei den Landtagswahlen ihr Ergebnis von 1945 von 72,3 %

²⁸³ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 34.

²⁸⁴ Wahldatenbank. Nationalratswahl 1949, online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).

²⁸⁴ *Winkler*, Kriegsende und Besatzungszeit, 81.

²⁸⁵ Wahldatenbank. Ergebnis der Landtagswahlen in Oberösterreich 1949, online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).

²⁸⁶ Die Kreisergebnisse von Oberösterreich. In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 5, Nr. 237 (11.10.1949) 1.

nicht. Sie erzielte 64,9 % der abgegebenen Stimmen. Die SPÖ verlor ebenfalls. Sie erzielte 1945 26,7 % und 1949 23,8 %. Die KPÖ verbesserte ihr Ergebnis von 1945 0,9 % auf 1,6 % 1949 leicht, aber eroberte im Mühlviertel dennoch kein Mandat für den Landtag.

Wie weit wahltaktische Überlegungen bei den Verschiebungen der Umstrukturierung der Zivilverwaltung Mühlviertel eine Rolle spielten, ist unklar. Das Wahlergebnis im Mühlviertel entsprach wahrscheinlich weder den Erwartungen der ÖVP noch der SPÖ. Zu einem Ausscheiden der Mitglieder der KPÖ aus der Zivilverwaltung Mühlviertel kam es auch nach dieser Wahl nicht, um wahrscheinlich die Besatzungsmacht nicht vor den Kopf zu stoßen.

Bei der Frage, ob man Mitglieder des VdU in die Zivilverwaltung Mühlviertel hole, liegt die Vermutung nahe, dass man davon absah, um Probleme mit der Besatzungsmacht zu vermeiden. Wobei unmittelbar nach den Nationalrats- und Landtagswahlen 1949 nicht von Haus aus Probleme mit den Sowjetbesatzung zu befürchten waren, weil sich diese für die Anerkennung des VdU im Alliierten Rat eingesetzt hatte.²⁸⁷ Die Sowjetbesatzung verfolgte damit das Ziel die ÖVP zu schwächen, was letzten Endes keinen Erfolg brachte.²⁸⁸ Ab dem Frühjahr 1950 scheint sich die Haltung der sowjetischen Besatzungsverwaltung gegenüber dem VdU geändert zu haben. Davon zeugt ein Bericht des Bezirkshauptmannes von Freistadt, Edmund Merl, über eine Besprechung mit dem Stadtkommandanten von Freistadt am 13. März 1950.²⁸⁹ Der Stadtkommandant kritisierte gegenüber Merl das mangelnde Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft und der Gendarmerie gegen vermehrte faschistische Aktivitäten des VdU. Merl verwies darauf, dass VdU-Funktionäre bis zu diesem Zeitpunkt sich im Rahmen der Gesetze verhalten hätten, und die Sowjetbesatzung der Gründung des VdU zugestimmt habe. Merl selbst wurde diesbezüglich nicht mehr behelligt. An der negativen Haltung der Sowjetbesatzung gegenüber dem VdU änderte sich in den nächsten Jahren wenig. In einem Bericht des Außenpolitischen Kommissars der ZK der VKP(b), Grigorian, am 28. März 1952 an Stalin nennt er als Aktivität gegen neonazistische Organisation ein Verbot des Verbandes der Unabhängigen.²⁹⁰ Ein Verbot des VdU in der sowjetischen Besatzungszone lässt sich aus den hier eingearbeiteten Quellen und der Literatur nicht feststellen. Ein Bericht des sowjetischen Hochkommissars, Generaloberst Wladimir P. Swiridow, und des politischen Vertreters

²⁸⁷ *Mueller*, Sowjetische Besatzung, 210.

²⁸⁸ *Mueller*, Sowjetische Besatzung, 212.

²⁸⁹ *Merl*, Besatzungszeit im Mühlviertel, 106.

²⁹⁰ Informeller Bericht des Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der VKP (b), V. Grigorian, über die Umsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK vom 1. November 1951: „Über die Verbesserung der Arbeit des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission 28.3.1952. Nr. 79. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx und Alexandar Tschubarjan (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente* (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 379

der UdSSR, Sergei M. Kudrjawzew. vom 21. März 1953 beinhaltet eine Reihe von Vorschlägen zur Schwächung des VdU.²⁹¹ Er sollte beispielsweise als neonazistische Organisation in der sowjetischen Zone verboten werden. Die zuvor genannten Akten sprechen dafür, dass ein Verbot des VdU vonseiten der Sowjetunion angedacht war.

Zur Umsetzung der für Herbst 1949 geplanten Umstrukturierung kam es erst durch einen Beschluss der Obmännerkonferenz am 1. April 1950.²⁹² Am 3. April stimmten die sowjetischen Besatzungsbehörden zu. Die ÖVP stellte mit Franz Hartl und Johann Diwald zwei, die SPÖ mit Stefan Demuth und die KPÖ mit Franz Haider je ein Mitglied.²⁹³ Im Vergleich dazu waren 1945 drei Referenten von der ÖVP, drei von der SPÖ, zwei von der KPÖ gestellt worden. Der Fachbeirat wurde zu einem politischen Beirat umgewandelt. Die Mitglieder des Beirates konnten Ausschussmitglieder mit Stimme und Sitz vertreten. Der Fachbeirat bestand aus je einem Mitglied der ÖVP, SPÖ und KPÖ und zwei Fachexperten für Ernährung und Holzwirtschaft.²⁹⁴ Die Mitglieder des „politischen Beirates“ waren Hans Sebinger (ÖVP), Ludwig Hiermann (SPÖ), Eugen Hail (KPÖ), Konrad Richter (parteilos) und Richard Strixner (parteilos).

²⁹¹ Aus dem Bericht des Hochkommissars der UdSSR in Österreich V. M. Swiridow, und des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich S. M. Kudrjawzew, über die Umsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der VKP (b) vom 1. November 1951 zur Verbesserung der Arbeit des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich 21. März 1953. Nr. 80. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx und Alexandar Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 387.

²⁹² Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 34.

²⁹³ Rauch, Landesausschuß-Beirat und Amt, 6.

²⁹⁴ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 34.

7 Die Endphase und Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel

Die Zivilverwaltung Mühlviertel verdankte ihre Existenz und ihr weitgehend unverändertes Fortbestehen der Sowjetunion. Das Beispiel des Mühlviertels verdeutlicht die beschränkte Souveränität Österreichs, weil die Bundesregierung nicht ohne Erlaubnis der Sowjetunion den Zuständigkeitsbereich von Verwaltungsbehörden selbst bestimmen durfte. Die Bedingung zur Erlangung der vollen Souveränität Österreichs war der Staatsvertrag. Die Verhandlungen zum Staatsvertrag scheiterten seit 1945 wiederholt am Widerstand der Sowjetunion.

7.1 Die Annäherungspolitik Raabs und die Einbindung der Zivilverwaltung Mühlviertel darin

Ein Vorstoß des Bundeskanzlers Julius Raabs zur Abschaffung der Zivilverwaltung Mühlviertel im Dezember 1953 kann im Zusammenhang mit dessen Annäherungspolitik gegenüber der Sowjetunion gesehen werden. Raab hatte Ende März 1953 Leopold Figl als Bundeskanzler abgelöst. Erst der Tod Stalins am 5. März 1953 eröffnete nach Ansicht Raabs die Chance, für Österreich den Staatsvertrag zu erhalten.²⁹⁵ Zu diesem Zweck schlug der Bundeskanzler einen Kurs der Annäherung gegenüber der Sowjetunion ein. Zunächst erreichte er, dass das wöchentliche Treffen zwischen ihm und dem Hochkommissar der Sowjetunion für Österreich nicht mehr nur beim Hochkommissar stattfand, sondern abwechselnd im Hotel Imperial (dem Sitz des Hochkommissars) und im Bundeskanzleramt.²⁹⁶ Das dadurch erreichte gelockerte Gesprächsklima zwischen dem Hochkommissar und dem Bundeskanzler begünstigte die Lockerung des sowjetischen Besatzungsregimes. Im März 1953 erreichte eine Intervention der Österreicher die Ausweitung einer Häftlingsamnestie in der Sowjetunion auf österreichische Kriegsgefangene und internierte Zivilisten. Am 9. Juni 1953 wurden die Kontrollen an den Zonengrenzen aufgehoben. Für Oberösterreich bedeutete dies das Ende der Kontrollen an den Brücken über die Donau- und der Enns.²⁹⁷

Für Bundeskanzler Julius Raab schien die Zeit gekommen, die Zivilverwaltung Mühlviertel aufzulösen. Am 21. Dezember 1953 richtete er ein Schreiben an den sowjetischen

²⁹⁵ Rauchensteiner, Stalinplatz 4,

²⁹⁶ Ludwig Steiner, Der Staatsvertrag: Zeitzeuge vor und in Moskau. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich Rekonstruktion oder Neubeginn? (Schriften des Instituts für Österreichkunde, Wien 2006) 194-197.

²⁹⁷ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 55.

Hochkommissar Iwan I. Iljitschow.²⁹⁸ Raab führte in diesem Brief an, dass die Dienststelle zur Verwaltung des Mühlviertels keine Existenzberechtigung mehr habe. Vollzugsakte, die nur für das Mühlviertel galten, gehörten in den Zuständigkeitsbereich eines Mitgliedes der Landesregierung. Die restlichen Aufgaben erledige das Amt der oberösterreichischen Landesregierung. Die Gesetzgebung, die Budgetaufstellung und sonstige finanzielle Angelegenheiten besorge der oberösterreichische Landtag. Weiters diene das Amt der oberösterreichischen Landesregierung als Kontaktstelle zu den Sowjets. Die Mitglieder der Landesregierung, die durch die Bevölkerung des Mühlviertels entsandt seien, vertreten die Interessen des Mühlviertels. Raab erreichte mit seiner Argumentation kein Einlenken des Hochkommissars.²⁹⁹

Die Auflösung der Zonenkontrollen diene als Anlass, ab 1. Jänner 1954 den Fachbeirat aufzulösen.³⁰⁰ Im Ausschuss blieb es bei der Aufteilung 2 ÖVP, 1 SPÖ und 1 KPÖ.³⁰¹

Die Phase der Annäherung zwischen Österreich und der Sowjetunion beendete das Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen im Rahmen der Außenministerkonferenz in Berlin vom 12. bis 18. April 1954.³⁰² Von sowjetischer Seite kamen im folgenden Jahr unterschiedliche Signale an Österreich. Bei einer Sitzung Bundeskanzler Raabs und Vizekanzler Schärfs am 17. Mai 1954 mit dem sowjetischen Hochkommissar konfrontierte dieser sie mit einer Liste von Vorwürfen.³⁰³ Andererseits gelangte im Frühjahr 1954 eine Einladung an die Bundesregierung, zwei Minister zur allsowjetischen Landwirtschaftsmesse zu schicken. Es handelte sich dabei um die erste Einladung an die Bundesregierung, eine Delegation nach Moskau zu schicken. Raab schlug vor, einen Minister von der ÖVP und einen Minister von der SPÖ zu entsenden. Die SPÖ verweigerte aufgrund ihrer ausgeprägten antisowjetischen Haltung, einen ihrer Minister nach Moskau reisen zu lassen. Als Folge dessen nahm von der Regierung nur Landwirtschaftsminister Franz Thoma (ÖVP) an der Messe teil. Er soll dort die Gelegenheit genutzt haben, wichtige Gesprächskontakte zu knüpfen. Ein Mitglied der österreichischen Delegation war Johann Blöchl.³⁰⁴ Die Oberösterreichische Landesregierung erteilte zunächst Raabs Ansuchen, Blöchl nach Moskau zu schicken, eine Absage. Raab suchte die Landesregierung persönlich auf und überzeugte sie mit der Auskunft, dass der sowjetische Hochkommissar darauf bestanden habe, Blöchl mitreisen zu lassen. Ende Juni flog die Delegation nach

²⁹⁸ Schreiben des Bundeskanzleramtes an den Hochkommissar der UdSSR, J. Iljitschow, wegen der Organisation der Verwaltung und Gerichtsbarkeit im Mühlviertel. 21. Dezember 1953. In: Erich *Leimlehner*, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 209-210.

209.

²⁹⁹ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 33.

³⁰⁰ *Rauch*, Landesausschuß-Beirat und Amt, 6.

³⁰¹ *Leimlehner*, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 177.

³⁰² *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4, 237.

³⁰³ *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4, 240.

³⁰⁴ *Blöchl*, Vater Mühlviertels, 216-221.

Moskau. Blöchl beschreibt Thomas Bemühungen, mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen, als nicht sehr erfolgreich, weil er sich zu sehr an das Protokoll hielt. Blöchl beschreibt sich im Umgang mit den Sowjets als unbefangener. Entsprechend der Landessitte hielt er während eines Empfanges eine spontane Tischrede. Geplant war ein Aufenthalt von vierzehn Tagen. Die Delegation musste aufgrund der Hochwasserkatastrophe an der Donau Anfang Juli 1954 früher abreisen. Sowjettruppen halfen bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe.³⁰⁵

Die Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel waren 1954 bereits stark beschränkt. Am 8. September 1954 fiel nur mehr Politische Reinigung (NS Angelegenheiten), Staatsbürgerschaft, Vermögenssicherung, Umsiedlung, Besatzungskosten, Wohnungsbewirtschaftung und Teile der Fürsorge in den Zuständigkeitsbereich der Zivilverwaltung Mühlviertel.³⁰⁶

7.2 Die Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel

Die Zivilverwaltung Mühlviertel hatte sich als äußerst langlebig erwiesen. Ihre Gründung und auch ihr Weiterbestehen war der Zweiteilung des Landes zwischen den USA und der Sowjetunion geschuldet. Das Ende dieser Teilung bedeutete auch das Ende der Zivilverwaltung Mühlviertel. Die Teilung Oberösterreichs zwischen der Sowjetunion und den USA beendete die Unterzeichnung des Staatsvertrages.

In den jahrelangen Staatsvertragsverhandlungen brachten die Verhandlungen über den Staatsvertrag in Moskau am 12. bis 15. April 1955 den Durchbruch.³⁰⁷ Die Österreicher sagten Ablösezahlungen und Warenlieferungen für die USIA-Betriebe und die DDSG zu, sowie Öllieferungen für die Ablöse der niederösterreichischen Ölfelder. Ein weiteres Zugeständnis der Bundesregierung war die Zusage, sich nach dem Vorbild der Schweiz für neutral zu erklären. Die Sowjetunion wollte mit der Neutralität Österreich eine Schwächung der NATO erreichen und die Chance auf Einflussnahme auf Österreich aufrechterhalten.³⁰⁸ Ebenso ging damit die Zielstellung einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Westen einher. Aus dem Ost-West-Konflikt sollte ein ideologischer, politischer, wirtschaftlicher, technologischer und kultureller Wettbewerb werden. Der Zweck dieses Wettbewerbes war, die Bevölkerung des

³⁰⁵ Rauchensteiner, Stalinplatz 4, 247.

³⁰⁶ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 35.

³⁰⁷ Gerald Stourzh Wolfgang Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität (6., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2020) 361-448.

³⁰⁸ Stourzh Mueller, Kampf um den Staatsvertrag, 459-460.

Westens von der Überlegenheit der Sowjetunion zu überzeugen.³⁰⁹ Zu diesem „Überzeugungswettbewerb“ gehörte es, der Sowjetunion einen positiven Ruf in der Welt zu verschaffen.

Am 15. Mai 1955 unterzeichneten die Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und Österreichs den Staatsvertrag im Schloss Belvedere in Wien. Für Österreich unterzeichnete Leopold Figl, für die USA John Foster Dulles, für Großbritannien Harold Mc Millan und für die UdSSR Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow. Der Staatsvertrag stellte Österreich als freier und unabhängiger Staat in den Grenzen von 1938 wieder her und untersagte den politischen und wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland. Die Alliierten verpflichteten sich durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages zum Abzug ihrer Truppen aus Österreich. Für Oberösterreich brachte der Staatsvertrag die Möglichkeit zur Wiedervereinigung. Am 20. Mai 1955 gab der sowjetische Hochkommissar Iwan Iwanowitsch Iljitschow an Bundeskanzler Raab die Erklärung ab, dass die sowjetischen Kommandanturen ihre Tätigkeit einstellen.³¹⁰ In Freistadt beendete die Bezirkskommandantur ihre Tätigkeit am 25. Mai 1955. Am 7. Juni 1955 ratifizierte der Nationalrat den Staatsvertrag. Der Staatsvertrag trat am 27. Juli 1955 mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des österreichischen Staatsvertrages durch die letzte Signaturmacht Frankreich in Kraft.³¹¹ Am selben Tag löste sich der Alliierte Rat auf, was für Österreich die Erlangung der vollen Souveränität bedeutete.³¹² Am 1. August 1955 stellte das Amt der oberösterreichischen Landesregierung fest, dass durch das Inkrafttreten des Staatsvertrages die Aufgabe des Staatsbeauftragten und dessen Beisitzer an diesem Tag beendet waren.³¹³ Am 2. August 1955 gab der Stellvertreter des sowjetischen Hochkommissars für das Mühlviertel, Oberst Kowaljow, und Truppenkommandant Oberst Jakowtschek einen Abschiedsempfang für die oberösterreichische Landesregierung.³¹⁴ Ein Erlass der Landesregierung vom 3. August 1955 überführte sämtliche verbliebenen Aufgabenbereiche der Zivilverwaltung Mühlviertel an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung, was de facto das Ende der Zivilverwaltung Mühlviertel bedeutete.³¹⁵

Die Zivilverwaltung Mühlviertel hielt ihre letzte Sitzung am 11. August 1955 im Linzer Landhaus ab fast genau zehn Jahre nach ihrer Konstituierung am 14. August 1945. Neben den Mitgliedern der Zivilverwaltung Mühlviertel nahmen der Landeshauptmann die Mitglieder

³⁰⁹ Wolfgang Mueller, A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union Austria and Neutrality, 1955-1991 (Zentraleuropa Studien 15, Wien 2011) 19-20.

³¹⁰ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 53.

³¹¹ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 36.

³¹² Leimlehner, Kriegsende und Folgen im Mühlviertel, 178.

³¹³ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 36.

³¹⁴ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 56.

³¹⁵ Sturmberger, Zivilverwaltung Mühlviertel, 36.

der Landesregierung, Vertreter von Behörden, Beamte der Zivilverwaltung Mühlviertel und die die Bezirkshauptleute an der Sitzung im Linzer Landhaus teil.³¹⁶ In seiner Rede charakterisierte Blöchl die Arbeit der Zivilverwaltung Mühlviertel und nannte die großen Schwierigkeiten, die er vor allem in den ersten Jahren der Zivilverwaltung Mühlviertel überwinden musste. In seinen Abschlussworten übergab er Gleißner das Mühlviertel und mahnte ihn, zum Mühlviertel so gut wie der Vater zum verlorenen Sohn zu sein und drückte die Hoffnung aus, dass die Donau nie mehr Oberösterreich trennen werde. Gleißner lobte in seiner Rede die großen Leistungen aller Beteiligten, die zur Erhaltung der Einheit Oberösterreichs beigetragen hatten und betonte die Bedeutung ihres Erfolges für ganz Österreich.³¹⁷ Gleißner hob besonders den Staatsbeauftragten für das Mühlviertel, Johann Blöchl, wegen seiner Charakterfestigkeit und Loyalität hervor.³¹⁸ Diese Eigenschaften hätten Blöchl das Vertrauen der Bevölkerung und die Achtung der Besatzungsmacht (UdSSR) eingebracht. Weiters habe Blöchl, so Gleißner, die Hauptlast der Verantwortung und der Verhandlungen mit der Besatzungsmacht getragen. Ebenso lobte Gleißner die Beisitzer Blöchls wegen ihrer Standhaftigkeit, Festigkeit und patriotischen Haltung.

Durch die Erlangung des Staatsvertrages konnten österreichischen Regierungsstellen wieder, ohne Einmischung von außen den Zuständigkeitsbereich von Verwaltungsorganen bestimmen. Damit fiel die Verwaltung des Mühlviertels wieder in den Zuständigkeitsbereich der Oberösterreichischen Landesregierung.

³¹⁶ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 36.

³¹⁷ *Sturmberger*, Zivilverwaltung Mühlviertel, 27.

³¹⁸ *Ein Rückblick*, 559.

8 Zusammenfassung

Obwohl in den Verhandlungen der Interalliierten Beratenden Kommission das Mühlviertel bereits am 15. April 1945 der Sowjetunion zugeteilt hatte, war es von Mai bis August 1945 zwischen den USA und der Sowjetunion aufgeteilt. General Eisenhower und das Oberkommando der Roten Armee vereinbarten, ohne die Übereinkunft in der Interalliierten Beratenden Kommission zu berücksichtigen, das Mühlviertel untereinander aufzuteilen. Die militärischen Befehlshaber konnten sich über die Vereinbarung hinwegsetzen, weil es erst am 9. Juli 1945 zu einem endgültigen Zonenabkommen kam. Vom 30. April bis zum 7. Mai 1945 eroberten Soldaten der 3. US-Armee das Mühlviertel. Zwischen 10. und 14. Mai 1945 besetzte die Rote Armee den Ostteil des Mühlviertels. Die Demarkationslinie spaltete die Bezirke Freistadt und Perg sowie darin befindliche Gemeinden in einen sowjetischen Ostteil und einen amerikanischen Westteil. Den sowjetischen Teil der Bezirke Perg und Freistadt verwaltete die Niederösterreichische Landesregierung. Erst das Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 bedeutete die Fixierung der Zuteilung des Mühlviertels zur sowjetischen Besatzungszone. Trotz der Geheimhaltung des bevorstehenden Abzuges der Amerikaner aus dem Mühlviertel kam es bereits im Juni 1945 zu Verhandlungen über die Regelung der Verwaltung im Mühlviertel. Man kam überein, eine gesonderte Landesverwaltung zu errichten und Johann Blöchl zu deren Vorsitzenden zu ernennen. Blöchl lehnte zunächst ab, den Vorsitz zu übernehmen, wurde aber schließlich von Leopold Figl überredet, dieses Amt auszuüben. Noch während des Einmarsches der Roten Armee fanden am 2. August 1945 ein erstes Gespräch zwischen Vertretern der sowjetischen Militärverwaltung für das Mühlviertel und österreichischen Beamten und Politikern statt. Neben einer Reihe von Befehlen und Vorschlägen zur Referatseinteilung erhielten die zugelassenen Parteien den Auftrag, ihre Arbeit aufzunehmen. Da völlige Unklarheit bestand, in welchem Verhältnis die Zivilverwaltung Mühlviertel zur Staatsregierung, der Landesregierung von Oberösterreich und Niederösterreich stand, erfolgte die Entsendung einer Delegation nach Wien zur Niederösterreichischen Landesregierung und zur Provisorischen Staatsregierung. Die Staatsregierung ernannte schließlich Blöchl zum Staatsbeauftragten für das Mühlviertel. Am 14. August 1945 berief Blöchl neun Beisitzer Referenten (3 ÖVP, 3 SPÖ, 2 KPÖ und einer parteilos) sowie zwölf Beiräte (5 ÖVP, 3 SPÖ, 3 KPÖ und einer parteilos). Jedem Referat waren mindestens ein und maximal drei Beiräte zugeordnet.

Eine direkte Intervention zur Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel seitens der Sowjetunion lässt sich aus der hier eingearbeiteten Literatur nicht belegen. Die Sowjets waren

eher ein „Impulsgeber“ für die Gründung der Zivilverwaltung Mühlviertel. Von österreichischer Seite existierte die Befürchtung, dass die Sowjets die von den US-Militärregierung für Oberösterreich eingesetzte Provisorische Oberösterreichische Landesregierung nicht anerkennen. Angesichts der starken Kontrolle der US-Militärregierung auf die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung erscheinen diese Befürchtungen glaubhaft. Ebenfalls unbeantwortet muss die Frage bleiben, ob die Isolation des Ostteils des Bezirkes Freistadt von der oberösterreichischen, aber auch niederösterreichischen Landesverwaltung ein Anlass zur Errichtung einer gesonderten Landesverwaltung im Mühlviertel war.

Aus den zahlreichen Aufgaben und Problemen, die die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 zu bewältigen hatte, lässt sich ableiten, dass einzelne Bezirkshauptmannschaften und die Gemeinden nicht in der Lage waren, diese Probleme allein zu lösen. Zu ihren Aufgabenbereichen zählte u. a. die Eröffnung der Schulen im September 1945, die Organisation von Heizmaterialien, Transportmitteln, Baustoffen, Konsumgütern, der Nahrungsmittelverteilung, Verbesserung der Sicherheitslage und der Entnazifizierung. Zu einer wichtigen Funktion des Staatsbeauftragten gehörte die Kommunikation mit den sowjetischen Besatzungsbehörden. Aufgrund von Misstrauen aufseiten der Sowjets konnten diese Gespräche besonders schwierig sein. Blöchls Hauptansprechpartner bei den Sowjets waren die Stellvertreter des sowjetischen Hochkommissars im Mühlviertel

Aufgrund von Entnazifizierungsbemühungen der USA kam es zu Verhaftungen von Landesrat Adolf Eigl und dessen Stellvertreter Anton Rußegger. Als höhere Beamte der NS-Gauverwaltung von Oberdonau gehörten sie zu automatisch zu verhafteten Personengruppen. Eigl hatte mit dem Antrag um Mitgliedschaft in der NSDAP eine Annäherung an das Regime versucht. Eigls Ansuchen um Parteimitgliedschaft lehnten die Nazis aufgrund seiner Mitgliedschaft in der anthroposophischen Gesellschaft ab. Durch die Verhaftung Eigls stand Oberösterreich ohne Landesregierung da. Die Aufgaben einer Landesregierung von Oberösterreich übernahm zunächst der Dreier-Ausschuss und im Anschluss der Vollzugsausschuss. Die Zivilverwaltung blieb von diesen Veränderungen unberührt. Der Versuch der Amerikaner, Heinrich Gleißner am 20. September 1945 zum Landeshauptmann zu ernennen, scheiterte an dessen Widerstand. Gleißner wollte die Zustimmung der politischen Parteien einholen, bevor er das Amt eines Landeshauptmannes ausübte. Aufgrund dieser Weigerung nahm Gleißner nicht als Landeshauptmann von Oberösterreich an der ersten Länderkonferenz von 24. bis 27. September 1945 in Wien teil, sondern als Teil der Delegation des Vollzugsausschusses. Neben dem Vollzugsausschuss entsandte auch die Zivilverwaltung Mühlviertel eine Delegation nach Wien. Während der Länderkonferenz ernannte die Staatsregierung Amtsdirektor der

Zivilverwaltung Mühlviertel, Josef Sommer, zum Unterstaatssekretär für Wahlen. Der Bereich Wahlen war dem Staatssekretär für Inneres Franz Honner entzogen worden, um dessen Rücktritt zu verhindern. Am 26. Oktober 1945 ernannten die Amerikaner auf Vorschlag der zugelassenen politischen Parteien Heinrich Gleißner zum Landeshauptmann von Oberösterreich und Johann Blöchl zum Landesrat.

Bei der ersten Sitzung der Provisorischen Oberösterreichischen Landesregierung am 31. Oktober 1945 startete eine Initiative zur Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs. An den Staatsbeauftragten erging der Auftrag, Vorschläge auszuarbeiten, wie diese Vereinheitlichung vonstatten gehen könnte. Gemeinsam mit den Referenten verfasste Blöchl eine Denkschrift mit diesbezüglichen Vorschlägen, die er der Landesregierung am 13. November 1945 übergab. Die Landesregierung beschloss, die Denkschrift mit weiteren Forderungen zu ergänzen und sie an die Staatsregierung, dem Stellvertreter des sowjetischen Hochkommissars Oberst Korkischko und der US-Militärregierung weiterzuleiten. Von der Staatsregierung, den Sowjets und den Amerikanern ist keine Reaktion auf die Denkschrift enthalten. Fraglich ist, ob die Nationalratswahlen am 25. November 1945 die Staatsregierung behinderte, sich mit der Denkschrift zu befassen.

Die zweite Initiative zur Vereinheitlichung der Landesverwaltung begann mit einem Brief der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Landesregierung vom 15. Dezember 1945. Dieser Brief beinhaltete unter anderem den Vorschlag, die Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle der Landeshauptmannschaft und das Amt des Staatsbeauftragten in ein Amt des Landesbeauftragten umzuwandeln. Zum Zweck der Abschaffung des Amtes des Staatsbeauftragten ging am 18. Dezember 1945 ein mit der Landesregierung abgestimmter Brief an die Staatskanzlei. Im Brief wurde die Meinung vertreten, dass mit der Zustimmung zum Wahlgesetz und der Anerkennung des Wahlergebnisses der Landtagswahlen durch den Alliierten Rat bereits die Zustimmung zur einheitlichen Verwaltung erteilt worden war. Der Staatsauftrag wäre aus diesem Verständnis dadurch erloschen und die einheitliche Verwaltung wieder möglich. Am 13. Februar 1946 erfuhr Blöchl in einem Gespräch mit Korkischko, dass der sowjetische Hochkommissar der Umwandlung der Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung und das Amt des Staatsbeauftragten in einen Landesbeauftragten nicht zustimmte. Ein Versuch Bundeskanzler Julius Raabs im Dezember 1953 die Zivilverwaltung Mühlviertel abzuschaffen, scheiterte ebenfalls am Einspruch der Sowjets. Raab hatte zu diesem Zweck einen Brief an den sowjetischen Hochkommissar gesandt, in dem er die Meinung vertrat, dass die Zivilverwaltung Mühlviertel keine Existenzberechtigung mehr hatte. Verwaltungsangelegenheiten, die das Mühlviertel betrafen,

würden die Mitglieder der Landesregierung und das Amt der Landesregierung erledigen. Um die Gesetzgebung und Budgetaufteilung kümmere sich der Oberösterreichische Landtag.

Es lässt sich nicht genau sagen, weshalb die Sowjets diese Verbote aussprachen. Insgesamt muss man die Abschaffungsversuche der Zivilverwaltung Mühlviertel zwischen Oktober 1945 und Februar 1946 als eher unglücklich bezeichnen. Der erste Versuch verlief wahrscheinlich aufgrund der Wahlen und der folgenden Regierungsumbildung im Sand. Der zweite Abschaffungsversuch baute auf der vagen Vermutung auf, dass die Sowjets mit der Zustimmung zum Wahlgesetz und der Anerkennung der Wahlen einer Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs zugestimmt hätten. Das Verbot des sowjetischen Hochkommissars, die Zivilverwaltung Mühlviertel in eine Außenstelle der oberösterreichischen Landeshauptmannschaft und das Amt des Staatsbeauftragten in ein Amt des Landesbeauftragten umzuwandeln, war wesentlich für die zehnjährige Existenz der Zivilverwaltung Mühlviertel.

Der Beschluss vom 29. April 1946 der Oberösterreichischen Landesregierung schrieb das Weiterbestehen der Zivilverwaltung Mühlviertel und ihre Anbindung an die Oberösterreichische Landesregierung fest. Am 15. Mai 1946 erging der Beschluss vom 29. April 1946 gemeinsam mit einer Reihe von Weisungen an die Zivilverwaltung Mühlviertel. Für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, Gemeindeangelegenheiten und Budgetüberschreitungen brauchte es die Zustimmung der Landesregierung. Ferner sollte das Dienstsiegel nicht mehr das Staatswappen, sondern das Landeswappen enthalten. Unmittelbar nach diesem Beschluss kann es zu keiner Übertragung von Aufgabenbereichen von der Zivilverwaltung Mühlviertel an die Oberösterreichische Landesregierung. Obwohl aus der hier eingearbeiteten Literatur und Quellen der Eindruck entsteht, dass sämtliche Mitglieder der Zivilverwaltung Mühlviertel einer Vereinheitlichung der Verwaltung Oberösterreichs zustimmen, kam es zu Unstimmigkeiten. Für Zündstoff sorgte unter anderem, dass vonseiten der Landesregierung die Tendenz bestand, Mitglieder der Zivilverwaltung über den Entzug ihrer Kompetenzen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Neben dem Entzug von Kompetenzen war auch die Beschränkung des Umganges mit den Bundesregierung Anlass zum Streit. Runderlässe, Normalerlässe usw. der Bundesregierung, die das Mühlviertel betrafen, sollten nurmehr an die Landesregierung ergehen. Der Beschluss von 29. April 1946 war bis 1949 die Rechtsgrundlage der Zivilverwaltung Mühlviertel. Erst ein Erlass vom 18. Juni 1949 gab der Zivilverwaltung Mühlviertel eine neue Rechtsgrundlage. Aufrecht blieb der Staatsauftrag, das Amt des Staatsbeauftragten und auch dessen Beirat. Über Angelegenheiten, die das Mühlviertel betrafen, musste die Bundes- und Landesregierung den Staatsbeauftragten informieren. Zu große Umstrukturierungen kam es erst 1949. Der Beirat wurde verkleinert und der sogenannte Fach- und Wirtschaftsbeirat

gegründet. 1950 kam es zu einer Verkleinerung des Beirats und der Fachbeirat wurde zum politischen Beirat.

Der langsame Abbau der Zivilverwaltung Mühlviertel scheint eine Gratwanderung gewesen zu sein, weil ständig Interventionen der sowjetischen Besatzungsbehörden drohten. Zwischen den Bestrebungen der Landesregierung, die Zivilverwaltung Mühlviertel aufzulösen und dem Verbot der Auflösung der Zivilverwaltung kamen sie beinahe in eine Art Sandwichposition.

Bundeskanzler Julius Raab betrieb eine Annäherungskurs an die Sowjetunion. Diese Annäherungspolitik an die Sowjetunion bewirkte unter anderem die Aufhebung der Zonenkontrollen an der Donau und an der Enns. Im Jänner 1954 erfolgte anlässlich der Aufhebung der Kontrollen an den Zonengrenzen die Auflösung des Fachbeirates der Zivilverwaltung Mühlviertel. Trotz dieser Annäherungspolitik scheiterten die Staatsvertragsverhandlungen Anfang 1954 und der Ton der Sowjetunion gegenüber Österreich wurde wieder rauer. Ein positives Signal der Sowjetunion gegenüber Österreich war die Einladung an die Bundesregierung, im Frühjahr 1954 an der allsowjetischen Landwirtschaftsmesse teilzunehmen. Johann Blöchl nahm auf Wunsch der Sowjets an dieser Messe teil. Aufgrund eines verheerenden Donauhochwassers Anfang Juli 1954 musste die Delegation früher abreisen. Das Ende der Zivilverwaltung Mühlviertel läutete die erfolgreichen Staatsvertragsverhandlungen vom 12. bis 15. April 1955 in Moskau ein. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 besiegelte das Ende der Zivilverwaltung Mühlviertel, weil dies das Ende des Staatsauftrages bedeutete. Am 3. August 1955 wurden sämtliche Aufgaben der Zivilverwaltung Mühlviertel an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung übertragen. Am 11. Mai 1955 hielt die Zivilverwaltung Mühlviertel in Linzer Landhaus ihre letzte Sitzung ab.

Die Auflösung der Zivilverwaltung Mühlviertel erfolgte aufgrund der Unterzeichnung des Staatsvertrages. Die Bundesregierung konnte nunmehr wieder, althergebrachte Verwaltungsgrenzen herzustellen. Damit gelangte das Mühlviertel wieder in den Zuständigkeitsbereich der Oberösterreichischen Landesregierung.

Die Perspektive der sowjetischen Besatzungsbehörden für das Mühlviertel konnte im Rahmen dieser Arbeit nur annäherungsweise eingearbeitet werden. Dies ist vor allem auf fehlende Russischkenntnisse des Autors zurückzuführen. Dass die gegenwärtige politische Lage Archivrecherchen in Russland nicht erlauben, ist weniger ausschlaggebend, weil sich die Korrespondenz der sowjetischen Militärverwaltung für das Mühlviertel im Oberösterreichischen Landesarchiv befindet. Damit wäre die Einarbeitung einer sowjetischen Perspektive in die Arbeit grundsätzlich möglich gewesen. Dies würde eventuell die Frage zu beantworten erlauben,

weshalb die Sowjets die Zivilverwaltung Mühlviertel beibehalten wollten. Zweifellos war die Verhinderung einer rechtlichen und verwaltungspraktischen Auseinanderentwicklung des Mühlviertels vom Süden Oberösterreichs durch Blöchl und den anderen Mitgliedern der Zivilverwaltung Mühlviertel eine enorme Leistung. Die Vorgehensweise der Zivilverwaltung Mühlviertel zur Lösung der Probleme ist durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges und der Besatzung des Landes erklärbar. Ein gutes Beispiel dafür ist ihr Vorgehen bei der Entnazifizierung. Die Zivilverwaltung Mühlviertel agierte dabei nicht besser, aber auch nicht schlechter als andere Körperschaften öffentlichen Rechtes in Österreich. Eine Untersuchung des Vorgehens der Zivilverwaltung Mühlviertel in diesem Zusammenhang wäre dennoch notwendig.

9 Quellenverzeichnis

9.1 Gedruckte Quellen

Abkommen, betreffend die Sektorengrenzen und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 (Zonenabkommen) 9. Juli 1945. Nr. 66. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx und Alexandar Tschubarjan (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente* (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 291-293.

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (Hg.). *Erlebte Geschichte. 90 Jahre Oberösterreich erzählt von seinen Menschen* (Linz 2008) 305.

Aus dem Arbeitsbericht des Vertreters des Hochkommissars der UdSSR für Oberösterreich, S. I. Kowaljow, für das Jahr 1954. 17. Februar 1955. Nr. 94. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark und Gennadij Bordjugow (Hg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 975-993.*

Aus dem Bericht des Hochkommissars der UdSSR in Österreich V. M. Sviridow, und des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich S. M. Kudrjavcew, über die Umsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der VKP (b) vom 1. November 1951 zur Verbesserung der Arbeit des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich 21.

- März 1953. Nr. 80. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx und Alexandar Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 383-390.
- Johann Blöchl, Der Vater des Mühlviertels. Lebenserinnerungen., (3., erg. Aufl. Linz 1988).
- Stefan Demuth, Lebensweg durch fünf Systeme. Erinnerungen, Erlebnisse, Erfahrungen (Linz 1987).
- Informeller Bericht des Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der VKP (b), V. Grigorjan, über die Umsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK vom 1. November 1951: „Über die Verbesserung der Arbeit des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission 28.3.1952. Nr. 79. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx und Alexandar Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 377-380.
- Kabinettsratsprotokoll Nr. 23 vom 29. August 1945. In: Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jerabek (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945: 2 : „Right or wrong - my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945 Bd. 8 (Wien 1999).
- Kabinettsratsprotokoll Nr. 28 vom 7. August 1945. In: Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jerabek (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945: 2 : „Right or wrong - my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945 (Wien 1999).
- Mitteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung zur Durchführung der Verwaltung im Mühlviertel. 2. Mai 1947. In: Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 205-206.
- Mitteilung des Bundeskanzleramtes an den Staatsbeauftragten für das Mühlviertel über die Organisation der Verwaltung im Mühlviertel. 18. Jänner 1949. In Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 – 1955 (Zürich 1974) 207-208.
- Mitteilung des Bundeskanzleramtes an die Landesregierung für Oberösterreich über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Oberösterreichs. 7. 1. 1946. In: Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 202-203.

- Mitteilung des Landeshauptmannes von Oberösterreich an die Zivilverwaltung Mühlviertel über den Beschluss der Landesregierung vom 29. April 1946. 14. 5. 1946. In Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 – 1955 204.
- Niederschrift des Gesprächs des kommissarischen Politberaters beim Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front, Michail E. Koptelow, mit Staatskanzler Karl Renner am 11. Mai 1945. Nr. 13. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark und Gennadij Bordjugow (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 143-145.
- Niederschrift des Gesprächs des Oberkommandierenden der III. Ukrainischen Front, Marschall F. I. Tolbuchin, und des Militärratsmitgliedes der Front, Generaloberst A. S. Zeltov, mit Staatskanzler K. Renner 8. Juni 1945. Nr. 13. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark und Gennadij Bordjugow (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen. Zweite Abteilung. Diplomaria et Acta. 93, Wien 2005) 155-163.
- Oral History Interview mit Walter Stadler, 28. November 2002, Interview für die Freistädter Geschichtsblätter 13 (2019); Interviewer unbekannt 191-192.
- Schreiben Blöchls an die Oberösterreichische Landesregierung 15. 12. 1945. In: Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 199-200.
- Schreiben Blöchls an die Staatskanzlei. 18.12. 1945. In: Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 201.
- Schreiben des Bundeskanzleramtes an den Hochkommissar der UdSSR, J. Illjitschow, wegen der Organisation der Verwaltung und Gerichtsbarkeit im Mühlviertel. 21. Dezember 1953. In: Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945-1955 (Zürich 1974) 209-210.

10.2 Ungedruckte Quellen

Georg Grüll, Aus der Verwaltungstätigkeit. In: Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv) 1-7.

OÖLA, OÖLR, Sitzungsprotokoll vom 2. Juli 1945.

Konrad Rauch, Landesausschuß-Beirat und Amt. Eine personelle Zusammenstellung. In: Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv) 1-12.

Alois Renoldner, Das Mühlviertel in Not und Gefahr. Unveröffentlichtes Manuskript. (Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt 1957)

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 4. August 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. August 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 22. August 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 5. September 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 14. September 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 19. September 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 29. September 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 31. Oktober 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. November 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 5. Dezember 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 19. Dezember 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1945, Sitzung des Ausschusses vom 28. Dezember 1945.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 15. Mai 1946.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 9. Oktober 1946.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 23. Oktober 1946.

Sammlung Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt, ZVM Protokolle 1946, Sitzung des Ausschusses vom 4. Dezember 1946.

Hans *Sturmberger*, Die Zivilverwaltung Mühlviertel. Errichtung, Rechtsstellung und Auflösung. In: Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945 – 1955. (Manuskript im oberösterreichischen Landesarchiv) 1-37.

10.3 Medien

Allgemeiner Befehl Nummer 3. In: Oberösterreichisches Amtsblatt Jg. 1945, Folge. 16 (26.10.1945) 115-116.

Johann Blöchl, Unsere Aufgaben V. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 5 (6.9.1945) 3.

Franz Blum, Unsere Aufgaben III. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 3 (1.9.1945) 3.

Balthasar Gierlinger, Aufruf an die Bauern. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 2 (30.8.1945) 1.

Landeshauptmann Dr. Eigl verhaftet In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 1, Nr. 62 (24.8.1945) 1.

Die Nazilehrer. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (18.9.1945) 1-2.

Ein Rückblick: Zwei Besatzungszonen-doch ein Land. In: Amtsblatt für Oberösterreich Jg. 1955, Nr. 33 (19. 8. 1955) 557-560.

Die Kreisergebnisse von Oberösterreich. In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 5, Nr. 237 (11.10.1949) 1.

Ludwig Hiermann, Unsere Aufgaben I. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28.8.1945) 3.

Fritz Kammerer, Unsere Aufgaben II. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 2 (30.8.1945) 3.

Josef Lang, Unsere Aufgaben VI. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 9 (15.9.1945) 3.

Zivilverwaltung Mühlviertel. Der Staatsbeauftragte und der Landesausschuss. In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28.8.1945) 2.

Hans Sebinger, Unsere Aufgaben In: Mühlviertler Post Jg. 1, Nr. 1 (28. 8. 1945) 3.

Vollzugsbefehl Nr. 47. In: Oberösterreichisches Amtsblatt Jg. 1945, Folge. 19 (16.11.1945) 140-141.

Die Wahlergebnisse von Oberösterreich. In: Oberösterreichische Nachrichten Jg. 1, Nr. 142 (27.11.1945) 1.

11 Nachschlagewerke und Online-Ressourcen

Austria-Forum, Blöchl Johann, online unter <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Bl%C3%B6chl%2C_Johann> (29.06.2020).

Austria-Forum, Mühlviertel, online unter <<https://austria-forum.org/af/AEIOU/Mühlviertel>> (12.1.2021).

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Spanienarchiv. *Alois Grünberger* <https://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige-g/gruenberger-alois> (8.6.2022).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. *Spanienarchiv*, Josef Stadlbauer <<https://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwilliges/stadlbauer-josef>> (1.6.2022).

Gesetz vom 7. August 1945 über die Ordnung der staatlichen Verwaltung in der russischen Besatzungszone in Oberösterreich, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_115_0/1945_115_0.pdf> (29.06.2020).

Land Oberösterreich. Personen, Franz Blum, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=237¶m=ooe>> (29.06.2020).

Land Oberösterreich. Personen, Josef Sommer, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=1203¶m=ooe>> (29.06.2020).

Mühlviertel. Austria-Forum, online unter <<https://austria-forum.org/af/AEIOU/Mühlviertel>> (12.1.2021).

Der Österreichische Cartellverband, Heinrich Gleißner, online unter <<https://www.oecv.at/Biolex/Detail/13600188>> (29.06.2020).

OÖLA. *Biographische Datenbank*, Franz Haider <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (1.6.2022).

OÖLA. Biographische Datenbank. Balthasar Gierlinger, online unter <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).

OÖLA. *Biographische Datenbank*, Ludwig Hiermann <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (1.6.2022).

- OÖLA. Biographische Datenbank, Josef Sommer < <https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank> > (8.6.2022).
- OÖLA. Biographische Datenbank, Hans Sebinger <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).
- OÖLA, Biographische Datenbank, Franz Thanhofer <<https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank>> (8.6.2022).
- Verfassungsgesetz vom 1. Mai über das neuerliche Wirksamwerden des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (Verfassungs-Überleitungsgesetz V-ÜG.).
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_4_0/1945_4_0.pdf (29.06.2020).
- Wahldatenbank. Ergebnis der Landtagswahlen in Oberösterreich 1945 , online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).
- Wahldatenbank. Ergebnisse der Nationalratswahl 1945 , online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).
- Wahldatenbank. Nationalratswahl 1949 , online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).
- Wahldatenbank. Ergebnis der Landtagswahlen in Oberösterreich 1949, online unter < <https://www.wahldatenbank.at> > (14.6.2022).

12 Literaturverzeichnis

- Ernst Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich Rekonstruktion oder Neubeginn? (Schriften des Instituts für Österreichkunde Wien 2006) 10-26.
- Fritz Fellner, Anton Krautwaschl. In: Fritz Fellner, (Hg.), Alltag und Leben im Mühlviertel 1945-1955. (Edition Geschichte der Heimat, Grünbach 2005).
- Gerald Hafner, Das Mühlviertel unter sowjetischer Besatzung. In: Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge. (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Klagenfurt 5, Wien 2005) 503-521.

- Brigitte Kepplinger und Josef Weidenholzer, Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie in Linz 1945-1950. In: Fritz Mayrhofer und Walter Schuster, (Hg.), Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz ²1996) 13-67.
- Oskar Lehner, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (3., erg. Aufl. Linz 2002
- Erich Leimlehner, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel 1945 – 1955 (Zürich 1974)
- Edmund Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel. Anhand der Entwicklung im politischen Bezirk Freistadt (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 7, Linz. 1989).
- Wolfgang Mueller, A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union Austria and Neutrality, 1955-1991(Zentraleuropa Studien 15, Wien 2011)
- Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission. (Wien 2005).
- Hugo Portisch und Sepp Riff, Österreich II. Die Geschichte Österreichs vom 2. Weltkrieg bis zum Staatsvertrag. Band 2: Die Wiedergeburt unseres Staates (Wien 1985).
- Oliver Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945). In Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs (Wien 2015) 525-594.
- Oliver Rathkolb, Außenansichten auf Staatsvertrag und Neutralität zwischen Mythos und Realpolitik. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich Rekonstruktion oder Neubeginn? (Schriften des Instituts für Österreichkunde, Wien 2006) 162-170.
- Manfried Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945 (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums Wien 5, 2. Neub. Aufl. Wien 1984).
- Manfried Rauchensteiner, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005)
- Klaus Rumpler, Historische Entwicklung des Mühlviertels von 1500 bis 1790. In: Kataloge des OÖ. Landesmuseums 88 (1988) 289-296.
- Johann Sandgruber, Die Anfänge der Linzer ÖVP. In Fritz Mayrhofer, Walter Schuster (Hg.); Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz ²1996) 69-88.
- Walter Schuster, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik. In: Walter Schuster und Wolfgang Weber (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2002, Linz 2004) 157-215.
- Harry Slapnicka, Oberösterreich 1917-1977. Karten und Zahlen (Beiträge zur Zeitgeschichte Österreichs 4, Linz 1997).
- Harry Slapnicka, Oberösterreich-zweigeteiltes Land. 1945 - 1955. (Linz 1986).

- Harry Slapnicka, Vorübergehend fast so etwas wie ein "zehntes Bundesland". Die politische Geschichte des Mühlviertels von 1918 bis heute. In: Helga Litschel (Hg.), Das Mühlviertel: Natur, Kultur, Leben. (Oberösterreichische Landesausstellung 1988, 21. Mai bis 30. Oktober 1988 im Schloß Weinberg bei Kefermarkt, Linz 1988) 303-310.
- Ludwig Steiner, Der Staatsvertrag: Zeitzeuge vor und in Moskau. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich Rekonstruktion oder Neubeginn? (Schriften des Instituts für Österreichkunde, Wien 2006) 186-210.
- Gerald Stourzh und Wolfgang Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität (6., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2020)
- Kurt Tweraser, US-Militärregierung in Oberösterreich. Band 1 Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945 - 1950 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 14, Linz 1995)
- Benno Ulm, Das Untere Mühlviertel bis 1500. In: Mühlviertler Heimatblätter 7/8 (1964) 123-125.
- Valerij Vartanov (2005). Die Aufgaben der Militärkommandanturen in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs 1945-1955. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Beiträge. (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt 4, Wien 2005) 167.
- Fritz Winkler, Kriegsende und Besatzungszeit in den Bezirken Rohrbach und Urfahr-Umgebung (Grünberg 2001).
- Helmut Wohnout, Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz (Wien 2015).

13 Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Aufteilung der Referate bei der Landesregierung Oberösterreichs und der US-Militärregierung.
- Tabelle 2: Referenten und Referate der Zivilverwaltung Mühlviertel und deren Parteizugehörigkeit.
- Tabelle 3: Beiräte der Referate und deren Parteizugehörigkeit.
- Tabelle 4: Entwicklung der Kriminalitätsrate im Mühlviertel von 1945 bis 1949.
- Tabelle 5: Wahlergebnisse Nationalratswahl 1945.

Tabelle 6: Ergebnisse Landtagswahl OÖ 1945.

Tabelle 7: Wahlergebnisse der oberösterreichischen Landtagswahl 1945 im Wahlkreis Mühlviertel.

Tabelle 8: Wahlergebnisse Nationalratswahl 1949.

Tabelle 9: Ergebnisse Landtagswahl OÖ 1949.

Tabelle 10: Wahlergebnisse der oberösterreichischen Landtagswahl 1949 im Wahlkreis Mühlviertel.

14 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Besatzungszonen der Alliierten von 1945 bis 1955.

Abb. 2: Verschiebungen der Besatzungszonen von Mai bis August 1945.

Abb. 3: Sowjetische Besatzungszone im Mühlviertel von Mai bis August 1945.

Abb. 3: Die Landkreise des Mühlviertels während des NS-Regimes.

Abb. 4: Die Bezirke des Mühlviertels ab August 1945.

Abstract

Von Mai bis August 1945 war das Mühlviertel in einen sowjetischen Ostteil und einem amerikanischen Westteil gespalten. Die Aufgaben der Landesverwaltung für den sowjetisch besetzten Ostteil übernahm die Provisorische Niederösterreichische Landesregierung und für den amerikanisch besetzten Westteil die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung. Die Amerikaner kontrollierten und beeinflussten die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung stark. Das Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 teilte das gesamte Mühlviertel der sowjetischen Besatzungszone zu. Die Österreicher befürchteten aufgrund der starken Kontrolle und Einflussnahme der Amerikaner auf die Provisorische Oberösterreichische Landesregierung, dass die Sowjets die Landesregierung nicht für ihren Teil von Oberösterreich anerkennen würden. Für das Mühlviertel bildete sich daher eine gesonderte Landesverwaltung. Johann Blöchl ein Bauer aus Lasberg bei Freistadt und ehemaliger Landtags- und Nationalratsabgeordneter, übernahm den Vorsitz dieser Landesverwaltung. Die Provisorische Staatsregierung Österreichs ernannte Blöchl am 7. August mit einem Gesetz zum Staatsbeauftragten für das Mühlviertel. Der Staatsbeauftragte hatte im Namen des Landeshauptmannes und in dessen Auftrag so lange seine Aufgaben zu erfüllen, bis das Mühlviertel wieder unter die Verwaltung der Oberösterreichischen Landesregierung zurückfällt. Der Staatsbeauftragte hatte das Recht, auf Vorschlag der zugelassenen Parteien (ÖVP, SPÖ und KPÖ) Beisitzer zu ernennen. Der Staatsbeauftragte, die Beisitzer und Beamte bildeten die Zivilverwaltung Mühlviertel. Versuche, die Verwaltung Oberösterreichs zu vereinheitlichen, scheiterten bereits 1946 am Verbot der Sowjetunion. Die Zivilverwaltung Mühlviertel blieb in ihrer ursprünglichen Form aufrecht, wurde aber eng an die Oberösterreichische Landesregierung angebunden und durch Umstrukturierung und der Übertragung von Aufgaben stark verkleinert. Erst als Österreich durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 die volle Souveränität erlangte, war es möglich die Zivilverwaltung Mühlviertel aufzulösen.